

Gerhard Schulz
Von Brüning zu Hitler

Gerhard Schulz

Zwischen Demokratie und Diktatur

*Verfassungspolitik und Reichsreform
in der Weimarer Republik*

Band III



Walter de Gruyter · Berlin · New York

1992

Gerhard Schulz

Von Brüning zu Hitler

Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933



Walter de Gruyter · Berlin · New York

1992

⊗ Gedruckt auf säurefreiem Papier,
das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schulz, Gerhard:

Zwischen Demokratie und Diktatur : Verfassungspolitik und
Reichsreform in der Weimarer Republik / Gerhard Schulz. —
Berlin ; New York : de Gruyter.

Bd. 3. Von Brüning zu Hitler : der Wandel des politischen Systems
in Deutschland 1930—1933. — 1992

ISBN 3-11-013525-6

© Copyright 1992 by Walter de Gruyter & Co., D-1000 Berlin 30. —
Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung
außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages
unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Satz und Druck: Arthur Collignon GmbH, Berlin
Buchbinderische Verarbeitung: Lüderitz & Bauer GmbH, Berlin

VORWORT

Jeder, der sich eingehend mit der deutschen Geschichte der Zwischenkriegszeit befaßt, ist Karl Dietrich Brachers bahnbrechender Darstellung der Auflösung der Weimarer Republik verpflichtet¹, deren Rang die Forschung von mehr als 35 Jahren nur gefestigt hat. Sie ist maßgebend und maßstabsetzend für die Zeitgeschichte geworden. In Frage steht, in welchem Umfang die deutsche Historiographie von Anregungen und Wegweisungen, Hinweisen – und auch unausgesprochenen Konsequenzen – dieses Werkes Gebrauch zu machen wußte. Obgleich mittlerweile eine Unzahl von Veröffentlichungen erschienen ist, so daß keine Bibliographie imstande scheint, alle Titel oder auch nur die wichtigsten unter ihnen zu erfassen,² fällt für die nüchterne Betrachtung das Ergebnis eher schmal als ermutigend aus. Jedes Geschichtswerk ist freilich auch ein Experiment in Geschichtsschreibung.

Das Werk, dessen dritter Band hier vorgelegt wird, hat sich auf Verfassung und Regierungssystem der Weimarer Republik konzentriert, jedoch nicht im engen Sinne beschränken wollen. Wenn es eine nachhaltige Lehre gibt, die sowohl die Zeit zwischen als auch die nach den Weltkriegen in der deutschen Geschichte erteilt und die – in gebotener Zurückhaltung – gegen Ende des Jahrhunderts ausgesprochen werden darf, so ist es wohl die, daß es nicht genügt zu beobachten, wie es um die Macht steht und wie sie verteilt ist, auch wenn dies auf die Dauer letztlich immer entscheidet und entsprechend bedacht werden muß; dies hatte Ferdinand Lassalle ganz richtig erkannt. Man muß auch zusehen, was aus Verfassung und Recht wird, ob rechtens ist, was geschieht, und wie das Recht verändert wird von jenen, die es für maß- und grenzsetzend

¹ Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen 1955, 7. Aufl. 1984.

² Anstelle der für die Geschichte des 20. Jahrhunderts nie ganz befriedigenden Bibliographien sei hier die kommentierende Auswahlbibliographie von Eberhard Kolb genannt, *Die Weimarer Republik*, München/Wien 1984; sowie die wohl nun umfassendste Bibliographie zur Weimarer Republik im Anhang zu Hans Mommsen, *Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933*, Berlin 1989, S. 551–572.

halten, sich seiner aber auch bedienen wollen. Macht und Recht greifen immer auf irgendeine Weise ineinander.

Dieser existentielle Dialog, wie man dies wohl nennen kann, läßt sich auf einem Gebiet verfolgen, das wissenschaftlich herkömmlich der Verfassungsgeschichte zugehört. Doch diese hat ihre Probleme mit der Geschichte, der wirklichen wie der geschriebenen. In Deutschland gibt es schon lange Verfassungsgeschichte, die von Historikern, wie etwa Otto Hintze oder Fritz Hartung, um nicht noch weiter zurückzugehen, und eine, die von Juristen geschrieben wurde, wie Ernst Rudolf Huber, dessen opus magnum, was das Volumen anlangt, die umfangreichste Darstellung zur Weimarer Republik überhaupt umfaßt³. Es sei hier als jüngster Endpunkt einer Entwicklung erwähnt, die nun Forschungen des Historikers und nicht bloßen Anschluß erfordert.

Jedes Ereignis, jede Entscheidung ist, wie der Historiker weiß, eingebettet in Kausalnexus und Interdependenzen, die durch Analyse und Interpretation von Texten stets mitsamt ihrem relevanten Umfeld rekonstruiert werden müssen. Daß hierbei auf Beschränkungen nie verzichtet werden kann, bleibt einzugestehen. Aber eine Verkürzung um die außenpolitischen Dimensionen oder nach der wirtschaftsgeschichtlich relevanten Seite hin oder gar deren völlige Abbindung ist für größere Phasen zumindest im zeitgeschichtlichen Rahmen kaum sinnvoll, eigentlich nicht mehr vertretbar. Das kompliziert freilich manche Probleme. Doch immer wird der Blick des aufmerksamen Beobachters zuerst auf Menschen fallen, auf die Handelnden und Entscheidenden allzumal, wird er Charakter, Neigungen, Fähigkeiten und Intellektualität zu erfassen und zu bedenken haben, um Menschen wie Zusammenhänge zu durchschauen. Ohne Menschen ist kein Maß in der Geschichte. Auf erzählende Verfahren wird daher nicht verzichtet werden können.

Dieser Band schließt Archivforschungen ab, die sich über viele Jahre erstreckten und häufig Unterbrechungen erfuhren. Inzwischen ist eine

³ Ernst Rudolf Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, bisher 7 Bände, Stuttgart/Berlin/Köln seit 1957, teilweise in der dritten Aufl., seit 1988. Auf die Weimarer Republik entfallen die Bände 6, 7 und ein Teil des Bandes 5, einschließlich der Literaturauswahl insgesamt ca. 2 700 Seiten. Aus den zahlreichen Rezensionen sei hier die von Hartwig Brandt hervorgehoben, Ernst Rudolf Hubers „Deutsche Verfassungsgeschichte“. Eine methodologische Betrachtung, in: *VSWG*, 74 (1987), S. 229–241, der sich allerdings eine Äußerung zu den letzten drei Bänden versagt. Zur Diskussion Reinhart Koselleck, *Begriffsgeschichtliche Probleme der Verfassungsgeschichtsschreibung*, in: *Der Staat*, Beiheft 6 (1981), S. 7–46.

große Zahl der ermittelten und ausgewerteten Quellen veröffentlicht worden, so daß häufig die Fundorte in Archiven durch Belege gedruckter Akten ersetzt werden mußten. Für den interessierten Leser wiegt jedoch der Vorzug, daß er die Lektüre mit den zitierten und nun offenliegenden Quellen vergleichen und auf diese Weise an den dargelegten Zusammenhängen unmittelbar Anteil nehmen kann. Grundsätzlich beschränken sich die Anmerkungen auf einen Nachweis in der nächsten erreichbaren Quellenedition. Mehrfache Veröffentlichungen werden nur unter besonderen Umständen vermerkt, allerdings auch dann, wenn es sich um gleichartige Texte aus verschiedenen Überlieferungen handelt, falls sich hieraus eine Bestätigung in problematischen Zusammenhängen ergibt.

Die Umstellung auf die im Rahmen der Edition „Akten der Reichskanzlei“ gedruckten vorliegenden Belege wurde, wie hier dankbar angemerkt sei, vom Bearbeiter der Akten der Regierung Brüning⁴, Dr. Tilman Koops, dadurch erleichtert, daß er den dritten Band schon vor der Veröffentlichung im Fahnenabzug zur Verfügung stellte. Die Fertigstellung der drei Bände Reichskanzlei-Akten zu Brüning hat im Rahmen der Gesamtedition die längste Zeit erfordert; aber der Kenner der Bestände muß dem Bearbeiter zugestehen, daß ihm das nützlichste und ausgereifteste Erzeugnis dieser Reihe gerade in ihrem sachlich schwierigsten Bereich zu danken ist. Man kann dieses Urteil übrigens auf die beiden Bände des nachfolgenden, kürzeren und editorisch weniger problematischen Zeitraums ausdehnen, den der Regierung Papen⁵.

An dieser Stelle gebührt nochmals der Aktensammlung, die von Anfang an in enger Beziehung zu der in diesem Band bezeugten Unternehmung stand, und den an ihr im team-work Mitbeteiligten Erwähnung, Dr. Ilse Maurer-Kugler, Dr. Udo Wengst und zuletzt Prof. Dr. Jürgen Heideking. Die Auswahledition gesammelter Archivalien⁶ entstand im

⁴ Akten der Reichskanzlei: Weimarer Republik, hrsg. von Karl Dietrich Erdmann und Hans Booms: Die Kabinette Brüning I u. II, Bde. 1 u. 2, bearb. von Tilman Koops, Boppard 1980; Bd. 3, bearb. von Tilman Koops, Boppard 1990.

⁵ Akten der Reichskanzlei: Weimarer Republik [AR]: Das Kabinett von Papen, 2 Bde., bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard 1989.

⁶ Staat und NSDAP 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, eingeleitet von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Bd. 3), Düsseldorf 1977; Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, eingeleitet von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Bd. 4), 2 Teile, Düsseldorf 1980.

Verläufe einer fast acht Jahre dauernden Arbeit. Auch sie gibt Teilen dieses Bandes eine noch überschaubare Grundlage und liefert illustrative Ergänzungen.

In den arbeitsreichen Jahren, die diesem Bande gewidmet waren, erwies sich die stets verlässliche Hilfe der Damen und Herren in den verschiedenen Archiven als unentbehrlich und anregend. Sie wurde häufig in Anspruch genommen und stets in entgegenkommender Weise gewährt. Ihnen gilt mein herzlicher Dank. Die Liste der Namen, die für gute Zusammenarbeit stehen, wäre zu lang, als daß sie hier aufgeführt werden könnte. Prof. Dr. Franz Knipping verdanke ich den Hinweis auf einen wichtigen Aktenbestand des Quai d'Orsay. Bei der Fertigstellung des Druckmanuskripts konnte ich mich auf bewährte Mitarbeiter des Seminars für Zeitgeschichte der Universität Tübingen stützen, Roland Ray, Gudrun Gauß und Annette Schäfer, deren hingebungsvoller Tätigkeit und Hilfe ich mit Vergnügen und dankbar gedenke. Der Deutschen Forschungsgemeinschaft danke ich für mehrere Sachbeihilfen.

Tübingen, am Jahresende 1990

Gerhard Schulz

INHALTSVERZEICHNIS

Verzeichnis der Abkürzungen	XV
Einleitung: Heinrich Brüning wird Reichskanzler	1

Erster Teil: Die Regierung Brüning 1930

Erstes Kapitel: Reichsregierung, Reichspräsident und Parteien im Frühjahr 1930	13
Bindung der Reichsregierung an den Reichspräsidenten 13 — Reichshaushalt, Agrarprogramm und Osthilfe 24 — Divergenzen und Konflikte in der Ostagrarpolitik 32 — Bewegung in der politischen Rechten 41 — Preußen und die Reichswehr 56 — Agrarprogramm, „kleines“ und „großes“ Ostprogramm 62 — Silverberg und die Industrieumlage 73	
Zweites Kapitel: Übergang zur Deflationspolitik und Auflösung des Reichstags	81
Unsichere Grundlagen 81 — Preis- und lohnpolitische Orientierungsfragen 86 — Rücktritt Moldenhauers 99 — Haushaltsausgleich durch Notverordnung 103 — Niederlage des Reichstagsparlamentarismus 117	
Drittes Kapitel: Die Reichstagswahl am 14. September 1930 und ihre Folgen	121
Das Wahlergebnis 121 — Die NSDAP: Wahlerfolg nach Krisen und Konflikten 125 — Scheitern einer politischen Sammlung 134 — Erfahrungen mit den Nationalsozialisten. Konflikt mit Thüringen 139 — Die verfassungsrechtliche Lage und die NSDAP 151 — Veränderte Haltung des Reichswehrministeriums 157 — Die Signallinie der Staatssekretäre 161 — Absicherung nach rechts 171 — Die Neuwahl des Reichspräsidenten wirft ihren Schatten voraus 174 — Schlüsselstellung Hugengebts 179	
Viertes Kapitel: Der Weg zur ersten großen Notverordnung	185
Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung 185 — Haltung der Länder 187 — Gewerkschaftliche Kritik am Wirtschaftsprogramm. Revision der Reparationspolitik wird gefordert 192 — Bemühungen um eine Mehrheit im Reichstag 199 — Tolerierung durch die SPD 202 — Vorbereitung einer Notverordnung 207 — Die Agrarier fordern Osthilfe und Ostpolitik 209 — Plafondgesetzentwurf, Anleihevertrag und Notverordnung 224	

Zweiter Teil: Ein System Brüning

Fünftes Kapitel: Verfassungsreform, Verfassungswandel und das Problem der inneren Sicherung	241
Perspektiven und Entwürfe „gesetzgeberischer Zukunftsaufgaben“ 241 — Kritik des Wahlrechts, Verfassungskritik, „Reorganisation der Republik“ 251 —	

Tradierte Rechtslehre und Demokratie-Problematik 258 – Demokratie-Postulat und Spitzenverbände 263 – Widerstand Bayerns gegen den verfassungspolitischen Präzedenzfall 268 – Streitfrage NSDAP 275	
Sechstes Kapitel: Außenpolitik auf Revisionskurs	287
Die Lage 287 – Die Nöte der Finanzpolitik und neue Anleiheverhandlungen 292 – Zwischenspiel: Das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion 298 – Regierung unter Handlungszwang 316 – „Ausnutzung wirtschaftlicher Notstände“ 325 – Arbeitslosigkeit und Brauns-Kommission 328 – Arbeitsbeschaffung und Russengeschäfte 331 – Wege und Wagnis der Reparationspolitik 336	
Siebentes Kapitel: Der Weg zur Zweiten Notverordnung	341
Schwächen der Parteien 341 – Vorbereitung der Notverordnung und der England-Reise 356 – Zusammenfassende Zwischenbetrachtung: Stufen der Anwendung des Artikels 48 370 – Ein Hauch von Reichsreform und ein Fehlschlag in Chequers 379	
Achstes Kapitel: Sommerkrise 1931	384
Krisenzeichen aus Österreich 384 – Beginn der Bankenkrise 391 – Zwangslage der Reichsbank 401 – Abwehr einer Reichstagsitzung – Forderung nach Regierungsumbildung 405 – Normans Initiative – Hoovers Eingreifen 410 – Wirkung des Hoover-Moratoriums 420 – Rationalisierungspläne und Reformentwürfe im Reich und in Preußen. Ein neuer Volksentscheid 427 – Kanzler ohne Alternative 440	
Neuntes Kapitel: Paris – London – Dietramszell	449
Ministertreffen in Paris 449 – Londoner Konferenz 457 – Stillhalteabkommen und Layton-Bericht 462 – Reaktionen der Rechten 465 – Stahlhelm, Reichswehr und Kronprinzkreis 471 – Reichsreform durch finanzpolitischen Zwang 477 – Ein Rubikon wird überschritten: Die Dietramszeller Notverordnung 487 – Verknüpfung mit der Wiederwahl des Reichspräsidenten 492 – Beginnende Formierung der Nationalen Opposition 494 – Unsichere Partei mit Massenzulauf: die NSDAP 496 – Curtius scheidet aus 500	
Zehntes Kapitel: Umstrittene Kompetenz und Neubildung der Reichsregierung . .	504
Arbeitslosigkeit und wirtschaftspolitische Kompetenz 504 – Vorsichtige Pläne für eine Alternative: Schäffer und Lautenbach 511 – Das Echo der Pfund-Abwertung 517 – Tarifstreit und Konflikt 520 – Ein Wirtschaftsprogramm wird gefordert 529 – Neue Kritik an der Osthilfe 532 – Verknüpfung der Arbeitslosenproblematik mit dem Siedlungsgedanken 537 – Dritte Notverordnung und Fortbildung des Ausnahmerechts 541 – Suche nach neuen Ministern und Verkleinerung des Reichskabinetts 548 – Formierungsversuch der Nationalen Opposition in Harzburg 554 – Sitzung und Vertagung des Reichstags 560 – Organisatorische Ausbreitung der NSDAP 563 – Ansätze zu einer Gegenoffensive 567	

Dritter Teil: Das zweite Kabinett Brüning

Elftes Kapitel: Auftakt und Vierte Notverordnung	575
Ein neuer französischer Botschafter in Berlin 575 – Kontroverse um das preußische Finanzministerium 580 – Mutation der Osthilfe in Reichshand 591 – Die Länder unter dem Druck des Extremismus von rechts und links 599 – Die Boxheimer Affäre 604 – Organisations- und Uniformverbote unterbleiben 610 – Ein Wirtschaftsrat zur Stärkung der Regierungsautorität 613 – Die Vierte Notverordnung 626	
Zwölftes Kapitel: Im Vorfeld internationaler Konferenzen	634
Luther gegen Arbeitsbeschaffungspläne 634 – Reparationen und Privatschulden 647 – Eine Endlösung der Reparationsfrage wird anvisiert 649 – Pläne für eine Abrüstungskonferenz 659 – Rückhalt an der sowjetischen Politik 662 – Reparationsfrage und innere Politik 665	
Dreizehntes Kapitel: Erfolg und Mißerfolg im Januar	674
Der Beneduce-Ausschuß und die Vorbereitung der großen Konferenzen 674 – Entscheidung in Berlin – ein fingiertes Interview 683 – Reparationsverhandlungen versus Abrüstungskonferenz 692 – Echo und Folgen 696 – Vergebliche Bemühungen um eine Alternative 702 – Brünings Ringen um eine neue Amtszeit Hindenburgs 704 – Positionsverlust Brünings in der Außenpolitik 712 – Die Konferenz in Lausanne wird gerettet, aber verschoben 717	
Vierzehntes Kapitel: Die Reichsregierung bis zur Wiederwahl Hindenburgs	721
Projekte einer Neubildung der präsidentiellen Regierung 721 – Der Wagemann-Plan und die Gewerkschaften 737 – Erzwungene Verwaltungsreform in Preußen 743 – Reichsbindung der Großbanken 749 – Durchhalten ohne Programm 752 – Die Länder drängen Groener zum SA-Verbot 754 – Wiederwahl Hindenburgs 766	
Fünfzehntes Kapitel: Verfall der Regierung Brüning	768
Die Stellung des Reichskanzlers in der Phase der Frühjahrswahlen 1932. Schwierige Lage in Preußen 768 – Die Reichsschuldenverwaltung verhindert Kreditermächtigung durch Notverordnung 785 – Eine Kontroverse über Grenzen des Ausnahmerechts 788 – Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit 795 – Eine nationalsozialistische Initiative 797 – Neues landwirtschaftliches Entscheidungsverfahren in Ostdeutschland 800 – Kontroversen über Siedlungspolitik 804 – Defizit an Richtlinien und Programmatik. Divergierende Initiativen aus dem Reichskabinett 811	
Sechzehntes Kapitel: Die Demission	819
Der erste Versuch eines Sturzes der Regierung 819 – Brüning stützt sich auf die Außenpolitik 825 – Das Gespräch von Bessinge und die „Artischocke des Versailler Vertrages“ 827 – Das Zünglein an der Waage: Streit ohne Entscheidung über die nächste Notverordnung 843 – Suche nach einem neuen Kanzler. Direktorium oder Präsidialkabinett? 859 – Fazit 866	

Vierter Teil: Vollendung und Scheitern des präsidentiellen Systems

Siebzehntes Kapitel: Das präsidentielle Regierungssystem mit dem Reichskanzler Franz v. Papen	877
Papen und die „Anpassung an die Armut der Nation“ 877 — Rückzug Otto Brauns. Geschäftsführende Rumpfregierung in Preußen 882 — Aufhebung des SA-Verbots. Der Reichsinnenminister greift in das Polizeirecht der Länder ein 887 — Eine Hinterlassenschaft: Die Gelsenberg-Affäre 896 — Eine Kontroverse Bülow—Schleicher. Vorentscheidungen in Genf 901 — Papen in Lausanne 906 — Schleicher versucht, die Außenpolitik einem Primat der Militärpolitik unterzuordnen 909 — Deutschnationale fordern Eingreifen in Preußen 916 — Die Genese eines Staatsstreichs 920 — Recht der Macht — Macht des Rechts. Klage vor dem Staatsgerichtshof 930 — Papen und Gayl auf der Stuttgarter Länderkonferenz 933 — Vor der Reichstagswahl 936 — Das Ergebnis 940	
Achtzehntes Kapitel: Der Reichspräsident verhindert eine Kanzlerschaft Hitlers	945
August 1932 945 — Schleicher und die Gewerkschaften. Papens Wirtschaftsprogramm 954 — Strafrechtsverschärfung und Sondergerichte 958 — Kein Platz für Hitler in einer dem Reichspräsidenten „genehmen Kabinettsführung“ 961 — Hitler im Streit Zentrum—Papen 965 — Fröffnung des Reichstags. Pläne zur Wiederauflösung 972 — Gregor Straßers „Querverbindungen“ 975 — Papen bemüht sich um eine Präsidialpartei 978 — Der RDI verlangt Arbeitsbeschaffung 980 — Rechnung mit der NSDAP 982 — Kontroversen über Arbeitsbeschaffung 989 — Sturz der Regierung und Reichstagsauflösung 993 — Das Urteil des Staatsgerichtshofs im Prozeß Preußen contra Reich 1000 — Die Reichstagswahl vom 6. November 1004 — Notstand ex lex und Reichsreform 1006 — Hitler besteht auf dem Kanzleramt 1011 — Die letzte Alternative: Präsidialkabinett oder Regierung Hitlers und Ermächtigungsgesetz 1016 — Görings Pressekonferenz, Hitlers Machtergreifungsplan, Schleichers Intervention 1022	
Neunzehntes Kapitel: Die letzten Wochen	1027
Schleicher wird Reichskanzler 1027 — Arbeitsbeschaffung und Regierungsprogramm 1031 — Ständegedanken und Querfront-Experiment 1034 — Der Rückzug aus außenpolitischen Handlungsräumen beginnt 1038 — Schleicher täuscht sich 1040 — Entscheidung für Hitler und das Ermächtigungsgesetz 1044	
Bibliographie	1051
Personenregister	1087

ZITIERWEISE

Jeder Titel eines Buches oder Aufsatzes wird im ersten Zitat vollständig zitiert, ohne Angabe von Veröffentlichungsreihen, die sich jedoch in der Bibliographie am Ende des Bandes finden. Im Wiederholungsfalle wird aus dem Titel ein einzelnes Schlagwort entnommen, in einigen Ausnahmefällen, in denen Irrtümer oder Verwechslungen möglich sind, aus dem Titel ein leicht erfaßbares Schlagwort gebildet. Bei Sammelbänden und Quelleneditionen mit mehreren Herausgebern oder Bearbeitern ist im Wiederholungsfalle nur der erste Name angegeben. Ausnahmen bilden geläufige Editionsreihen, die regelmäßig mit Buchstabenkürzeln zitiert werden, z. B. ADAP (Akten zur deutschen auswärtigen Politik), FRUS (Papers Relating to the Foreign Relations of the United States) oder AR: (Akten der Reichskanzlei — mit dem nachfolgenden Namen des Reichskanzlers als Bezeichnung für die Amtszeit einer Regierung). Die Abkürzung a. a. O. meint einen in der vorausgegangenen Anmerkung zitierten Titel; die Abkürzung ebda. bezieht sich auf die gleiche Stelle (Seite bzw. Aktenstück) des in der vorausgegangenen Anmerkung genannten Belegs. Datierungen werden quellengemäß zitiert, jedoch mit ausgeschriebenen Monatsnamen angegeben (z. B. 3. Dezember 1932).

VERZEICHNIS DER IN DEN ANMERKUNGEN
BENUTZTEN ABKÜRZUNGEN

ADAP	= Akten zur deutschen auswärtigen Politik
ADCA	= Allgemeine Deutsche Creditanstalt
ADGB	= Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ADSTB	= Archiv des Deutschen Städtetages Berlin
Afa(-Bund)	= Allgemeiner Freier Angestelltenbund
AöR	= Archiv des öffentlichen Rechts
APZ	= Aus Politik und Zeitgeschichte
AR:	= Akten der Reichskanzlei
AsDB	= Archiv der sozialen Demokratie in Bonn
ASG	= Archiv für Sozialgeschichte
ASS	= Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik
BA	= Bundesarchiv Koblenz
BeiträgeGParl	= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
BGehStAM	= Bayerisches Geheimes Staatsarchiv München
BHG	= Berliner Handelsgesellschaft
BIZ (BIS)	= Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BVP	= Bayerische Volkspartei
CSVD	= Christlich-sozialer Volksdienst
DAZ	= Deutsche Allgemeine Zeitung
DBFP	= Documents on British Foreign Policy
DDF	= Documents Diplomatiques Français
DDP	= Deutsche Demokratische Partei
DGB	= Deutscher Gewerkschaftsbund
DHV	= Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DIHT	= Deutscher Industrie- und Handelstag
DJZ	= Deutsche Juristen-Zeitung
DNVP	= Deutschnationale Volkspartei
DrS RT	= Drucksachen (des) Reichstags
DVP	= Deutsche Volkspartei
FRUS	= Foreign Relations of the United States
GehStAB	= Geheimes Staatsarchiv der Stiftung Preussischer Kulturbesitz in Berlin
GG	= Geschichte und Gesellschaft
GS	= Preussische Gesetzsammlung
HZ	= Historische Zeitschrift
IfZ	= Institut für Zeitgeschichte, München
IMT	= International Military Tribunal
JbÖR	= Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
Jungdo	= Jungdeutscher Orden
KPD	= Kommunistische Partei Deutschlands

LVO	= Landwirtschaftsverband Ostpreußen
MA	= Militärarchiv Freiburg
MAE	= Ministère des Affaires Etrangères
MBliV	= Ministerialblatt der gesamten inneren Verwaltung
MGM	= Militärgeschichtliche Mitteilungen
MGN	= Amerikanischer Militärgerichtshof Nürnberg
NBS	= Neue Blätter für den Sozialismus
ND	= Nachdruck
Nied VRR	= Niederschriften der Vollsitzungen des Reichsrats
NSBO	= Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation
NSDAP	= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OSAF	= Oberster SA-Führer
OSS	= Office of Strategic Services
PAAAB	= Politisches Archiv des Auswärtigen Amts in Bonn
RAVAV	= Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
RDI	= Reichsverband der Deutschen Industrie
RGBI	= Reichsgesetzblatt
RGO	= Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RMBI	= Reichsministerialblatt
SA	= Sturmabteilung der NSDAP
SAPD	= Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SBer PLT	= Sitzungsberichte des Preußischen Landtags
SfZT	= Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	= Schutzstaffel der NSDAP
StenBer Vh RT	= Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Reichstags
UuF	= Ursachen und Folgen
VDA	= Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände
VSWG	= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
VZG	= Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WPD	= Wirtschaftspolitischer Pressedienst
WPer	= Wahlperiode
WTB	= Wolff's Telegraphisches Büro
ZfG	= Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZöR	= Zeitschrift für öffentliches Recht
ZP	= Zeitschrift für Politik
ZStA	= Zentrales Staatsarchiv

EINLEITUNG

Heinrich Brüning wird Reichskanzler

Kein anderer Politiker der Weimarer Republik, von Hitler abgesehen, hat einen so langen historischen Schatten geworfen und wurde, nicht nur in Deutschland, so heftig bekämpft und entschieden anerkannt, genannt, kritisiert und karikiert wie Heinrich Brüning. Die auffallende Erscheinung des Mannes mit großem blassem Gesicht, dem leicht verschleierten Blick hinter randlosen Brillengläsern, der Besorgnis, aber kaum Unsicherheit ausdrückt, prägte sich nicht nur den Zeitgenossen ein und hinterließ einen bleibenden Eindruck. Die Wort- und Tonwiedergaben der sorgsam durchdachten, auf Sachlichkeit gestimmten, jeder Leidenschaftlichkeit abholden Reden, die erhalten geblieben sind, erscheinen dazu angetan, Brünings eigenes Schlagwort zu verdeutlichen, mit dem er in seiner ersten Regierungserklärung am Nachmittag des 1. April 1930 vor dem Reichstag eine neue Art der Politik in Deutschland ankündigte. Er sprach von einem „Imperativ der Sachlichkeit“, der „parteipolitische Erwägungen ... in den Hintergrund“ treten lasse.¹ Als Mann der großen Worte erschien er den Zeitgenossen nicht, eher als Schöpfer eines eigenen knappen, kargen, linearen, eben sachlichen Stils. Sowohl das Schlagwort wie die Persönlichkeit des Reichskanzlers als auch die ausgeprägte Bedeutung seiner Regierung erlauben es, von einer

¹ StenBer Vh RT, Bd. 427, S. 4728–4741. Der erste, dann überarbeitete Entwurf der Regierungserklärung am 31. März war das Werk des Staatssekretärs Pünder in der Reichskanzlei; der Anteil des Reichskanzlers läßt sich aber kaum deutlich eingrenzen. Vgl. Hermann Pünder, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932, hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961, S. 47; etwas anders Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 168: „... ich diktierte sie [die Regierungserklärung] im letzten Augenblick selber, ohne verhindern zu können, daß doch noch Kompromißformulierungen, die die gewünschte Wirkung verhinderten, aufgenommen wurden.“ Die Protokolle der Vorstandssitzungen der Reichstagsfraktion des Zentrums sowohl am 31. März als auch am 1. April bezeugen weder Einzelheiten noch bestimmte Prinzipien der Regierungserklärung. Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, bearb. von Rudolf Morsey, Mainz 1969, S. 429 ff.

„Ära Brüning“ zu sprechen, die sich von der voraufgegangenen Phase in der Geschichte der Republik deutlich abhebt.

In dieser Ära von wenig mehr als zwei ereignisreichen Jahren überwiegt eine konservativ gestimmte und daher den ziellos sich entfaltenden Strömungen der Epoche gegenüber autoritär wirkende und durch autoritären Anspruch gefärbte Politik einer Art Restauration,² deren Eigenheit die Historiographie meist nicht näher zu bestimmen versucht hat.

Heinrich Brüning bezog weit entschiedener und geistig intensiver, als es seine politischen Memoiren erscheinen lassen, unmittelbar nach dem Ende des ersten Weltkriegs in den Auseinandersetzungen innerhalb der Zentrumspartei Position und fand hierbei aus der Stellung eines Schülers seines letzten Lehrers in Straßburg, des Historikers Martin Spahn, zu der eines bedachten und überlegenen Ratgebers, der bald seinen eigenen Weg einschlug. Die Deutsche Zentrumspartei hatte nach der Erzbergerschen Friedensresolution im Juli 1917, die innerhalb der Partei viel Staub aufwirbelte, der sich nicht mehr setzen wollte, Situationen durchzustehen, die einer inneren Krise nahe kamen. Das volle Ausmaß wurde in der Nachkriegszeit sichtbar.³ Die große Mehrheit der Reichstagsfraktion folgte dem Erzbergerschen Kurse nur zögernd und unter Vorbehalten. Auf der anderen Seite gab es jedoch Kräfte, die zwar die Erzbergersche Konzeption, soweit sie zu erkennen war, und die Absicht einer Parlamentarisierung und Demokratisierung des Deutschen Reiches nicht vorbehaltlos anerkannten, aber doch seit längerem einer neuen Koalition der Mehrheitsparteien innerhalb des Reichstags zuneigten und die Abschaffung des preußischen Drei-Klassen-Wahlrechts anstrebten. Hierzu zählten die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften, unter ihnen an erster Stelle der entschieden national gesinnte Arbeiterführer Adam Steger-

² Entscheidend Bracher, *Auflösung*, S. 339–347, zu dem „verhängnisvollen Wendepunkt“ der Reichstagsauflösung am 18. Juli 1930. Aber auch der gegen Bracher argumentierende Waldemar Besson, *Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik*, Stuttgart 1959, S. 358: „... die Stärkung der Staatsautorität zur Exekution der Sachlichkeit ... schuf, aufs Ganze gesehen, eine Form deutscher Staatlichkeit, die an vordemokratische Formen anzuknüpfen suchte.“ Vgl. Gerhard Schulz, *Erinnerungen an eine mißlungene Restauration. Heinrich Brüning und seine Memoiren*, in: *Der Staat*, 11 (1972), S. 61–81; anders Werner Conze, *Die Reichsverfassungsreform als Ziel der Politik Brünings*, in: *Der Staat*, 11 (1972), S. 209–217.

³ Nach der ersten Behandlung der Thematik durch Heinrich Lutz, *Demokratie im Zwielficht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914–1925*, München 1963, eingehende und grundlegende Darstellung von Rudolf Morsey, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923*, Düsseldorf 1966.

wald.⁴ Stand Erzberger, der für manche seiner Parteifreunde durch mehrfache Änderung seiner Haltung in den Ruch eines ehrgeizigen und wetterwendischen Politikers geraten war, der aber Situationen und Ereignisse vorausdenken vermochte, seit 1917 für den Willen zur Parlamentarisierung des Reiches im Innern, so hielt sich Stegerwald vor wie nach 1918 an die nationalen Parolen und an einen Primat der Einheit der Nation. Während Erzberger eigene sozialpolitische Grundsätze aus den jüngeren Soziallehren der katholischen Kirche zu entwickeln und anzuwenden versuchte, bemühte sich Stegerwald um Anschluß an konservative nationale Gruppen und Kreise, schließlich darum, die Christlichen Gewerkschaften zu einer breiten, überkonfessionellen Bewegung auszugestalten. Mit schlagwortartigen Bezeichnungen wie „rechts“ und „links“ wird man diesem komplizierten Gegensatz innerhalb des Zentrums schwerlich gerecht werden können.

Der vornehmlich durch seine nationale Publizistik hervorgetretene Katholik, Zentrumspolitiker und Straßburger Professor Martin Spahn wurde von Stegerwald hoch geschätzt. Wir verdanken dieser Beziehung, die durch Briefe überliefert ist, ein aufschlußreiches Zeugnis,⁵ mit dem Stegerwald die Grundanschauung der von ihm vertretenen Richtung ausführlich darzustellen versuchte und konstatierte, „daß in den kritischen Tagen fast von keiner Seite die Gesamtsituation übersehen wurde“; er meinte die Verhältnisse innerhalb der Zentrumsfraktion. Gewissen „Schwärmern für das parlamentarische System“ stellte er die stetige Tätigkeit der Gewerkschaften während des Krieges entgegen, die auch die preußische Wahlrechtsfrage aufgegriffen und die Schulfrage erörtert hätten. „Die Tätigkeit der Zentrumsparterie hätte sich in ähnlicher Richtung bewegen müssen.“ Doch hierzu war es nicht gekommen. „Und nun steht auch die Zentrumsparterie vor dem Schlamassel. Hätte sie sich energisch bemüht, rechtzeitig die Probleme zu sehen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen und auf einer vernünftigen Basis eine Übereinstimmung zwischen den führenden Köpfen herbeizuführen, dann hätten auch die Konservativen gedrängt werden können, um sie von ihrer intransigenten Haltung abzubringen. In diesem Falle hätte aus dem Krieg eine starke gemäßigte, fortschrittlich gerichtete, christlich-konservative, monarchische Volksströmung herausgebracht werden können. Alles das

⁴ Den Gegensatz Stegerwalds zu Erzberger behandelte zuerst Klaus Epstein, *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, Übers. aus dem Amerikanischen, Berlin/Frankfurt a.M. 1962, S. 392 ff.

⁵ Schreiben Stegerwalds an Spahn vom 3. August 1917; BA, Nachl. Spahn/19.

wurde verabsäumt, und nun mußte die Zentrumspartei in letzter Stunde auf den Bock springen, um zu verhindern, daß die demokratische Welle nicht alles wegreißt.“ Stegerwald wollte abwarten, „wie der Karren in der Zentrumspartei läuft“. Aber die Vision von einer großen christlichen Volkspartei – und ihrer gewerkschaftlichen Anlehnung – gab er nicht auf, vertrat er auch bei späteren Gelegenheiten und versuchte er erneut und mit größerer Aussicht auf Erfolg nach dem zweiten Weltkrieg durchzusetzen. In dieser Hinsicht bestanden Beziehungen Brünings zu Stegerwald bis zu dessen Tod.⁶

Es ist schwer zu sagen, welchem der beiden Anreger, Martin Spahn, den er schon aus der Straßburger Studentenzeit kannte, oder Stegerwald, der nach Kriegsende sein Mentor wurde, Brünig mehr oder wirkungsvollere Belehrung verdankte. Manche der Grundgedanken, die wir kennen, kehrten in Brünings Briefwechsel mit Spahn später wieder.⁷ Zu Beginn 1920 bestanden enge Beziehungen zwischen dem um eine poli-

⁶ Brünig bezeichnete sich später als Autor der in diesem Zusammenhang bedeutsamen Rede Adam Stegerwalds auf dem Essener Kongreß der Christlichen Gewerkschaften am 21. November 1920; Adam Stegerwald, *Deutsche Lebensfragen. Vortrag ...*, Berlin 1921. Heinrich Brünig, *Briefe 1946–1960*, hrsg. von Claire Nix, unter Mitarbeit von Reginald Phelps und George Pettee, Stuttgart 1974, S. 18. Stegerwald hat sich bei der Wiederanknüpfung an diese Gedanken ähnlich ausgedrückt: postum Adam Stegerwald, *Wohin gehen wir?* Würzburg 1946, S. 29; ferner ders., *Wo stehen wir?* Würzburg 1946. Stegerwald starb am 3. Dezember 1945. Zumindest seit 1945 gibt es mehrere Zeugnisse für die Beständigkeit der Ansicht Brünings, „daß Windthorst's ursprüngliche Absicht einer engen politischen Zusammenarbeit zwischen Katholiken und religiösen Protestanten nie aufgegeben werden sollte und daß diese Gruppen verfassungsmäßig demokratisch und in sozialen Fragen progressiv bleiben sollten“. Heinrich Brünig, *Briefe und Gespräche 1934–1945*, hrsg. von Claire Nix, unter Mitarbeit von Reginald Phelps und George Pettee, Stuttgart 1974, S. 435 f. Ausführlich Brünig, *Memoiren*, S. 700 ff.; die Kritik an der Edition im Grundsätzlichen dürfte diesen Themenkreis nicht treffen: Rudolf Morsey, *Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings „Memoiren 1918–1934“*, Opladen 1975.

⁷ Der Briefwechsel Brünings mit Spahn begann 1908; der erste Brief kam aus Münster. Brünig hatte ein Dissertationsthema von Spahn übernommen. Es sollte die religiöse Entwicklung des Erasmus von Rotterdam behandeln. Brünig fand jedoch kein befriedigendes Material. Dies teilte er in einem Brief vom 8. Oktober 1908 Spahn mit, in dem er auch angab, „in Chamberlains ‚Grundlagen [des neunzehnten Jahrhunderts]‘ eine Auffassung“ entdeckt zu haben „von der allgemeinen Stellung von Erasmus, die ich ganz unterschreiben kann“. BA, Nachl. Spahn/22. Die weitreichende Wirkung von Houston Stewart Chamberlains häufig aufgelegtem Werk von 1899 (erschieden beim Verlag K. G. Bruckmann in München) war an Brünig nicht spurlos vorbeigegangen. Zur Studienzeitszeit Rudolf Morsey, Brünings politische Weltanschauung vor 1918, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland*, Düsseldorf 1974, S. 317–335.

tische Position bemühten Brüning und seinem alten Lehrer, der sich als politischer Publizist und vielfach in politischen Verbindungen engagiert hatte. Brüning versuchte auch, letztlich vergeblich, seinen Straßburger Studienkollegen, den Spahn-Schüler Eduard Stadtler, den einstmaligen Sekretär der Windthorstbünde, der Jugendorganisation des Zentrums, an den Deutschen Gewerkschaftsbund heranzuziehen, wie Stegerwald Brüning herangezogen hatte. Stadtler gehörte zu einem Kreis um Heinrich v. Gleichen, zu dem auch Brüning gestoßen war.⁸ Später wurden Stadtler und Brüning zu Gegnern. Auch um die Aufstellung von Kandidaten der Zentrumspartei für die Reichstagswahl im Juni 1920 bemühte sich Brüning, indem er Spahn um Vermittlung bat, den er gegen eine „unsinnige Auswahl der Kandidaten des rechten Flügels der Partei im Westen“ einzunehmen versuchte: „Lauter Nullen.“⁹ Nach der Wahl setzte Brüning das Werben fort, bemühte er sich, Spahn von einer Teilnahme an dem inneren Kreis der konservativen Zentrumsrichtung in Westfalen um Ferdinand Frhr. v. Lüninck abzubringen. Seine Begründung verdient festgehalten zu werden. Sie spiegelt in bedenkenswerter Weise Ansichten Brünings wider, dient wohl auch dem Verständnis seiner Karriere: „Ich meine..., daß in der Politik die größte Kunst ist zu warten. Die zweitgrößte: Dinge, die man erhofft oder die man kommen sieht, in der Stille reifen zu lassen und sie nicht zu sehr durch programmatische Kundgebungen bzw. psychologisierende Zeitungsaufsätze in die Öffentlichkeit zu werfen, als vielmehr eine Reihe starker, opferwilliger Persönlichkeiten dafür zu gewinnen und dann auf den Tag zu warten, wo man in Ruhe losschlagen kann. Wenn ich mir diese beiden Maximen immer wieder vergegenwärtige, so gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß auf dem Wege, den Sie doch eigentlich seit längerer Zeit gehen als ich, doch etwas zu erreichen ist.“¹⁰ Brüning wählte sowohl die Stunde der Christlichen Gewerkschaften als auch die der konservativen Einigung in erreichbarer Nähe, da mit Erzberger der ebenso ehrgeizige wie ideenreiche Kopf und der größte Widersacher dieser Gruppen geschlagen schien;¹¹ die Einschätzung absehbarer Entwicklungen war Brünings Stärke nicht. „Erzberger ist politisch ein sterbender Mann, nicht wegen des Helfferich-

⁸ Hierzu Gerhard Schulz, *Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland*, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1975, S. 302 ff.

⁹ Brüning an Spahn, 30. April 1920; BA, Nachl. Spahn/22.

¹⁰ Brüning an Spahn, 16. Juli 1920; a. a. O.

¹¹ Hierzu Epstein, *Erzberger*, S. 392–416; über die Schärfe der Gegensätze vor allem Morsey, *Zentrumspartei*, S. 297–302, 360–364, 393–399.

Prozesses und nicht wegen der vielen übrigen Angriffe gegen ihn, wohl aber weil jetzt alle maßgebenden Kreise von dem unsagbar Dilettantenhaften seiner Finanzpolitik sich allmählich überzeugt haben. Darum sind aber auch alle die Kreise in den Gewerkschaften künftig nicht mehr so stark, *die*¹² sich auf Erzberger gestützt haben.“ In solchen Worten äußerte sich Parteinahme für den Mentor Stegerwald.¹³ Das schloß eine distanzierte Betrachtung der Gewerkschaften nicht aus, wie Brüning Spahn gegenüber bezeugte: „Natürlich wird die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht die Welt auf den Kopf stellen. Sie ist nur ein Faktor, der uns helfen kann, aus dem Schlamassel herauszukommen. Der große Anstoß zu einer Besserung unserer Lage wird doch von außen kommen müssen. Wir aber müssen sehen, dafür die nötige Resonanz rechtzeitig vorzubereiten.“¹⁴

Die nationale Note verstand sich für Brüning wie für Stegerwald von selbst; doch die sozialen Rahmenbedingungen und die Abneigung gegen die konservativen katholischen Münsterländer von Rang und altem Namen führten zum Bruch mit Martin Spahn, der sich ebenso wie Eduard Stadtler der DNVP anschloß. Aber der linke Flügel des Zentrums war mit Erzberger noch längst nicht am Ende. Sogar Erneuerung und Erweiterung zeichneten sich im Mai 1921 ab, als in der Auseinandersetzung um das Londoner Ultimatum, nach dem Rücktritt des Reichskanzlers Fehrenbach aus Südbaden sein Landsmann Josef Wirth, Anhänger und Nachfolger Erzbergers an der Spitze des Reichsfinanzministeriums, die Führung der neuen Reichsregierung übernahm und im Bündnis mit den Sozialdemokraten das Steuer nach links herumwarf. Der Einundvierzigjährige, der jüngste Reichskanzler, der je an der Spitze einer Regierung des Deutschen Reiches stand, in seinen besten Jahren mit einer vehementen Beredsamkeit begabt und zu wirkungsvoller Entschlossenheit neigend, temperamentvoll und von einer gewissen Volkstümlichkeit, besaß nie den Überblick oder den verlässlichen sachlichen Instinkt – wo

¹² Im Original unterstrichen. Zum Gegensatz zwischen dem deutschnationalen Parteiführer Helfferich und Erzberger John G. Williamson, Karl Helfferich 1872–1924. Economist, Financier, Politician, Princeton, N. J. 1971, bes. S. 295–329.

¹³ Stegerwald nahm auf der Tagung des Reichsparteiausschusses des Zentrums Ende Oktober 1920 weitaus am schärfsten gegen Erzberger Stellung. Aber es klingt wie eine Abwandlung der Formulierung in Brünings früherem Brief, wenn er versichert, er wolle Erzberger nicht „dauernd politisch tot“ wissen. Morsey, Zentrumspartei, S. 361.

¹⁴ Vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin/New York 1987, S. 459 f.

die sichere Kenntnis nicht ausreichte —, die Erzberger auszeichneten, und schon gar nicht dessen Einfalls- und Ideenreichtum. Doch die mehr dem Gefühl als der Verstandeskraft vertrauende Persönlichkeit¹⁵ behauptete sich über die eineinhalbjährige Kanzlerschaft hinaus und begleitete den Weg des Zentrums auch in späteren Jahren. Von April 1929 bis Oktober 1931 gehörte Wirth — als Reichsminister für die besetzten Gebiete und im ersten Kabinett Brüning als Reichsinnenminister — erneut der Reichsregierung an.

Brüning, der innerhalb des Zentrums — zunächst neben und nach Erzberger — Wirth als den eigentlichen Gegner und als einflußreichen Gegenspieler empfand¹⁶, entwickelte später einiges Verständnis für diesen Zentrumskanzler, nicht zuletzt für dessen gerade in der Linken umstrittene Reichswehrpolitik.¹⁷ Dies steht offenbar in engem Zusammenhang zu Brünings eigener Anlehnung an nationale, nach Einfluß auf die deutsche Politik strebende Kreise außerhalb des Zentrums, die der Reichswehr nahestanden und die Revision der deutschen Nachkriegspolitik betrieben. Allmählich wuchs eine auch gegen Stresemann an Einfluß gewinnende Gruppe heran, als deren Exponent Heinrich Brüning nicht nur innerhalb der Zentrumsparterie gelten durfte.¹⁸ In seinen Memoiren erinnert er sich noch des Zuspruchs von General Ludendorff nach der Essener Rede Stegerwalds Ende 1920.¹⁹ Zu dem einflußreichen ehemaligen Generalstähler Oberstleutnant a.D. Frhr. v. Willisen unterhielt er seit 1919 gute persönliche, während der Ruhrkrise 1923 und wieder seit 1929 enge, kaum zu überschätzende Beziehungen.²⁰ Zunächst

¹⁵ Von vielen Urteilen vor allem Morsey, *Zentrumsparterie*, S. 386 ff., 490 ff.; Ernst Laubach, *Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22*, Lübeck/Hamburg 1968, S. 26 ff.

¹⁶ Vgl. Brüning, *Memoiren*, S. 72 f.

¹⁷ Vgl. die Urteile über den späten Wirth von Brüning, a. a. O., S. 79, 120, 122, 137, 161 f.

¹⁸ In diesem Sinne können auch die Differenzen zwischen der Stresemannschen Außenpolitik und dem Beginn Brünings präzisiert werden, die Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985, S. 514 ff. und passim, noch nicht in gewohnter Eindringlichkeit untersucht, aber schon entschieden beurteilt hat.

¹⁹ Brüning, *Memoiren*, S. 72.

²⁰ „Vom Spätsommer 1923 an wurde daraus ein täglicher Besuch punkt acht Uhr morgens. Diese Zeiteinteilung erlaubte mir, ... mit dem Arbeitsminister Brauns zusammen die Lage zu besprechen, um dann noch rechtzeitig ... mich mit Stegerwald unterhalten zu können, bevor er um neun Uhr dreißig zum Reichstag fuhr. Willisen ging dann eine Viertelstunde später ins Reichswehrministerium. Diese Form unserer Zusammenarbeit konnte allerdings nur deshalb wirksam sein, weil der Reichsarbeitsminister und der Reichswehrminister [Geßler] wachsend durch Freundschaft verbunden waren und beide sich des

spielte Brüning die Rolle eines ständigen Verbindungsmannes zu Reichsarbeitsminister Brauns und zu Reichswehrminister Geßler, wobei er von Willisen beraten und angeleitet wurde, bis er 1924 als Reichstagsabgeordneter die bald noch mehr Bedeutung gewinnende Aufgabe eines Finanzsachverständigen seiner Partei übernahm.

Über den beweglichen, temperamentvollen und jugendlich auftretenden Reichstagsabgeordneten Treviranus, einen ehemaligen Marineoffizier aus dem Lippischen, mit dem er sich anfreundete, gewann Brüning weitere Beziehungen zu deutschnationalen Politikern,²¹ ohne daß dies noch der Hilfe Martin Spahns bedurft hätte. Indem er innerhalb seiner Fraktion deutlich hervortrat und über seine Partei hinaus Verbindungen knüpfte, erwies sich Brüning als ebenso eigenständiger wie Einfluß gewinnender Politiker, der sich 1929 anschickte, mit Hilfe des Zentrumsführers Prälat Kaas der fatal desorientierten nationalen Rechten eine Richtung zu weisen, für die er sich als Führer und seine Fraktion als entscheidende Kraft empfahl. Auch anderen Kreisen der Rechten, die politisch weit abseits standen, hatte Brüning schon früh eine Revisionspolitik empfohlen, für die er nachträglich gewissermaßen Urheberan-

größten Vertrauens bei Ebert erfreuten... Auf dem Höhepunkt der Krise sahen Willisen und ich uns mehrere Male täglich.“ a. a. O., S. 92. Willisen war 1918/19 Chef des Stabes der Zentralstelle Grenzschutz Ost und nach seiner Verabschiedung Leiter des Deutschen Schutzbundes, der Dachorganisation für die im Vertrag von Versailles nicht vorgesehene Organisation des Grenzschutzes im Osten. Auf höherer Ebene war Willisen selbst ähnlich Mittler und Vermittler wie der junge Brüning. Die Richtigstellung, für die „Annahme, daß der spätere Reichskanzler Brüning über ... Willisen Einfluß auf die Entschlüsse der militärischen Führung bezüglich der Ausübung der vollziehenden Gewalt [1923] besessen haben soll, bieten die Akten keinen Beleg“, durch Heinz Hürten (Bearb.), *Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik 1922–1924*, Düsseldorf 1980, S. XXIV, ist unnötig; eine derartige Fiktion ergibt sich auch nicht aus Brünings Memoiren. Die Problematik liegt im umgekehrten Nexus. Allerdings wird auch in den Akten ein – von außen kommender, hintergründiger – Einfluß Willisens auf Reichswehrkreise an belangvollen Stellen spürbar. Vgl. a. a. O., S. 243, auch Hürten (Bearb.), *Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918–1920*, Düsseldorf 1977, S. 288.

²¹ Brüning, *Memoiren*, S. 113, 115, 129; Gottfried Reinhold Treviranus, *Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit*, Düsseldorf/Wien 1968, S. 75, 404, Anm. 7, 94 f., der übrigens die ausführlichste Schilderung der Militärzeit Brünings gibt. Vom später „zuverlässigsten Mitarbeiter, Mittelsmann, Kontaktmann“ Brünings spricht Horst Möller, Gottfried Reinhold Treviranus. Ein Konservativer zwischen den Zeiten, in: *Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von Johannes und Karin Schauff zum 80. Geburtstag*, hrsg. von Paulus Gordan, Pfullingen 1983, S. 121.

sprüche geltend machen konnte. Einer dieser Kreise gruppierte sich um Hermann Frhr. v. Lüninck.²²

Brüning verfügte über wirkungsvolle Beziehungen, entwickelte aber auch persönliche Fähigkeiten, um politische Gegensätze zu überwinden, beides Eigenschaften, die ihn schließlich zum herausragenden Kanzlerkandidaten beförderten. In den ersten drei Monaten des Jahres 1930 gelang ihm das fast schon geniale Kunststück, das man in Kenntnis der Geschichte der Weimarer Republik kaum anders nennen kann, unmittelbar nacheinander die Führung des Reichswehrministeriums, Schleicher wie Groener, den Reichspräsidenten, die Führung seiner eigenen Partei und ihre Reichstagsfraktion für seine Konzeption und seine Kanzlerkandidatur zu interessieren und dennoch die aus der „großen Koalition“ resultierenden engen Beziehungen zu dem Fraktionsvorsitzenden und den führenden Männern der SPD als stärkster Partei nicht preiszugeben, zu schonen und weiter zu pflegen.²³ So konnte die Übernahme des Kanzleramtes und die Bildung einer Regierung durch Brüning ohne Hast, doch rasch und unter Vermeidung der üblich gewordenen Interimszeiten erfolgen. Nahezu routinemäßig, ohne ungewöhnliche Aufmerksamkeit zu erregen, begann die Politik des neunten Reichskanzlers an der Spitze der sechzehnten Regierung der Weimarer Republik. Sie hinterließ nach 26 Monaten ein wesentlich verändertes Deutschland. In dieser „Ära Brüning“ wurde die Schwelle zur zweiten Phase der Zwischenkriegszeit überschritten; sie enthält alle Schlüssel zum Verständnis der nachfolgenden Zeit.

²² Brüning, Memoiren, S. 491: Er habe die Grundgedanken seiner späteren Politik „im Jahre 1924 in Königswinter in einem von Herrn v. Lüninck geleiteten Kreise von führenden Persönlichkeiten der Rechtsparteien ausgesprochen“. Es ist möglich und das Register der Edition meint dies auch, daß Hermann Frhr. v. Lüninck gemeint war, der Führer des Landbundes im Rheinland und Bruder des schon genannten Ferdinand Frhr. v. Lüninck.

²³ Wichtige Quelle hierzu Rudolf Morsey, Neue Quellen zur Vorgeschichte der Reichskanzlerschaft Brünings, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, hrsg. von Ferdinand A. Hermens u. Theodor Schieder, Berlin 1967, S. 207 – 231; vgl. Brüning, Memoiren, S. 163; hierzu auch Schulz, Vorabend, S. 487 ff.

ERSTER TEIL

Die Regierung Brüning 1930

ERSTES KAPITEL

Reichsregierung, Reichspräsident und Parteien im Frühjahr 1930

Bindung der Reichsregierung an den Reichspräsidenten

Der damals dem Reichsbankpräsidenten Schacht verbundene Herausgeber der wirtschaftspolitischen Wochenschrift „Der Deutsche Volkswirt“, Gustav Stolper, beschloß nach der Unterzeichnung des Young-Plans zu Paris eine Artikelserie am 30. August 1929 mit den Worten: „Es geht ein tiefes Sehnen durch ganz Deutschland nach Führerwillen und rettenden Ideen. Die große Bewährungsstunde der Demokratie ist gekommen. Ihr eigenes Schicksal entscheidet sich am Schicksal der Finanzreform.“¹ Nach dem Ende der „großen Koalition“ begleitete derselbe Autor den Amtsantritt des neuen Kanzlers Heinrich Brüning mit Ausdrücken dezidiert Skepsis, die keine Zweifel lassen, daß dies nicht die Regierung war, von der er einen Ausweg aus der Misere der Reichsfinanzen erwartete: „Hat überhaupt Herr Dr. Brüning mit den Vertretern der Parteien, die er ‚ohne koalitionsmäßige Bindung‘ in sein Kabinett aufgenommen hat, auch nur ein Wort über die große Reichs- und Finanzreform gesprochen, die seinem weitgesteckten politischen Plan zugrunde liegen soll? ... Hält man es denn für möglich, eine solche Reform anders zu erzwingen als durch einen großen Plan, der an die Phantasie der Massen rührt und der durch seine Geschlossenheit alle Sonderinteressen abprallen läßt...?“²

Mag in diesen Worten auch eine übertriebene Erwartung mitgeschwungen haben, so war die Frage immerhin klar und treffend gestellt. Einen „großen Plan“ suchten viele; von ihm wurde häufig gesprochen. Doch es gab ihn jetzt wie auch später nicht. Er ist allenfalls in der retrospektiven Interpretation der Ära Brüning bei einigen Historikern aufgetaucht — wohl überwiegend aus Gründen, die in der deutschen Nachkriegsge-

¹ Schlußpassage der Artikelfolge, die auch in Buchform veröffentlicht wurde, zit. von Toni Stolper, *Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit*, Wien-Berlin-New York. Gustav Stolper 1888–1947, Tübingen 1960, S. 229.

² a. a. O., S. 252.

schichte zu suchen sind; die Quellen kennen ihn nicht. Auch wenn man den Erinnerungen Brünings³ folgt, ergibt sich zunächst nur in einer Hinsicht Auffälliges, aus dem sich eine wesentliche Abweichung von den Modalitäten vergangener Regierungswechsel entnehmen läßt: Nach einer Nacht mit wenig Schlaf ging der Kanzlerkandidat erneut zum Reichspräsidenten. Er bat um die „Erlaubnis, ein nicht an die Parteien gebundenes Kabinett bilden zu dürfen, und um die Zusage, ... im Notfall die Vollmachten des Artikels 48 zu erteilen“, was die Beziehung des Reichskanzlers zum Reichspräsidenten über das bisherige Maß hinaus aufwertete und zwangsläufig enger gestaltete.

Gewiß war der Artikel 48 der Reichsverfassung, der die Ausnahmerechte bestimmte, in den ersten Jahren der Republik, bis 1924, häufig schon bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen angewendet worden; das Verlangen hiernach ging von den Reichsregierungen aus, in Vermutung des Erfordernisses rascher und umfassender Maßnahmen, die der Weg der ordentlichen Gesetzgebung über den Reichstag und über den Reichsrat nicht zu gewährleisten schien.⁴ Nun aber verlangte ein Reichskanzler *vor* der Regierungsbildung eine Verfügbarkeit der Notstandsbefugnisse aus dem Artikel 48 für seine künftige Politik. Will man Brünings Darstellung folgen und ihr die wahrscheinliche Voraussetzung zugrunde legen, daß er über die seit längerem verfolgten Absichten des Reichspräsidenten und seiner Umgebung nicht alles oder doch vieles nicht wußte, da sie erst wesentlich später aus den Niederschriften Graf Westarps bekannt wurden,⁵ so bleibt der Schluß, daß Brüning auch ohne genaue Kenntnis diesen Absichten einen großen Schritt entgegenkam. Dabei sollte „ein Kabinett herauskommen, dem eine Mehrheit des Reichstages Unterstützung gab; zugleich aber mußte der Einfluß der Fraktionen auf dessen Zusammensetzung und Beschlüsse gebrochen werden. Daher

³ Brüning, Memoiren, S. 161–164; dort auch die nachfolgenden Zitate. Stets sind die kritischen Einwände von Rudolf Morsey im Auge zu behalten: Entstehung. Anders allerdings Josef Beckers These, Heinrich Brüning und das Scheitern der konservativen Alternative in der Weimarer Republik, in: APZ, B 22/80; und im Anschluß hieran die Kontroverse Udo Wengst, Heinrich Brüning und die „konservative Alternative“. Kritische Anmerkungen zu neuen Thesen über die Endphase der Weimarer Republik; Becker, Geschichtsschreibung im politischen Optativ? Zum Problem der Alternativen im Prozeß der Auflösung einer Republik wider Willen, beide in: APZ, B 50/80.

⁴ Vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930, Berlin 1963, 2. Aufl. 1987, Zweiter und Dritter Teil.

⁵ Schulz, Politik, 1, S. 15–18.

konnte nicht mehr mit einzelnen Gesetzen gearbeitet werden, sondern mit großen, zusammenfassenden Regierungsvorlagen...“⁶

Der Gedanke einer „Kampfgregierung“⁷, der angesichts tief wurzelnder, nicht mehr konstruktiv überbrückbarer politischer Gegensätze entwickelt wurde und nun auf die kurze, bürgerkriegsähnliche Phase der Staatsumwälzung in der Novemberrevolution in einer Art dialektischer Entgegnung staatsrechtsförmig antwortete, lag den Entschlüssen Brüning nicht zugrunde. Wenn später im Hinblick auf die Notstandsrechte des Reichspräsidenten nach Artikel 48 der Reichsverfassung von einer „Reserveverfassung“ der Republik gesprochen wurde,⁸ so bleibt im Auge zu behalten, daß diese Reserve schon wiederholt erprobt worden war.

Um den verfassungspolitisch gegebenen Rahmen auszumessen, hatte Brüning schon vor der Übernahme des Reichskanzleramtes neue Handhaben aus dem Artikel 48 verfassungsrechtlich prüfen lassen. Ein Gutachten, das der Staatssekretär in der Reichskanzlei vom Reichsinnenministerium und vom Reichsjustizministerium einholte und das die Staats-

⁶ Brüning, *Memoiren*, S. 163.

⁷ So schon Ernst Wolgast, *Die Kampfgregierung. Zur Lehre von der Kabinettsbildung nach der Weimarer Verfassung*, Königsberg 1929. Die Wurzeln des Gedankens reichen jedoch in die Kontroverse zurück, die Heinrich Herrfahrdt auslöste, *Die Kabinettsbildung nach der Weimarer Verfassung unter dem Einfluß der politischen Praxis*, Berlin 1927. Hiergegen Karl Rothenbücher, *Der Kampf um Artikel 54 der Deutschen Reichsverfassung*, in: *ZöR*, 7 (1928), S. 329–341; und Richard Thoma, *Sinn und Gestaltung des deutschen Parlamentarismus*, in: *Recht und Staat im Neuen Deutschland. Vorlesungen gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung*, hrsg. von Bernhard Harms, Berlin 1929, I, S. 98–126; dort die Wortprägung „Konfliktkabinett“ (S. 121).

⁸ Horst Möller, *Parlamentarismus in Preußen 1919–1932*, Düsseldorf 1985, S. 586. Beachtenswert bleibt die beiläufige, aber treffende und wichtige Bemerkung von Hans Boldt, *Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion*, in: Michael Stürmer (Hrsg.), *Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas*, Königstein, Ts. 1980, S. 309, Anm. 27: „Systemveränderung heißt ... ein Abgehen von den tragenden Grundsätzen der Weimarer Reichsverfassung, nicht ohne weiteres aber – illegaler – Verfassungsbruch. Nach damals herrschender Auffassung gestattete die Weimarer Verfassung jede Art ihrer Veränderung, wenn sich diese nur der in Art. 76 WRV [=Verfassungsänderung durch qualifizierte Reichstagsmehrheit] festgelegten Prozeduren bediente.“ Dem ist nur noch hinzuzufügen, daß bei Gleichrangigkeit der ordentlichen Gesetzgebung und des Notverordnungsrechts sich in keiner Hinsicht mehr juristische Beschränkungen auf dem Wege eines Systemwechsels ergaben – lediglich moralische, die aber bekanntlich an vielerlei Voraussetzungen gebunden sind. Im übrigen bleibt die konzise wie kenntnisreiche Darstellung von Clinton L. Rossiter, *Constitutional Dictatorship. Crisis Government in Modern Democracies*, Princeton, N. J. 1948, S. 31–73, ebenso von Bedeutung wie Karl Dietrich Brachers Ausführungen, *Auflösung*, S. 58 ff.

sekretäre Zweigert und Joël gemeinschaftlich erstatteten,⁹ behandelte drei Fragen hierzu. Als erste, mithin für höchst wichtig gehaltene, ob der Reichskanzler auch nach einem Mißtrauensbeschluß des Reichstags gegen die Reichsregierung einen von ihm gegengezeichneten, ihm zu

⁹ BA, Nachl. Pünder/131; auch Anlage zum Tagesordnungspunkt 1 der Reichsministerbesprechung am 3. April 1930, BA, R 43 I/1443, R 43 I/1308. Zuerst erwähnt und erörtert von Gerhard Schulz, *Triebkräfte und Ziele der Reichsreform nach der Weimarer Verfassung*, in: Rudolf Morsey (Hrsg.), *Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele*, Berlin 1977, S. 94 f.; dann 1978 in der Einleitung von *Politik und Wirtschaft*, 1, S. LVII f.; Rudolf Morsey, in: Karl Dietrich Erdmann, Hagen Schulze (Hrsg.), *Weimar: Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute*, Düsseldorf 1980, S. 207 f.; abgedruckt AR: Brüning, 1, S. 9 f. Im folgenden wird der Ausdruck „Reichsministerbesprechung“ für den größten Kreis der an einer Sitzung der Ressortminister unter Vorsitz des Reichskanzlers Teilnehmenden verwendet. Beauftragte hohe Beamte gehören dazu, in der Amtszeit der Regierung Brüning fast immer auch der Reichsbankpräsident. Innerhalb dieser verhältnismäßig großen Konferenz waren die Reichsminister bzw. deren kommissarische Stellvertreter beschlußfähig, soweit der Reichskanzler, dem nach der Reichsverfassung die Bestimmung der Richtlinien der Politik oblag, einen Beschluß wünschte, was nur selten geschah. Sinngemäß Thilo Vogelsang in: Pünder, *Reichskanzlei*, S. 98, Anm. 240. Der Ausdruck „Ministerbesprechung“, der sich in den Protokollen findet, kann mißverstanden werden. Als Ministerbesprechungen wurden auch Konferenzen in kleineren Kreisen bezeichnet, namentlich Besprechungen einiger Reichsminister, mit oder ohne Reichskanzler, auch mit Staatsministern der preußischen Regierung, auch hier meist unter Hinzuziehung zuständiger hoher Beamter. Der Terminus „Reichsministerbesprechung“ entspricht für die Angelegenheiten des Reiches dem analog verwendeten Begriff „Preußisches Staatsministerium“ für die Ministerberatung der Preussischen Staatsregierung bzw. den Sitzungen oder Besprechungen der „Bayerischen Staatsregierung“. Der Ausdruck „Chefbesprechung“ bezieht sich ausschließlich auf Konferenzen, die zwischen zwei oder mehreren Mitgliedern der Reichsregierung unter Hinzuziehung zuständiger Fachbeamter stattfanden und die entweder zur Vorbereitung oder zur Klärung von Einzelfragen im Auftrage des Reichskanzlers oder einer Reichsministerbesprechung angesetzt wurden. In institutioneller Permanenz wurden derartige Chefbesprechungen später auch als „Ausschuß der Reichsregierung“ bezeichnet und einberufen (z. B. der „Wirtschaftspolitische Ausschuß der Reichsregierung“). Der ebenfalls häufig benutzte Ausdruck Reichskabinett bzw. Kabinettsitzungen enthält eine besondere rechtliche Qualifikation lediglich aufgrund der Geschäftsordnung der Reichsregierung vom 3. Mai 1924 (RMBl 1924, S. 176), die den Kreis der ständig Teilnahmeberechtigten und der zu den Sitzungen auch „widerruflich und ohne Stimmrecht“ Zugezogenen regelte und insofern eine Einengung des Kreises der an den Reichsministerbesprechungen Beteiligten bedeuten konnte. Die praktische Bedeutung dieser Unterscheidung war jedoch gering, da einerseits durch Beschlüsse nach Empfehlung des Reichskanzlers weitere Teilnehmer der Reichskabinettsitzungen bestimmt werden konnten; zum anderen wurde es den Reichsministern nicht verwehrt, an den Beratungen bestimmter Tagesordnungspunkte die Staatssekretäre und gegebenenfalls weitere hohe Beamte ihrer Ministerien teilnehmen zu lassen. Erst seit Amtsantritt der Regierung Papen wurde das Gremium möglichst klein gehalten.

treuen Händen übergebenen „Erlaß des Reichspräsidenten auf Auflösung des Reichstags“ vollziehen könne. Diese Frage wurde unumwunden bejaht: „Vor erfolgter Entlassung der Reichsminister durch den Reichspräsidenten ist die Rechtsstellung des Reichskabinetts, im besonderen die des Reichskanzlers, unverändert.“ Nach der von den beiden Gutachtern geäußerten — auch unter gelehrten Staatsrechtlern erörterten — Auffassung kam dem Ministerentlassungsrecht des Reichspräsidenten Vorrang vor dem parlamentarischen Vertrauensentzug und Regierungssturz zu. Auch aus der Beantwortung der beiden anderen Fragen ergab sich, daß die Gutachter dem Notverordnungsrecht Vorrang vor parlamentarischen Entscheidungen einräumten und es sogar einer geschäftsführenden Reichsregierung zugestanden, soweit sie eine unmittelbare erhebliche Gefahr „auf eine minder erhebliche zurückzuführen oder ganz zu beseitigen“ vermochte. Nach Meinung der Gutachter war es zulässig, daß auch eine geschäftsführend im Amte bleibende Reichsregierung ihre nächsten gesetzgeberischen Absichten in Notverordnungen umsetzte und daß unter gewissen Voraussetzungen auch nach Auflösung des Reichstags auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung Steuererhöhungen vorgenommen werden konnten, um „das fehlende Gleichgewicht des Haushalts“ wiederzugewinnen und eine durch mögliche Nichtzahlung von Löhnen und Gehältern sowie durch Nichterfüllung anderer Verpflichtungen heraufbeschworene Gefährdung der öffentlichen Sicherheit abzuwenden. Auch agrarpolitische Maßnahmen zählten hierzu, denn sie sollten mögliche Gefährdungen infolge der zunehmenden Beunruhigungen der Landbevölkerung beseitigen. Dasselbe durfte für eine „Osthilfe“ gelten (deren Name in dieser knappen Form hier zum ersten Male auftaucht). Zur Begründung, auf die allein es noch anzukommen schien, wurde auf die Landvolkbewegung, die Bombenanschläge in Schleswig-Holstein und das bereits auffällige Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung gerade in den östlichen Landbauzonen hingewiesen. Die Frage nach anderen Abhilfen blieb unerörtert; die Diktaturermächtigung wurde weder als ultima ratio, weder als letztes noch als optimales Hilfsmittel der Regierung betrachtet, sondern als einfaches, immediat einsetzbares, unter der Voraussetzung des Einvernehmens mit dem Reichspräsidenten im Ermessen der Reichsregierung liegendes Mittel, dessen Anwendung wohl einer schlüssigen, im übrigen aber keineswegs einer besonders qualifizierten Begründung bedurfte. Das Vorhaben der Regierung besaß aus diesem Grunde letztlich Vorrang gegenüber dem Willen des Reichstags, soweit er sich zu keiner Mehrheitserklärung zu entscheiden vermochte und sofern sie sich mit dem Reichspräsidenten in Einklang

befand. Dies blieb fortan beständiger Sinn der überaus wirkungsvollen gedanklichen Konstruktion dieser Gutachten.¹⁰

Diese oder gleichartige Auffassungen hatte Brüning auch schon als Fraktionsführer der Zentrumspartei, vor seiner Ernennung zum Reichskanzler, zur Kenntnis genommen, wahrscheinlich bald „nach Ostern“ 1929, in einem ersten bedeutsamen Gespräch mit Generalmajor v. Schleicher.¹¹ Offenbar lief diese Art der Information des Kanzlerkandidaten am Präsidialbüro vorbei, gab es mithin eine Annäherung von Kanzlerkandidat und interessierten Interpreten der Notstandsbefugnisse des Reichspräsidenten, die sich für die künftige Entwicklung als überaus folgenreich erwies. Allerdings findet sich zu diesem Zeitpunkt noch kein Anzeichen dafür, daß erwogen oder gar beabsichtigt wurde, etwa die gesamte Regierungstätigkeit vom Reichstag zu lösen, um sie gänzlich auf den Reichspräsidenten zu stützen. Die zuständigen Reichsministerien wie die Reichskanzlei prüften unter der Voraussetzung, daß sie sich weiter auf dem Boden der Reichsverfassung bewegten, die Möglichkeit einer Umgehung, also eines Auspielens des parlamentarischen Mißtrauensvotums gegen die Regierung nach den Erfahrungen mit der „großen Koalition“. Man beabsichtigte, das nächste Finanzsanierungsprogramm nach langer Verschleppung, nun um die besagte „Osthilfe“ erweitert, die der Reichspräsident verlangt hatte, gegen jeden Widerstand durchzusetzen, aber nicht die dauernde Beschneidung der Rechte des Reichstags. Die Intentionen waren ganz und gar pragmatischer Natur; weder eine Verfassungsexegese noch die Lösung von Normenkollisionen, im Hinblick auf das parlamentarische Prinzip, schienen beabsichtigt oder wurden erörtert.

Man wollte und konnte dies freilich nicht vor Reichstag und Öffentlichkeit darlegen.¹² Immerhin gab der Reichskanzler nach den ersten

¹⁰ Ein weiteres Gutachten des Ministerialdirektors im Reichswirtschaftsministerium Dorn „Zur Frage der Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung und der Auflösung des Reichstags“ wich von dem Gemeinschaftsgutachten Zweigert-Joël ab. Es ging auf eine etwas veränderte Fragestellung ein. In der Sache entwickelte es keine andersartigen Folgerungen. Dorn erörterte die zwischen Walter Jellinek und Carl Schmitt einerseits und Gerhard Anschütz andererseits strittige Frage, ob eine Reichsregierung, der bereits ein Mißtrauensvotum erteilt worden ist, die Auflösungsorder des Reichspräsidenten gegenzeichnen darf. Dorn stellte in bezug auf eine bereits im voraus gegengezeichnete Auflösungsorder gleiche Meinung mit dem Gemeinschaftsgutachten fest. Im übrigen bestand auch darin Übereinstimmung, daß einer „Geschäftsregierung“ die vollen Machtbefugnisse der „normalen Regierung“ zukamen. BA, Nachl. Pünder/131.

¹¹ Brüning, Memoiren, S. 147.

¹² Brüning teilte Einzelheiten der vorliegenden Gutachten seiner Fraktion, nach Ausweis

Sitzungen des neuen Kabinetts in seiner Erklärung vor dem Reichstag am 1. April¹³ seine Entschlossenheit zu erkennen, die Befugnisse aus dem Artikel 48 anzuwenden. Seine Regierung sei „an keine Koalition gebunden“, entsprechend dem „vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag“; „politische Kräfte des Hauses“ seien „nicht unberücksichtigt“ geblieben, was Brüning aber doch schon als „letzten Versuch“ bezeichnete, „die Lösung mit diesem Reichstag durchzuführen“. — Das mußte als Androhung einer Auflösung und Neuwahl des Reichstags aufgefaßt werden. — Die Regierung „scheut angesichts der ersten Lage nicht vor außergewöhnlichen Mitteln zurück“; sie sei „gewillt und in der Lage, alle verfassungsmäßigen Mittel hierfür einzusetzen“. Dies trug dem neuen Reichskanzler außer dem Beifall seiner eigenen Fraktion¹⁴ nur die Zustimmung der Sprecher der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und — nicht ohne Vorbehalt — der Demokraten ein, während Breitscheid für die SPD die Fragwürdigkeit gerade der vorzeitigen Ankündigung künftiger Anwendungen des Artikels 48 hervorhob und mit der Zurückweisung dieser als „glatten Verfassungsbruch“ bezeichneten Absichtserklärung eine unüberhörbare Warnung aussprach, die der vorsichtig taktierende Reichskanzler nicht ohne weiteres übergehen konnte, so daß er dann in seiner offiziellen Regierungserklärung nichts von einer neuen Regierungsweise verlauten ließ. Ein Vertrauensvotum unterblieb; doch die von der KPD und der SPD eingebrachten Mißtrauensanträge fanden nur die Zustimmung der nationalsozialistischen Abgeordneten, insgesamt 187 gegen 253 Stimmen, während die Fraktion der DNVP diesmal das Regierungslager stützte,¹⁵ in den folgenden Tagen aber in heftigen Streitereien auseinanderfiel.

der Fraktionsprotokolle, nicht mit, behauptete aber, daß er dem Fraktionsvorsitzenden der DNVP (Oberföhren) gegenüber bemerkt habe, daß ein Teil des Agrarprogramms und das Ostprogramm mit Hilfe des Artikels 48 nicht „zu machen“ seien. Morsey, Zentrumsprotokolle, S. 432.

¹³ StenBer Vh RT, Bd. 427, S. 4728—4741.

¹⁴ a. a. O., S. 4741—4751, auch zum Folgenden.

¹⁵ Hätte der Reichstag das Mißtrauensvotum mehrheitlich angenommen, so wäre er sofort aufgelöst worden, und die Reichsregierung hätte mit dem Artikel 48 regiert. Die Situation des 16. Juli 1930 wäre mithin dreieinhalb Monate früher eingetreten. Die Vorbereitungen waren getroffen, die Entscheidungen bereits gefallen. Vgl. Pünder, Reichskanzlei, S. 48; Morsey, Zentrumsprotokolle, S. 429, 434. Der Ausgang der inneren Auseinandersetzungen der DNVP-Fraktion bildete das Zünglein an der Waage. Zu diesen Vorgängen schon Bracher, Auflösung, S. 327—333; vgl. Schulz, Politik, 1, S. 107 ff., 112 ff., 116 f., 130—150.

Das Programm der Regierung Brüning schien zunächst kaum geeignet, den großen, neu abgesteckten Bogen verfassungsrechtlicher Möglichkeiten annähernd auszufüllen, vor allem aber nach außen einen ähnlichen Eindruck zu erzielen wie die knappen, klaren und starken Worte des Reichskanzlers mit ihrem drohenden Unterton. „Praktisch konnte es sich nur darum handeln, *die Ablehnung eines Mißtrauensvotums zu erzielen, die einzige Form, unter der ein deutscher Reichstag sein Vertrauen auszusprechen pflegte*,¹⁶ und den Kompromiß über Finanzen sowie Arbeitslosenversicherung und Zollvorlagen im Reichstag durchzusetzen. Das mußte in einer Woche geschafft werden, um eine neue Form des Regierens in Deutschland zu beginnen und damit den Glauben an die Möglichkeit einer Regierung mit Autorität gegenüber dem Parlament ohne Verletzung der Verfassung zu begründen“, beschrieb Brüning später sein Vorgehen; die zugänglichen Quellen liefern keinen Anhalt für die Existenz weiterer, über die nächsten Tage und Entscheidungen hinausreichender Pläne. Die Reichsfinanzpolitik der voraufgegangenen Regierungen lavierte zwischen den jeweiligen Schwierigkeiten kurzfristig hindurch und lebte im Grunde von der Hand in den Mund. Daran änderte sich auch nach der Regierungsübernahme durch Brüning und während seiner Amtszeit nichts Wesentliches; jedoch wirkten sich Aushilfen und größere Maßnahmen, um den Haushaltsausgleich herbeizuführen, im Gefolge der Krise wirtschaftlich immer tiefer einschneidend aus.

Zu Beginn des Frühjahrs 1930, als die neue Reichsregierung ihr Amt antrat, schien allerdings die Krise, von der man in den voraufgegangenen Monaten wiederholt gesprochen hatte, einer Entlastung zu weichen. Ende März, teils noch im April hatten die Notierungen der wichtigsten Aktienwerte an der New Yorker Börse gegenüber ihrem Tiefpunkt im November 1929 wieder erheblich angezogen.¹⁷ Zum Zeitpunkt des Amts-

¹⁶ Brüning, Memoiren, S. 163, durch Kursivdruck im Original hervorgehoben.

¹⁷ Robert T. Patterson, *The Great Boom and Panic 1921–1929*, Chicago 1965, S. 184 f. Die episodische Entlastung im Frühjahr 1930 ist häufig hervorgehoben worden, so von Charles P. Kindleberger, *Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939*, Übers. aus dem Amerikanischen, München 1973, S. 134 ff. Knut Borchardt, *Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes*, in: *Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* 1979, München 1979, S. 4 f., auch in: *Stürmer, Weimarer Republik*, S. 320 f., meint sogar, daß man noch bis April 1931 „auf ein glimpfliches Ende der Krise hoffen konnte“. Erst Mitte April 1931 sei eine noch nicht hinreichend geklärte Wendung zum Schlimmeren eingetreten. — Die Zahl der von den Arbeitsämtern erfaßten Arbeitslosen in Deutschland, die schon Ende

antritts der Regierung Brüning konnte von einer allgemeinen wirtschaftlichen Krise nicht die Rede sein. Deutschland erlebte in den ersten Monaten des Jahres 1930 den letzten Nachschwung der Stabilisierungsphase; einige Anzeichen weltwirtschaftlicher Neubelebung waren offenkundig Folgen eines allgemeinen Nachgebens der Großhandelspreise, das seit Sommer 1929 anhielt und sich stetig fortsetzte. Wenn man auch in der deutschen Politik die Vorgänge an ausländischen Börsen kaum eingehend beobachtete, so blieben doch die Wirkungen des vor allem im zweiten Quartal 1930 zunehmenden und an den Umfang früherer Jahre erinnernden Umsatzes an amerikanischen wie ausländischen Wertpapieren in den Vereinigten Staaten auch innerhalb Deutschlands nicht aus. Diese Schwankungen trugen nicht unwesentlich zu der verspäteten Erfassung von Ausmaß und Auswirkungen der Wirtschaftskrise bei,¹⁸ zumal man sich in Deutschland an das Faktum einer großen Arbeitslosigkeit schon

November 1929 zwei Millionen übertraf und bis Ende Februar 1930 mit 3,366 Millionen einen ersten Höchststand erreicht hatte, ging im Laufe des Frühjahrs erheblich zurück, stieg aber im Sommer wieder rasch an, lag zum Jahresende 1930 bei 4,4 Millionen. Bei der Arbeitslosenstatistik handelt es sich, wie auch Borchardt sagt, um einen Spätindikator der konjunkturellen Entwicklung. Die partielle Entlastung im Frühjahr 1930 ist indessen nicht strittig. Tabelle nach den Statistischen Beilagen zum Reichsarbeitsblatt bei Dieter Rebetisch, Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik, in: Morsey, Verwaltungsgeschichte, S. 114. Umfassender Tabellenanhang bei Helmut Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Bern/Frankfurt a.M. 1974, S. 402–456. Die deutsche Handelsbilanz wies für das erste Quartal 1930 ein besseres Ergebnis aus als für das erste Quartal 1929, sogar eines der besten Ergebnisse überhaupt. Auch die Monatsindexzahlen der Produktion von Verbrauchsgütern des sog. elastischen Bedarfs lagen im Januar und Februar 1930 über den Zahlen der ersten acht Monate von 1929. Die Bautätigkeit war in dem üblicherweise saisonbedingt schwachen ersten Quartal 1930 sogar ungewöhnlich groß; die Investitionsgütererzeugung glich der des Vorjahres, sank aber ab April rapide ab. Die Umsätze des Einzelhandels lagen im ersten Quartal 1930 etwas unter denen des Vergleichszeitraumes 1929, stiegen aber im April merklich an. Die Beschäftigtenzahl bewegte sich seit August 1929 – mit Unterbrechung von März bis Juli 1930 – stetig abwärts.

¹⁸ Ein Beispiel von vielen für die unzureichende Reflexion der Krise liefert das vom Parteivorstand der SPD herausgegebene Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930, o.O. [1931]. Der Bericht der Reichstagsfraktion, der im Frühjahr 1931 abgeschlossen wurde, ist überschrieben „Das Krisenjahr 1930“. Aber von der Krise handeln nur die ersten Sätze, wo im Hinblick auf das Ansteigen der Arbeitslosenzahl bis Ende 1930 konstatiert wird: „Aus der wirtschaftlichen Depression ... ist ... eine deutsche Wirtschaftskrise im stärksten Umfange geworden“, um einige nichtssagende Folgerungen anzuknüpfen.

während der zwanziger Jahre gewöhnt hatte und hierin noch nicht ein Alarmzeichen erblickte.

Macht man sich mit den zahllosen wirtschaftlichen Berichten und Eingaben in den Aktenbeständen nicht nur der fachlich zuständigen Obersten Reichsbehörden, sondern auch mit denen des Büros des Reichspräsidenten vertraut, so fällt in der erdrückenden Fülle von Adressen, Vorschlägen und Unterrichtungen eine durchgehende perspektivische Eigenart auf: Sogar in der ständigen, sehr ausführlichen Berichterstattung des Reichswirtschaftsministers über die wirtschaftliche Lage, die der Reichspräsident seit 1919 regelmäßig erhielt,¹⁹ blieben wirtschaftliche Vorgänge im Ausland unerörtert, meist sogar unerwähnt. Die gesamte Außenwirtschaft wie die Auslandswirtschaft figurieren in den Sparten Export und Import, Zollpolitik, Reparationen und Anleihen, womit die von deutscher Seite aufgenommenen gemeint waren. Die Zusammenhänge des Welthandels erscheinen nicht reflektiert; ihre Existenz wurde amtlich gar nicht zur Kenntnis genommen. Die Bemühungen des Kieler Nationalökonomern Bernhard Harms und des von ihm noch vor dem ersten Weltkrieg gegründeten Instituts für Weltwirtschaft wie auch die später einsetzenden Versuche zur statistischen Erfassung in Deutschland durch den Chile-Deutschen Ernst Wagemann haben trotz ihres scheinbaren Einflusses auf Wissenschaft und Fachpublizistik nur wenige hohe Beamte und noch weniger Politiker beeindruckt. Hierin spiegeln sich offenkundige Defizite in der Auffassung der hohen Beamten – vor allem der Ministerialabteilungsleiter und Referenten – des Reichswirtschaftsressorts, von denen einige immerhin über Auslandserfahrungen verfügten, die sie allerdings in erster Linie den langwierigen Reparationsverhandlungen verdankten.

Die in Wellen das Präsidialbüro überschwemmenden Adressen sowohl der Spitzenverbände als auch einzelner Persönlichkeiten bekunden eine überaus hohe Einschätzung der Autorität des Reichspräsidenten gleichsam als Appellationsinstanz auch in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten. Der Reichspräsident, wahrscheinlich auch seine engste Umgebung wären mit einer Auswertung oder auch nur sorgsamem Kenntnisnahme selbst der in sachlichem Tone gehaltenen Berichte in ihrer Arbeitskraft bei weitem überfordert gewesen. Es ist nur verständlich, daß der hohe

¹⁹ Die Berichte sind in einer eigenen Aktengruppe enthalten, B XI, Gruppe 1, Nr. 2, nach der Registratur des Büros. Die Akten des ehemaligen Büros des Reichspräsidenten liegen heute in Potsdam. Ein ausgewählter Teil ist, auf Mikrofilm aufgenommen, im Institut für Zeitgeschichte in München einzusehen. IfZ, MA 1240/1 u. 2.

Adressat auch innerhalb dieser nationalen Flut von Unterrichtsversuchen eine enger begrenzte Auswahl vornehmen ließ, um sich mit dem gründlichen Interesse, das er durch sein Amt geboten wähnte, ihrer anzunehmen. Diese ausgewählten Eingaben betrafen – direkt oder indirekt – Wehrmacht und Landesverteidigung, die sich verhältnismäßig häufig mit dem wirtschaftlich bedrängten Grundbesitz im Osten in Verbindung bringen ließen, wofür im Reichswehrministerium Material zur Verfügung stand,²⁰ des weiteren die Landwirtschaft im Osten allgemein und schließlich in jedwedem wirtschaftlichen Bezug einige herausragende alte Familien, deren Erhaltung Hindenburg für eine patriotische preußische Verpflichtung hielt. Friedrich Ebert, sein Vorgänger, hätte sich wohl anders verhalten; wie er aber mit dem merkwürdigen, anschwellenden Fluß wirtschaftlicher Eingaben, Vorstellungen und Ideen nach der Mitte der zwanziger Jahre fertig geworden wäre, muß offene Frage bleiben.

Für die Industrie brachte Hindenburg von Haus aus wenig Interesse auf. Er war aber bereit, sich die Reden respektabler Persönlichkeiten anzuhören, deren Rang und Bedeutung er begriffen hatte. Die größten Verbände vermochten sich ihm dann auch entsprechend zu präsentieren. Auf dem Neujahrsempfang des RDI am 7. Januar 1930, der dem Reichspräsidenten Gelegenheit zu einer gut vorbereiteten und über der Sache stehenden Erwiderung bot, bemühte sich Duisberg, in seiner Ansprache allerdings wenig glücklich, die Interessen seines Verbandes zum Ausdruck zu bringen. Mit einer Anspielung auf „das abschreckende Beispiel im Osten“ meinte er wohl Verhältnisse weit jenseits der Reichsgrenze,²¹ weckte er aber doch vor allem das Empfinden des Feldmarschalls für die Notlage von Landwirtschaft und alten, ihm vertrauten Familien in den Ostprovinzen Deutschlands. Jedenfalls empfand sich Hindenburg selbst als eine Art ausgleichender Instanz; er suchte dem agrarischen Osten zu helfen und die Exporterfolge der Industrie, die etwas unvermutet ein-

²⁰ Vorgänge und geheimes statistisches Material zur Beziehung zwischen der agrarischen Notlage und dem vom Reichswehrministerium organisierten Landesschutz in Pommern BA, R 43 I/725.

²¹ Die ganze Passage in dem ausgearbeiteten und vorher dem Präsidialbüro übermittelten Manuskript Duisbergs lautete: „Das abschreckende Beispiel im Osten beweist aber die Richtigkeit der Auffassung, daß eine kräftige industrielle Erzeugung nur aufrechterhalten wird, wenn den Unternehmern Selbständigkeit in der Führung der Betriebe, Aussicht auf Erfolg des Unternehmens und Verfügung über die notwendigen Betriebsmittel gelassen wird. Diese Voraussetzungen werden durch die gegenwärtige Sozial- und Steuerpolitik der Regierung ernstlich in Frage gestellt.“ Wortlaut B XI, Gruppe 1, Nr. 1, Bd. 1.

setzten und einen kritisch aufgenommenen Überraschungseffekt zeitigten, um einer ihm naheliegenden höheren Gerechtigkeit willen zurückzuschneiden. Schließlich fühlte sich der Reichspräsident durch viele Eingaben hierzu aufgerufen. Die neue Regierung mußte dem Rechnung tragen. Die Vorgänge in Amerika fanden demgegenüber wenig Beachtung.

Reichshaushalt, Agrarprogramm und Osthilfe

Das verhältnismäßig normale und routinemäßige Einsetzen der Politik der neuen Reichsregierung erklärt sich aus den Gewohnungen und Einschätzungen unter diesen eben geschilderten Voraussetzungen. Zunächst mußte die seit Wochen geführte Kontroverse um die Deckungsvorlagen Moldenhauers zum Haushaltsausgleich durchgefochten werden. Wie in einer Serie von Verbandstagungen und Verhandlungen Anfang April deutlich wurde, blieb die Haltung der industriellen Spitzenverbände geteilt. Während im Langnamverein²² wie im Stahlwerksverband die Meinungen auseinandergingen, aber doch starke Stimmen für Zurückhaltung „aus politischen Gründen“ eintraten, „um dem neuen Kabinett Brüning, insbesondere dem Reichsarbeitsminister Stegerwald keine Schwierigkeiten zu machen“,²³ sprach der Hauptredner auf der Versammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller, von dem man allerdings starke Töne gewöhnt war, nur verächtlich über „den Reichstag und irgendein von seinen Fraktionen zusammengelesenes Verlegenheitskabinett“; er beklagte, „daß sich stets wieder Leute, keine Männer finden, die nichts anderes tun als die Vorgänger, die sie verdrängten, und die eine Verantwortung übernehmen, die sie nichts kostet ...“²⁴ Steuerreform und eiserne Einsparungen der öffentlichen Hand unter Anwendung der Notstandsrechte nach Artikel 48 der Reichsverfassung erschienen dieser Seite schon seit Monaten als einzig diskutabler Ausweg. Mit einer besonders dramatisch empfundenen wirtschaftlichen Krisenlage hatte diese Spitzenverbandspolemik nichts zu tun.

²² Protokoll der 58. ordentlichen Mitgliederversammlung am 4. April 1930, in: Langnamverein. Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, N. F., 17 (1930), Nr. 2.

²³ Michael Grübler, Die Spitzenverbände der Wirtschaft und das erste Kabinett Brüning. Vom Ende der Großen Koalition 1929/30 bis zum Vorabend der Bankenkrise 1931. Eine Quellenstudie, Düsseldorf 1982, S. 109.

²⁴ Wittke, am 3. April 1930; Grübler, a. a. O., S. 110, auch zum Folgenden.

Kastl im RDI²⁵ und womöglich noch entschiedener der Bankier v. Mendelssohn, als Vorsitzender des DIHT, warben erfolgreich für Unterstützung der neuen Regierung, wenngleich Kastl vor dem Vorstand des RDI den Hinweis nicht unterließ, daß der von Brüning verfochtene Gedanke des Junktims von Young-Plan und Finanzreform praktisch gescheitert war. Er versuchte auch, allzu große Erwartungen zu dämpfen, da seiner Auffassung nach „die neue Regierung wahrscheinlich nicht in der Lage sein“ werde, „ein sehr wesentlich anderes Programm vorzulegen; denn irgendwelche Möglichkeiten ohne gesetzliche Änderung durchzuführen, sind im Augenblick gar nicht gegeben...“²⁶ Er gab unumwunden zu, daß „sehr erhebliche Ersparnisse ... beim Reich ... fast unmöglich [seien]. Bei den Ländern ist es möglich; und bei den Gemeinden ist es ganz sicher möglich.“ Allerdings müßten erst „die Grundlagen“ geschaffen werden, „um die Gemeindefinanzen in viel stärkerem Maße als bisher zu kontrollieren“, was durch Erweiterung der Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörden und reichsgesetzliche Regelungen der Kontrolle über die Aufnahme von Anleihen und kurzfristigen Krediten geschehen sollte. Dieser Gedankengang folgte der Vorstellung einer Reichsreform auf der unteren Ebene der kommunalen Selbstverwaltung, deren Nerv durch die Bindung und laufende Beaufsichtigung ihrer Finanzwirtschaft entscheidend getroffen wurde. Im Grunde waren dies alte Gedanken, die seit Schachts Kritik der kommunalen Anleihepolitik geläufig klangen, aber nun erneut als Ansatzpunkt einer Finanzreform galten. Zu der umrissenen Zwischenlösung für 1930 gehörte aber auch der Vorschlag, dafür zu sorgen, „daß die gesamte Öffentlichkeit Deutschlands sich jetzt mehr und mehr mit den öffentlichen Finanzen beschäftigt, daß die Sache der Finanzgebarung von Reich, Ländern und Gemeinden nicht nur eine Sache der Spezialisten ist“ — wobei von sachkundigen Vertretern des Deutschen Städtetages nicht zu unterschätzende Gegen-

²⁵ Daß der RDI als größter industrieller Spitzenverband in kritischen und strittigen Fragen mildernd und ausgleichend zu wirken versuchte, hat die Arbeit von Grübler, Spitzenverbände, belegt. Nicht ohne gute Gründe erklärte in einer Kontroverse aus Anlaß der Einführung des Benzol- und Benzinzolls der Vorsitzende Duisberg: „Wir sind absolut neutral ... Wenn Sie den Versammlungen beiwohnen würden, vor allem im Präsidium, dann würde Ihnen bekannt sein, daß wir der Fertigungindustrie viel näher stehen ... und daß sie viel mehr Nutzen von uns hat als die Schwerindustrie.“ Stenogr. Niederschrift der Sitzung des Vorstands des RDI am 28. März 1930, S. 84; Autographensammlung im Nachlaß Duisberg, Werksarchiv der Farbenfabriken Bayer AG Leverkusen, 62/10, 4d, Photokopie Aktensammlung SfZT.

²⁶ Stenogr. Niederschrift, S. 78 ff.

stimmen gewärtigt werden mußten —, „sondern daß eigentlich beinahe sich das gesamte Volk mit dieser Frage beschäftigt und damit auch die richtige Stimmung erzeugt ist, um mit Vorschlägen durchzukommen“.

Ein heikler, von Kastl erwähnter, aber von den Vorstandsmitgliedern nicht vertiefter Gesichtspunkt warf indessen einen starken Schatten auf alle weiteren Erörterungen der Reichsfinanzen. In der Finanz- wie in der Steuerpolitik hatten Kastl, Silverberg und auch einige andere Repräsentanten der Großindustrie in den letzten Wochen der Reichsregierung der „großen Koalition“ bereits entschieden Stellung bezogen, indem sie den dezidierten Wünschen des Reichspräsidenten aus politischen Erwägungen entgegenkamen. Die industriellen Gesprächspartner Hindenburgs erwiesen sich nicht eben als Verteidiger der alten Reichsregierung; aber Silverberg, der Hauptgesprächspartner von seiten der Industrie, und der deutschnationale ehemalige wie auch nachmalige Reichsminister Schiele, Initiator dieser Aktion des Reichspräsidenten,²⁷ verfolgten weiterreichende Gesichtspunkte, die auch die Anfänge der neuen Regierung Brüning bestimmten.

Hierbei entstand ein neues, indirektes Junktim, das der Reichspräsident zwischen seiner Zustimmung zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen, das in Verbindung mit dem Young-Plan ausgehandelt worden war, und Hilfsmaßnahmen zugunsten „der Rentabilität der Landwirtschaft“ herstellte, die seit einigen Wochen aus dem Osten nachdrücklich gefordert wurden. Hindenburg äußerte recht eng umrissene Vorstellungen von der Finanzierung dieser Hilfen, die auch die Außenhandelspolitik festlegten: „Ein Teil der Mittel kann aus ... steigenden Zollerträgen gewonnen werden, den anderen Teil muß meines Erachtens die Industrie aufbringen. Es wäre dies ein billiger und gerechter Ausgleich...“²⁸ Die Idee einer derartigen „ausgleichenden Gerechtigkeit“ entstammte einer Denkschrift des bayerischen Stickstoffindustriellen Geheimrat Caro, die Hindenburg einige Wochen vorher erbeten hatte. Sie ging davon aus, daß die Industrieumlage, die nach dem Dawes-Plan erhoben wurde, zum Teil beibehalten und der Landwirtschaft zugeleitet werden sollte. Dies

²⁷ Schreiben Hindenburgs an Reichskanzler Müller vom 18. März 1930; AR: Müller II, 2, S. 1581 f., auch S. 1571 f., 1576 f.; dem waren Gespräche des Reichspräsidenten mit Schiele, am 17., mit Kastl am Vormittag und mit Silverberg und Caro vom Stickstoffsyndikat am Nachmittag des 18. März teils voraufgegangen, teils nachgefolgt. Gesprächsunterlagen des Reichspräsidenten und Aktennotiz des Staatssekretärs Meissner über die Unterredungen Schulz, Politik, 1, S. 88—91.

²⁸ a. a. O., S. 90 (Gesprächsunterlage des Reichspräsidenten).

entsprach einer Anregung Silverbergs am 12. Dezember 1929 in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des RDI. Das war der Grundgedanke des sogenannten „Silverberg-Plans“.²⁹ Caro hatte hierfür das Junktim zwischen agrarpolitischen Hilfsmaßnahmen und autoritärer politischer Entscheidung vorgeschlagen: „daß für eine gewisse Zeit und zur Erreichung gewisser Ziele eine schnellarbeitende, durch keine langen Reden und keine Reibungen gekennzeichnete Instanz geschaffen werden muß, die die notwendige Arbeit ausführt. Ist diese Arbeit getan, dann kann das parlamentarische System wieder voll eingesetzt werden.“³⁰ Diesen Entschluß zur Durchbrechung der parlamentarischen Regierungsweise, um den ostdeutschen Agrarinteressen in ihrer Not entgegenzukommen, hatte sich der Reichspräsident zu eigen gemacht³¹ und Kastl wie auch Silverberg mit seinem Verlangen konfrontiert, für die nächsten fünf Jahre jeweils 50 Millionen RM aus der Industriebelastung zugunsten der Landwirtschaft abzuzweigen. Beide Gesprächspartner waren sich darüber im klaren, daß sie künftig diese Pläne Hindenburgs nicht übergehen konnten, zumal schon Tage vorher unmittelbare Verhandlungen zwischen Persönlichkeiten der ostdeutschen Landwirtschaft, v. Flemming, v. Knebel-Döberitz, v. Zitzewitz-Kottow, und des Langnamvereins, Reusch und Schlenker, über „ein gemeinsames Vorgehen der Landwirtschaft und der westlichen Industrie bei der Hilfsaktion“³² begonnen hatten. Sie bewegten sich in der Richtung der Vorschläge Silverbergs; jedoch zeichnete sich ein noch größeres Paket weiterer agrarischer Programme ab. Insofern lagen Initiative und „Junktim“ des Reichspräsidenten, die er noch am 18. März in einem sofort veröffentlichten Brief dem Reichskanzler mitteilen ließ³³, doch schon außerhalb der sich

²⁹ a. a. O., S. 19 ff. Vgl. auch Schulz, Vorabend, S. 451 f.

³⁰ Denkschrift Caro vom 11. Februar 1930, zit. Schulz, Politik, 1, S. 91, Anm. 9.

³¹ Ebda. (Gesprächsunterlagen)

³² Schreiben von Otto Meynen an Silverberg, 26. März 1930; BA, Nachl. Silverberg/363, mit Protokoll einer Besprechung am 11. März in Stettin, die eine Serie von Verhandlungen eröffnete. Grundsätzliches Einverständnis wurde am 26. März in Düsseldorf erzielt. Für den 27. März wurde Silverberg die Leitung einer größeren Gesprächsrunde übertragen, in der es den „Freunden der in Düsseldorf bestätigten Vereinbarung“ darum zu tun war, die „noch abseits stehenden landwirtschaftlichen Vertreter“ zu gewinnen, als deren Exponenten Schiele und Brandes-Zaupern galten.

³³ In seinem der Presse übergebenen und am 19. März im Wortlaut veröffentlichten Brief wiederholte Hindenburg die Gedanken aus den erwähnten Gesprächsunterlagen und fügte einige neue Formulierungen ein, die den Eindruck eines sachlichen Junktims mit seiner Zustimmung zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen und eines gewissen Drucks verstärkten. Zu den auffälligen Wendungen in diesem Brief Hindenburgs gehört

eben anbahnenden Einigung. Aus diesen Verhandlungen ging übrigens ein neues Gremium des RDI, der Agrarpolitische Ausschuß, hervor.

Opponierende Stimmen aus der Industrie wandten sich sogleich nach Bekanntwerden der Gespräche beim Reichspräsidenten gegen einen Zugriff auf die Industrieumlage oder gar den Reservefonds der mit ihrer Verwaltung betrauten Bank für deutsche Industrieobligationen.³⁴ Sie sind nie zum Schweigen gebracht worden, zumal sich der Reichsfinanzminister entschloß, die Industrieumlage, deren Weitererhebung in etwas reduzierter Form beschlossene Sache war, auch für Überweisungen zugunsten der Arbeitslosenversicherung einzusetzen.³⁵

In dieser Lage hat der Deutschnationale Schiele, Präsident des Reichslandbundes,³⁶ durch Zusagen Hindenburgs in der sicheren Aussicht auf das Amt des Reichsernährungsministers veranlaßt und von Graf Westarp gedrängt,³⁷ den Anfängen der Regierung Brüning den entscheidenden Stempel aufgedrückt, aber auch Fraktion und Parteiführung der DNVP in ihre zweite und schwerste Krise gestürzt. Schiele entschied als Landbundführer in betonter „Unabhängigkeit von jeder Bindung an Fraktion und Partei“ und stellte für seinen Eintritt in das Kabinett, den der Reichspräsident Brüning auferlegt hatte, die Bedingung, daß eine Reihe von Forderungen „unter allen Umständen – wenn es sein muß also

die Anspielung auf die Gespräche des gleichen Tages: „Aus Besprechungen, die ich in der letzten Zeit mit einzelnen Führern der deutschen Industrie hatte, habe ich den Eindruck gewonnen, daß dieser Gedanke der Verbundenheit und des Ausgleichs auch in der Industrie – trotz eigener Sorge und trotz der Klagen über die hohen, die Produktion bedrückenden Lasten – Verständnis findet.“ Silverberg und Kastl wurden hierdurch innerhalb des RDI in eine Verteidigungsposition gedrängt.

³⁴ Blank an Reusch, 20. März 1930; Schulz, Politik, 1, S. 89, Anm. 4; Lammers an Vögler, 29. März, Abschr. BA, Nachl. Silverberg/363; Verteidigung Kastls auf der Vorstandssitzung des RDI am 28. März, Niederschrift, S. 72 ff. (s. oben Anm. 25).

³⁵ Ausführlicher Bericht von Kastl an Duisberg, 16. April 1930; Autographensammlung Duisberg (s. oben Anm. 25).

³⁶ Schiele war Reichsinnenminister in der ersten Regierung Luther 1925 und Reichsernährungsminister in der ersten Regierung Marx 1927/28. Hierzu Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Übers. aus dem Amerikanischen, Berlin/Frankfurt a.M. 1966, S. 80.

³⁷ Niederschrift nach Diktat Graf Westarps, wahrscheinlich vom 3. oder 4. April 1930, „Über die Bildung der Regierung Brüning und die Verhandlungen bis zur Ablehnung des Mißtrauensvotums am 3. April 1930“, Abschr. nach Orig. im Nachl. Graf Westarp, Gärtringen, Photokopiensammlung SfZT; Zusammenfassung des Inhalts, abgedruckt in: Schulz, Politik, 1, S. 112 f.

auch gegen eine Mehrheit des Reichstages – mit den verfassungsmäßigen Mitteln“ durchgesetzt würden.³⁸

Am Vortage hatte Schiele Graf Westarp „als Erstem“ mitgeteilt, daß er sich entschlossen habe, sobald seine Bedingungen akzeptiert seien, in das Kabinett einzutreten und sein Mandat niederzulegen. Er wisse, daß er der Landwirtschaft helfen könne, werde von allen maßgebenden Stellen dazu aufgefordert und sehe es als seine Lebensaufgabe an, diese Arbeit zu übernehmen.³⁹ Am nächsten Tage machten sich Westarp und Brandes-Zaupern, der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, gemeinsam mit Schiele an die Arbeit, das agrarpolitische Programm „bis zur Ablehnung [zu] bepacken“,⁴⁰ um aus der Situation soviel wie möglich herauszuholen.

Obgleich Hindenburg und Schiele dies mit Brüning im großen und ganzen abgesprochen hatten, war noch mehr im Spiel. Offensichtlich hatten die rasche Bildung der Regierung und ihre partielle personelle Anlehnung an das gestürzte Kabinett Hermann Müller die Erwartungen einiger Konservativer und ihre Hoffnung auf eine radikale Klärung der Fronten enttäuscht.⁴¹ Von den Reichsministern der „großen Koalition“ hatte die Regierung Brüning, abgesehen vom Wehrminister, mehr als die Hälfte übernommen, wenn auch zum Teil in veränderten Funktionen, allein vom Zentrum drei Minister, Stegerwald, v. Guérard und Wirth, der als Exponent des linken Flügels galt.⁴² Unsicherheiten gab es aber auch auf der anderen Seite.⁴³ So schien sich die Frage zu stellen, wie sich denn die alten Minister in der Regierung eines neuen, von der

³⁸ Schiele an Reichskanzler Brüning, 29. März 1930. Das Original scheint nicht erhalten; einen Durchschlag sandte Schiele mit einem kurzen Begleitschreiben vom gleichen Tage an den Reichspräsidenten; Photokopie SfZT. Die zugehörige Punktation BA, Nachl. Pünder/131.

³⁹ Diktat Westarp.

⁴⁰ Ebda. Aus dem Diktat geht hervor, daß Brüning erst gegen Mittag die neuen Bedingungen Schiele erhielt. Dies bestätigt in gewissem Umfang die von Breitscheid überlieferte Äußerung Brünings „gegen 11 Uhr“ – also vorher –, daß Schiele bis dahin ganz allgemein „nur von der Notwendigkeit gesprochen“ habe, „unter Umständen weitere Maßnahmen für die Landwirtschaft zu ergreifen“. Aufzeichnung Breitscheids vom 29. März; abgedruckt Morsey, Neue Quellen, S. 227.

⁴¹ Hierzu Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965, S. 65 ff.

⁴² Vgl. die kurze Darstellung Brünings im Fraktionsvorstand der Zentrumsparterie; Morsey, Zentrumsprotokolle, S. 429 f.; Brüning, Memoiren, S. 162 f.

⁴³ Vgl. Berichte von Blank an Reusch vom 1. und 2. April 1930; Schulz, Politik, 1, S. 105 f., 110 f.

Präsidentengewalt stärker als vom Reichstag gestützten Kurses halten würden. In dieser Hinsicht kam der von Schiele und Graf Westarp ausgehenden Pressure und dem erneuten Druck Hindenburgs auf den Reichskanzler entscheidendes Gewicht zu, da sie Brüning nicht nur zu persönlichen Zusagen zwangen, sondern sie auch den Ministern auferlegten, die dies schon am 30. März akzeptierten.⁴⁴ Somit stand die gesamte Regierung in der gleichen Pflicht. Dies betraf die Bereitschaft, mit Hilfe des Artikels 48 zu regieren und zu amtieren,⁴⁵ was von Anfang an beabsichtigt war und in dem Augenblick eines gegen die Regierung ausfallenden Mehrheitsbeschlusses des Reichstags aktuell wurde, mit dem man als ziemlich sicher rechnete; er zog dann die Reichstagsauflösung und Gesetzgebung auf Grund des Notverordnungsrechts des Reichspräsidenten nach sich. Aber auch hinsichtlich ihres Programms war die Regierung in den nächsten wesentlichen Punkten festgelegt, die sich nun wieder von dem Junktim Young-Plan und Finanzreform entfernten, an dem die „große Koalition“ zerbrochen war.

Die von Schiele fixierten Komplexe umfaßten ein Ostprogramm und ein allgemeines agrarpolitisches Programm.⁴⁶ Das erste verlangte die „Bereitstellung von jährlich mindestens 200 Millionen RM für die nächsten fünf Jahre“ zur Senkung von Zinsen und deren Lösung vom Reichsbank-Diskontsatz, von Steuern und Lasten „im weitesten Umfange“, zur Schaffung eines „Betriebserhaltungsfonds für Betriebe aller Größen, zur Fortsetzung der Umschuldung [mit der die Ostpreußenhilfe 1928 begonnen hatte] und zur Regulierung der Kreditverhältnisse“, alsdann ein besonderes Gesetz über ein außergerichtliches Vergleichsver-

⁴⁴ Diktat Westarp (Anm. 37).

⁴⁵ Das Protokoll der Sitzung des Vorstandes der Zentrumsfraktion am 31. März enthält eine sehr knappe, den Gang der Ereignisse keineswegs klärende Darstellung, auf die der Schluß folgt: „Die SPD will ein Mißtrauensvotum bringen. Wird das nicht abgelehnt, so wird der Reichstag aufgelöst und bis zur Neuwahl mit Art. 48 regiert.“ Morsey, Zentrumsprotokolle, S. 429. Dies bezog sich wohl auf das Gespräch Brünings mit Breitscheid am Vormittag des 29. März, in dem sich der Reichskanzler ohne Ergebnis um Toleranz der SPD bemühte, an die nach dem Vorstoß Schieles natürlich erst recht nicht mehr zu denken war. Vgl. Morsey, Neue Quellen, S. 227 f.

⁴⁶ Anlage zum oben zitierten Schreiben an den Reichspräsidenten; auch Nachl. Pünder/132; auch Anlage zu einer Aufzeichnung des Ministerialrats Feßler vom 4. April; BA, R 43 I/2543; auch BA, R 43 I/1501; dort mit der Aktenverfügung Pünders vom 2. Mai 1930: „Nach erneuter Kenntnisaufnahme durch den Herrn Reichskanzler *zurück zu den Vorgängen* [im Original unterstrichen]. (Die Anlage ist sehr wichtig, als eine der Grundlagen der letzten Regierungsbildung; ich bitte daher ... um sorgfältige Aufbewahrung, damit die Anlage jederzeit zur Hand ist.)“

fahren vor der Einleitung von Zwangsversteigerungen und Zwangsvollstreckungen bei landwirtschaftlichen Betrieben, schließlich die Beauftragung der provinziellen landwirtschaftlichen Vertretungen mit der Durchführung der Hilfsmaßnahmen. Die hierdurch angestrebte wirtschaftliche und teilweise auch rechtliche Sonderstellung der Landwirtschaft in dem noch nicht eindeutig abgegrenzten „Osten“ Deutschlands, die Minderung ihrer Schuld-, Steuer- und Sozillasten als Mittel zur „Befestigung des in seinem Bestande aufs äußerste gefährdeten deutschen Besitzes“ ging über den Rahmen der Maßnahmen, die seit 1928 der Provinz Ostpreußen in ihrer „berufungslosen Sonderlage“ zugute kamen⁴⁷, noch weit hinaus. Dies bezeichnete aber eher einen neuen Ausgangspunkt der agrarischen Subventionspolitik als einen vollständigen Plan. Daß die erstrebte „Befestigung“ des Besitzes „in seinem Bestande“ dem Vorrang und der Rolle des größeren Grundbesitzes in Ostdeutschland diene, der auch in der landwirtschaftlichen Berufs- und Interessenvertretung tonangebend wirkte, lag gewissermaßen in der Natur der Sache.

Die „landwirtschaftlichen Sofortmaßnahmen“, der zweite Komplex des Schieleschen Programms, bestanden in einer Reihe von Ermächtigungen und Beauftragungen des Reichsernährungsministers, die Zollsätze etwa für Getreide wie für Schweine und Schweinefleisch festzusetzen, um einen bestimmten Jahresdurchschnittspreis zu halten – nach dem auch der Wert von besonderen Einfuhrscheinen bemessen werden sollte –, einen Beimischungszwang von Roggenmehl bei Weizenmehlverarbeitung zu verfügen oder die Einfuhr von Gefrierfleisch gänzlich zu sperren. Die erstgenannten Maßnahmen kamen kaum der gesamten Landwirtschaft, sondern lediglich dem Getreide produzierenden Landbau, auf Kosten der Veredelungswirtschaft mit ihren Schwerpunkten in Nordwestdeutschland,⁴⁸ zugute. Doch Erträge aus dem bereits bestehenden staatlich verfügbaren Maismonopol sowie ein Teil der aus dem Gerstenzoll anfallenden Mittel sollten dem Reichsernährungsminister zur

⁴⁷ Vgl. Dieter Hertz-Eichenrode, *Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchungen eines Strukturproblems in der Weimarer Republik*, Köln/Opladen 1969, S. 240–284.

⁴⁸ Zu den Folgen für Oldenburg, wo sich die Getreidepreisstützung verhängnisvoll auswirkte und die Landbevölkerung gegen die Republik aufbrachte, Klaus Schaap, *Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928–1932*, Düsseldorf 1978, S. 29 f., 269 f.

Stützung des gesamten Agrarmarktes zur Verfügung stehen;⁴⁹ der Schweinezoll sollte in den laufenden Handelsvertragsverhandlungen mit Polen heraufgesetzt und die Zollbindung bei Milchprodukten in dem am 25. November 1929 abgeschlossenen Handelsvertrag mit Finnland durch neue Verhandlungen wieder aufgehoben werden. Die letzten beiden Vorstöße gegen die Linien der bisher verfolgten Handelspolitik, die zwischen Industriellen und Agrariern erörtert worden waren, riefen den RDI auf den Plan, der im Falle Finnlands lediglich einer Einfuhrkontingentierung zustimmen wollte.⁵⁰ Der handels- und zollpolitische Teilkomplex wurde infolgedessen zum Streit- und bald zum Verhandlungsobjekt zwischen Industrie und Landwirtschaft, was die Regierung zunächst einer Entscheidung enthub, bis schließlich in Gutachten und Plänen⁵¹ im Mai Osthilfe und Agrarprogramm, die aufeinander zuliefen, und die von den Spitzen der wirtschaftlichen Interessenten ausgehandelten Entscheidungen auch für die Reichsregierung spruchreif wurden.

Divergenzen und Konflikte in der Ostagrarpolitik

In der für die Ostprovinzen zuständigen preußischen Verwaltung sah man die Sachlage, namentlich die Notlage der ostpreußischen Landwirtschaft nicht nur mit anderen Augen, sondern auch unter dem Eindruck ungünstiger Erfahrungen. Die Divergenz der politischen Grundlinien, denen die Regierungen Preußens einerseits und des Reiches andererseits folgten, ist offenkundig. Dies konnte zum Konflikt oder mußte zum Nachgeben einer der beiden Seiten führen. Zur Erklärung bedarf es eines kurzen Exkurses über die Entwicklung zur Osthilfe 1930, die den Keim zu weiteren Entwicklungen enthielt.⁵²

⁴⁹ Nach der Aufzeichnung Feßlers (Anm. 46) hatte bereits die Stützung des Roggenmarktes „bisher“ 80 Millionen RM gekostet, um den Inlandspreis auf 160 RM je t zu halten, „während er sonst nach der Weltmarktlage auf 120 bis 130 RM abgeglitten wäre“. Den Jahresdurchschnittspreis wollte Schiele auf 230 RM je t festsetzen.

⁵⁰ Aufzeichnung Feßlers; Rundschreiben des RDI an die Mitglieder des Präsidiums vom 9. April 1930 sowie Memorandum des RDI; Schulz, Politik, 1, S. 119 ff. Ausführlich, auch über die anschließende, in die gleiche Richtung weisende Stellungnahme des DIHT Grübler, Spitzenverbände, S. 212–216.

⁵¹ Von großer Bedeutung war die von fünf Gutachtern erarbeitete Agrar-Denkschrift des RDI, die am 15. Mai veröffentlicht wurde: Beiträge zu einem Agrarprogramm, Berlin 1930.

⁵² Die jüngere Literatur hierzu ist ungenau, wenn auch nicht bedeutungslos; so die ganz aufs Biographische konzentrierte Arbeit von Hagen Schulze, Otto Braun oder

Schon vor Amtsantritt der Regierung Brüning war das landwirtschaftliche Entschuldungsverfahren im Rahmen der Ostpreußenhilfe in eine schier ausweglose Krise gelangt, so daß die Fragwürdigkeit des eingeschlagenen Weges und der angewandten Mittel für die preußische Administration klar zutage trat. Der Staatskommissar zur Stützung des Gütermarktes entschied sich allerdings für eine Befürwortung; er hielt es „für unerlässlich, die Umschuldungsaktion in dem gesetzmäßig vorgesehenen Rahmen zu Ende zu führen“, da sie zunächst „vorzugsweise den Großbetrieben zugute gekommen“, aber doch „nunmehr in starkem Maße eine Hilfsaktion für den bäuerlichen Besitz geworden ist“, der sich natürlich ebenso in Bedrängnis befand.⁵³

Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse) hatte sich unter ihrem organisatorisch befähigten und persönlich tüchtigen, aber politisch meist umstrittenen Leiter Otto Klepper⁵⁴ Ende 1928 durch eine von Stichproben in der Betriebsprüfung ausgehende Denkschrift⁵⁵ in einen Gegensatz zum traditionsbewußten Teil des ostdeutschen Grundbesitzes gebracht, der seine Abneigung gegen die preußische Regierung noch verschärfte. Da die Preußenkasse von der Beobachtung ausging, daß „die bedrohlichsten Anzeichen in den Gegenden mit vorherrschenden

Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1977, bes. S. 682 ff., sowie die ohne Wahrnehmung der zum Konflikt drängenden Ereignisse und Entscheidungen bleibenden Erinnerungen von Arnold Brecht, *Mit der Kraft des Geistes. Lebenserinnerungen*, zweite Hälfte, 1927–1967, Stuttgart 1967, S. 124–128, der fast ein ganzes ereignisschweres Jahr mit wenigen chronologischen Anhaltspunkten überbrückt. Von der Eigenart der Konzeption und Tendenz her zwar konsequent, historiographisch indessen bedauerlich die Außerachtlassung bei Möller, *Parlamentarismus*, der die stetige Konfliktlinie zwischen Reich und Preußen nur in wenigen Anmerkungen bedenkt.

⁵³ Bericht des Staatskommissars für die Stützung des Gütermarktes vom 10. März 1930, mit Anlagen, vervielf., Berichterstatte Direktor Lauffer; hier Anlage V, GehStAB, Rep. 90/1077.

⁵⁴ Klepper hatte als junger Referendar 1920 auf seiten der Kapp-Putschisten gestanden, war danach Geschäftsführer im Verband hessischer Domänenpächter geworden und während der Währungsstabilisierung wesentlich an der Schaffung der Deutschen Domänenbank beteiligt, deren Vorstandsvorsitz er übernahm. Der Agrarbetriebswissenschaftler Aereboe gehörte ebenfalls dem Vorstand an. 1928 wurde Klepper auf Betreiben des preußischen Finanzministers Höpker-Aschoff zum Präsidenten der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse berufen. Mehrere Schüler Aereboes wurden von Klepper herangezogen und gefördert. Eine gelegentlich angenommene Zugehörigkeit Kleppers zur DDP bzw. zur Deutschen Staatspartei ist irrig, eine Beziehung zur DNVP nicht geklärt. Zu Klepper Hertz-Eichenrode, *Landwirtschaft*, S. 271 ff.

⁵⁵ Preußische Zentralgenossenschaftskasse, Denkschrift Nr. 2: Die Lage der landwirtschaftlichen Großbetriebe in den östlichen Landesteilen, Berlin [1928].

Großbetrieben“ auftraten, beschränkte sie ihre Prüfung von vornherein auf Grundbesitz und Pachtbetriebe mit mehr als 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, von denen sie sich — in Verbindung mit einer systematischen Kreditkontrolle — umfangreiches Erhebungsmaterial beschafft hatte. Dies wurde zu einer anderen Datengruppe in Beziehung gesetzt, die sich aus der Beobachtung des Marktes der zum Verkauf gelangenden Güter ergab. Für die Zentralgenossenschaftskasse hing das Schicksal des Großgrundbesitzes letztlich von dem Angebot des Anlage suchenden Kapitals ab. Die ermittelte Beziehung von Angebot und Nachfrage auf dem Gütermarkt führte zu der resümierenden Annahme (mehr als eine begründete Hypothese ließ sich auf diesem Wege kaum gewinnen), daß es verfehlt sei, den gesamten östlich der Elbe gelegenen Teil des Reiches als Gebiet anzusehen, das einheitlich unter der landwirtschaftlichen Krise litte, daß sich vielmehr einzelne Krisenherde abgrenzen ließen. Weit aus geringere Störungen der Rentabilität zeigten sich dort, wo größere Bevölkerungsdichte und erkennbare Absatzflüssigkeit die Marktverhältnisse bestimmten. Krisengebiete blieben auch im Rahmen der Ergebnisse dieser Untersuchung „die Provinzen Pommern, Grenzmark und Ostpreußen, von denen Ostpreußen bezüglich der Absatzlage am stärksten benachteiligt“ schien.

Die Nutzenwendungen beschränkten sich auf wenige Punkte, die kaum zugunsten der Ostpreußenhilfe sprachen. Aber sie verhalfen der preußischen Agrarpolitik, deren tüchtige, bürokratisch gewohnheitsmäßige Erledigung bislang noch ihre beste, fast einzige Eigenschaft darstellte, unversehens zu dem Ruf, einer durchdachten Konzeption zu folgen. Dies begründete das Ansehen Kleppers. Das dürfte Höpker-Aschoff erkannt haben; und dies konnte auch Ministerpräsident Braun selbst zum Vorteil wenden. Die Beobachtung ließ sich nicht von der Hand weisen, daß nur das völlige Erliegen des Gütermarktes in den bezeichneten Krisengebieten dem offenen Zusammenbruch vieler überschuldeter Betriebe entgegenstand, da sich keine Käufer mehr fanden. Um der drohenden Folge eines Zusammenbruchs der Gläubiger und damit den schlimmsten Auswirkungen auf andere regionale Wirtschaftszweige zu begegnen, befürwortete die Preußenkasse einen Eingriff in den Gütermarkt des Krisengebietes dergestalt, daß durch eine Aufnahmeorganisation die zum Verkauf angebotenen bzw. zur Zwangsversteigerung anstehenden Güter in die Hand des Staates gelangten. Auf diese Weise wurde die Aussicht eröffnet, zu günstigen Bedingungen in großem Umfang Land für die Siedlungspolitik zur Verfügung zu haben. Hiermit tat sich ein neuer Aspekt für den stets probaten Siedlungsgedanken auf: der einer groß-

angelegten Aufsiedlung ostdeutscher Güter, die von ihren Besitzern nicht mehr gehalten werden konnten.

Auch andere Seiten dachten an die Übernahme hochverschuldeter Güter von Staats wegen, was den Gedanken der Massenansiedlung und der Revision der Grundbesitzverteilung neben den Stützungsplänen allmählich wieder stärker in den Vordergrund treten ließ. Zu Anfang des Jahres 1929 hatte sich der Reichswehrminister in den Gang der Verhandlungen eingeschaltet.⁵⁶ Neues zum Stand der Erörterung vermochte er zwar nicht beizutragen; er sprach aber nüchtern und unumwunden aus, wie man es zu dieser Zeit wohl kaum in einem anderen Ministerium des Reiches auszusprechen wagte, daß „die bisherige Besitzverteilung im Osten ... aus wirtschaftlichen, sozialen und nationalpolitischen Gründen vielfach nicht mehr haltbar“ sei. Wenn er auch gelten ließ, daß die Erhaltung „einer angemessenen Anzahl lebensfähiger landwirtschaftlicher Großbetriebe“ aus volkswirtschaftlichen Gründen geboten sei, was den Plänen der Preußenkasse keineswegs widersprach, so interessierte er sich im übrigen doch keineswegs für Marktverhältnisse, sondern für eine politische, soziographische und wirtschaftliche Stabilisierung der Region: „daß nur aussichtslos verschuldete Betriebe zur Aufnahme gelangen, daß jede Bodenspekulation ausgeschaltet wird und daß jede direkte oder indirekte Förderung des Polentums dabei vermieden wird“. Zur Durchführung eines „Siedlungsprogramms auf weite Sicht“ hielt das Reichswehrministerium indessen eine Ablösung preußischer Zuständigkeiten für ebenso erforderlich wie „eine einheitliche, mit weitgehenden Befugnissen ausgestattete Leitung der Siedlungspolitik“.

Auf der anderen Seite zeigte sich die preußische Regierung, je länger die Probleme der ostdeutschen Landwirtschaft erörtert wurden – und angesichts des zunehmenden Drängens der zuständigen Reichsministerien –, ganz im Gegensatz zu der sonst gegen das Vorgehen von Reichsinstanzen entschlossen verteidigten Souveränität Preußens doch geneigt, die Wahrnehmung „nationalpolitischer Interessen“ in den preußischen Grenzgebieten der Reichsregierung zu überlassen, so wie es auch in den „abgetrennten und ferneren Volkstumsgebieten“ geschehe – wie eine ungewöhnliche salvatorische Begründung lautete.⁵⁷ Die noch vom

⁵⁶ Der Reichswehrminister an den Reichsernährungsminister, 28. Januar 1929; Abschr. BA, R 43 I/1799.

⁵⁷ Vermerk über die kommissarische interministerielle Beratung der zuständigen Ressorts des Reiches und Preußens am 29. Oktober 1929, betr. die künftige Osthilfe der Reichsregierung, von Regierungsrat Weichmann; Abschr. BA, R 43 I/1800.

Reichsinnenminister Severing einberufene interministerielle Kommission der zuständigen Ressorts des Reiches und Preußens legte im März 1930 den umfangreichen Plan einer Hilfe für die Ostgebiete vor, die für die Dauer von zehn Jahren auf verschiedenen Gebieten der Verwaltung den Einsatz von insgesamt 350 Millionen RM in einem weit gefächerten Feld wirtschaftlicher und kultureller Aufgaben vorsah.⁵⁸ Sie sollte nach dem Vorbild der Ostpreußenhilfe nun auch den Grenzprovinzen Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen, Schlesien und Oberschlesien Mittel für Umschuldungen und eine allgemeine Lastensenkung gewähren. Außerdem enthielt der Plan einen vielseitigen Katalog von Maßnahmen, die zu einem großen Teil zwar zu den Staatsaufgaben Preußens gehörten, denen nun aber eine gemeinschaftliche Finanzierung durch das Reich und Preußen und zudem Vordringlichkeit gesichert wurde, wie Flußregulierungen, die Förderung von Kleinbahnen, der Bau neuer Bahnlinien in der bislang vernachlässigten Nord-Süd-Richtung, von Wasserstraßen, Elektrizitätswerken, Krankenhäusern, Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Schwesternstationen u. a. m. Die Größenordnung, die die Sonderzuweisungen erreicht hatten, die Ostpreußen dank des steten Pochens seiner Sprecher auf die „berufungslose Sonderlage“ der Provinz zugeflossen waren, zeichnete sich für die anderen Ostprovinzen jedoch noch nicht ab.

Die Umschuldungskredite, die den größten Posten der gewährten Hilfen ausmachten, bis dahin in der Größenordnung von 80 Millionen RM, waren zunächst über besondere Ausschüsse bei den Landratsämtern, seit Herbst 1929 vorzugsweise durch die neu gegründete „Treuhandstelle für Umschuldungskredite in der Provinz Ostpreußen G.m.b.H.“ zur Verteilung gelangt. Verhältnismäßig rasch flossen Beihilfen aus dem für dringende Notfälle gedachten Betriebserhaltungsfonds, die als verlorene Zuschüsse, aber nur in solchen Fällen gewährt wurden, in denen sich ein Kursverlust nach Aufnahme eines Realkredits durch Hergabe von Pfandbriefen der Reichskreditinstitute gegen hypothekarische Sicherung nachweisen ließ. Dies fiel faktisch nur bei mittleren und größeren Realkrediten erheblich ins Gewicht und betraf in aller Regel landwirtschaftliche Großbetriebe.⁵⁹

⁵⁸ Am 14. März 1930 dem Staatssekretär in der Reichskanzlei übermittelt; BA, R 43 I/1801.

⁵⁹ Der Staatskommissar konnte die Bewilligungen überprüfen und widerrufen. Hiervon machte er während der zweiten Jahreshälfte 1929 in beträchtlichem Umfang Gebrauch, vor allem im Hinblick auf Bewilligungen, die der Betriebsgrößenklasse mit mehr als 200

Die Gesamtzahl der zwangsversteigerten landwirtschaftlichen Betriebe war innerhalb der Provinz Ostpreußen trotz der Ostpreußenhilfe nicht zurückgegangen, sondern hatte weiter zugenommen. Waren es 1927 141 mit insgesamt 12 649 ha Wirtschaftsfläche, davon 37 mit jeweils über 100 ha, die zusammen allein über 10 111 ha — vier Fünftel der gesamten versteigerten Fläche — verfügten, so 1928 306, darunter 42 mit mehr als 100 ha, und 1929 sogar 395, von denen 60 auf die Größenklasse von mehr als 100 ha entfielen.⁶⁰ Bis März 1930 hatte allein die Ostpreußische Landschaft bei weiteren 273 Betrieben die Zwangsversteigerung beantragt, bei 37 die Zwangsverwaltung eingeleitet und „bei ca. 4 000 Inventar- und Erntepfändungen vorgenommen“, um Zinsrückstände einzutreiben.⁶¹ Bei länger als zwei Jahre währendem Rückstand der Zinsen drohte der Landschaft der Verlust des Vorranges ihrer Hypotheken und kam sie, da sie den Zinsendienst für eigene, umfangreiche Kreditverpflichtungen im In- und Ausland im Auge behalten mußte, in eine prekäre Lage. Notleidend waren nicht nur Groß- und Kleinbesitz, sondern auch das wichtigste und einflußreichste Realkreditinstitut der Provinz selbst. Hinzu kam, daß das höchst bedenkliche Mittel der Ernte- und Inventarpfändung den Betrieben die zur Fortführung der Wirtschaft unerläßlichen Kräfte entzog, so daß die Folge einer „Extensivierung der Wirtschaft“ drohte. Auch andere Gläubiger, wie Landhandelsfirmen, waren in Schwierigkeiten geraten und bedienten sich des Mittels der Pfändung als letzter Aushilfe, um ihrem drohenden Zusammenbruch zu entgehen — offenbar vielfach vergeblich.⁶²

Aber auch Betriebe, die schon in den Genuß der Umschuldung gekommen waren, zählten bald wieder zu den notleidenden; und der Staatskommissar zur Stützung des ostpreußischen Gütermarktes, Rönneburg, hielt es für angeraten, „mit einer zunehmenden Gefährdung der umgeschuldeten Betriebe rechnen zu sollen“.⁶³ Er wußte indessen auch keinen besseren Ausweg, als den einer sogenannten „systematischen,

ha zugute kommen sollten. Bewilligungen zugunsten von Betrieben mit mehr als 500 ha waren in diesem Zeitraum gänzlich unterblieben, andererseits aber Betriebe in der Größenordnung von 5 bis 20 ha, Kleinbauern im ostdeutschen Maßstab, in größerem Umfang berücksichtigt worden. Bericht Lauffer, Anlagen IIa u. IIIa.

⁶⁰ a. a. O., Anlage I.

⁶¹ Bericht Lauffer.

⁶² Lauffers Bericht nennt als Beispiel eine der größten Königsberger Kommissionsfirmen, die „trotz verschiedener Hilfsmaßnahmen von mir“ ein Vergleichsverfahren beantragen mußte.

⁶³ a. a. O., Anlage V.

vorbeugenden Betriebskontrolle“, die es ermöglichen sollte, „rechtzeitig einzugreifen“ im Interesse einer Siedlungsplanung, ein Gedanke, der nun immer häufiger geäußert wurde, aber angesichts des Fehlschlags der großen Vorhaben, die sich an das Reichssiedlungsgesetz von 1919 knüpften,⁶⁴ im Grunde nur wenig Überzeugungskraft besaß. Vor allem blieb es ungelöste Frage, wer siedeln wollte und wie dies ins Werk gesetzt werden konnte.⁶⁵

Die Kritik der preußischen Behörden richtete sich indessen in erster Linie gegen einige Einzelfälle von unbestreitbar skandalöser Bedeutung, deren Verallgemeinerung jedoch kaum belegbar erscheint; denn dieses Gebiet erfaßten die sonst eifrigen Bemühungen um statistische Erhebungen nicht. Freilich existierten manche Beispiele, die die Feststellung des Staatskommissars bewiesen: „Der kredit- und haftungsrechtliche Mechanismus ist gestört.“⁶⁶ So ersteigerte der Besitzer eines 1400 Morgen großen Gutes im Kreise Wehlau in der Zwangsversteigerung den ganzen Besitz für den minderjährigen Sohn mit einem Gebot von lediglich 30 000 RM, die ihm eine lokale Kreditgenossenschaft kreditiert hatte, die sich selbst in Schwierigkeiten befand und eben Mittel zur Sanierung vom Staatskommissar erhalten hatte, der seinerseits einen Erwerb des zur Versteigerung stehenden Gutes in Anbetracht seiner angenommenen Unwirtschaftlichkeit nicht in Betracht zog. Dieses Gut hatte jedoch in der ersten Umschuldungsaktion eine Hypothek eben in der Höhe von 30 000 Mark erhalten, was nun damit erklärt wurde, „daß die Kreiskreditkommission den Oberpräsidenten und die sonstigen Instanzen getäuscht hat“ — offenbar ohne irgendeine Folge für einen der Beteiligten. Die „Sanierung“ oder Rettung des Besitzers ohne Rücksicht auf Anstand, Moral und Rechtssinn war offenbar schon so weit verbreitet, daß ein

⁶⁴ Schulz, Vorabend, S. 171 ff.

⁶⁵ Der Darstellung des bedeutendsten modernen Siedlungspolitikers des Zentrums, Johannes Schauff, folgend, bezeichnet Wilhelm Friedrich Boyens, *Die Geschichte der ländlichen Siedlung*, hrsg. von Oswald Lehnich, Bd. I: *Das Erbe Max Serings*, Berlin/Bonn 1959, S. 315, das Jahr 1930 als das erfolgreichste Siedlungsjahr. Was war geschehen? 7441 Siedlungsstellen wurden im ganzen Reichsgebiet geschaffen; doch nur 852 Siedler waren im Osten — im weiteren Sinne als Ostpreußen — auf neuen Stellen mit mehr als 5 ha angesetzt worden — als Kleinbauern. Trotz der euphemistischen Betonung dieses Sachverhalts durch Boyens wird man dies schwerlich als ein agrarwirtschaftlich einflußreiches Ereignis werten können. Das mindert nicht das Verdienst von Schauff um Siedlerberatung und -hilfe, an die vorher so gut wie niemand gedacht hatte. Vgl. Michael Schauff, *Aspekte der Ostsiedlung in der Weimarer Zeit*, in: *Gordan, Freiheit*, S. 64–79.

⁶⁶ Bericht Lauffer, Anlage V.

energisches Eingreifen der zuständigen preußischen Behörden außerhalb der üblichen verwaltungstechnischen Opportunität lag, die Klagen über die Zustände und Mißstände nicht endeten, sondern sich häuften. Insofern mag es zutreffen, wenn die Folgerung gezogen wurde, dies entspreche „ganz dem Plan“ des Generallandschaftsdirektors v. Hippel, der „vor führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft erklärt hat, nach Lage der Dinge bleibt gar nichts übrig, als die überschuldeten Grundstücke zu versteigern und sie zum Preis der ersten Hypotheken an den alten Besitzer zurückzugeben“. ⁶⁷ Jedenfalls wurde bei der erwähnten Versteigerung so verfahren. Doch die zuständigen Instanzen innerhalb der Provinz verlegten sich aufs Klagen und Anklagen, während die Berliner Ministerien untätig blieben. ⁶⁸

In der weiteren Entwicklung spitzte sich der in der Aufgabenstellung institutionell bereits angelegte Gegensatz zwischen Staatskommissar Rönneburg und Generallandschaftsdirektor v. Hippel zu. Auch die Presse in Berlin zeigte sich alarmiert, ⁶⁹ als sich die Nachricht verbreitete, daß die Interventionen der Bank der Ostpreußischen Landschaft schon 1928 zu einer Schrumpfung ihres Vermögens um beinahe die Hälfte geführt hätten und Verluste um eine weitere Hälfte des verbliebenen Vermögens zu befürchten stünden. Als der preußische Landwirtschaftsminister zu einer klärenden Besprechung Rönneburg und Hippel nach Berlin einlud, sagte der Generallandschaftsdirektor kurzentschlossen ab, um statt dessen eine schriftliche Stellungnahme zu übermitteln, über die er nicht zu diskutieren wünschte. ⁷⁰ Oberpräsident Siehr bestätigte bei dieser Gelegenheit die Berichte über die unbeirrbar Haltung des Generallandschaftsdirektors, der auch schon die — wie Siehr danach äußerte — kaum ernst gemeinte

⁶⁷ Schreiben des Pressereferenten beim Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen an Ministerialrat Goslar, den Leiter der Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums, 8. März 1930; Orig. mit Anl. GehStAB, Rep. 90/1077. Schon der Umstand, daß diese Mitteilung auf dem Wege über die Pressestelle an das Staatsministerium gelangte, gibt zu denken.

⁶⁸ In einem anderen prekären Fall hatte ein Rittergutsbesitzer eine Umschuldungshypothek in Höhe von 43 700 RM und aus dem Betriebserhaltungsfonds eine Beihilfe von 7 829 RM erhalten, obgleich außerdem noch sechs Hypotheken und zwei Zinsforderungsposten von insgesamt 193 000 RM stehenblieben. In der Zwangsversteigerung erhielt der Sohn des Eigentümers den Zuschlag als Höchstbietender für 158 000 RM. Bericht der Treuhandstelle für Umschuldungskredite an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, 16. März 1930; Abschr. GehStAB, Rep. 90/1077.

⁶⁹ Zuerst Berliner Tageblatt, Nr. 139 vom 23. März 1930, Handels-Zeitung.

⁷⁰ Der Generallandschaftsdirektor an den Preußischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, 15. März 1930; Abschr. GehStAB, Rep. 90/1077.

Forderung nach einer Reichsgarantie für landwirtschaftliche Pfandbriefe erhoben hatte, andererseits bei Zwangsversteigerungen die sogenannte „Familiensanierung“ förderte, zugleich aber zu entschiedener Opposition gegen die von Berlin aus betriebene Politik Anregungen und Anreiz gab.⁷¹

Doch auf die Frage, die sich angesichts dieser Sachlage ergab, mit welchen Mitteln denn die preußische Regierung erreichen konnte, „den Generallandschaftsdirektor zur Aufgabe seiner bisherigen Stellung zu bewegen“, schien es nur wenige und schwache Möglichkeiten einer Antwort zu geben, was letztlich die zentrale Position der Landschaft, die sich mit den vorherrschenden organisierten Interessen der Provinz gemein wußte, eher noch deutlicher hervorhob. Andere Banken ließen sich überhaupt nicht veranlassen, „nach Ostpreußen zu gehen“.⁷²

Auch in persönlichen Verhandlungen mit dem Generallandschaftsdirektor konnte Landwirtschaftsminister Steiger keine Änderung der grundsätzlichen Haltung Hippels erreichen, daß die Landschaft die Real-sicherheit eines Gutes, das Darlehen begehre, von Fall zu Fall prüfen müsse, eine generelle Erklärung ihrer Politik jedoch von Grund auf ablehne.⁷³ Während jedoch die Landwirtschaft, wie man auch in Berlin erkannte, ziemlich geschlossen hinter dem Generallandschaftsdirektor stand, der der starke Mann in der Provinz blieb, meldete sich Kritik an Hippel von links her; sie schonte auch den Staatskommissar Rönneburg und die Regierung nicht.⁷⁴

Unter diesen Umständen sah die preußische Regierung mit gemischten Erwartungen den Plänen der Reichsregierung, ihrer Ausführung wie den weiteren Folgen entgegen.⁷⁵ Aber auch die gewerblichen Interessenver-

⁷¹ Orig.-Durchschl. d. Niederschrift über die Besprechung am 18. März 1930 im Preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten; GehStAB, Rep. 90/1077.

⁷² Vermerk des Ministerialrates Strunden vom 28. März über eine Mitteilung von Ministerialrat Mussehl; ein weiterer Vermerk des Regierungsrates Weichmann vom gleichen Tage erwähnt die Bereitschaft der Hannoverschen Kreditbank, sich zu engagieren. Da sie aber ihrer Satzung zufolge Güter nur bis zur Höhe von 40 Prozent des letzten Verkaufswertes beleihen durfte, was angesichts der hohen Verschuldung keine sonderlichen Möglichkeiten eröffnete, blieb diese Zusage ohne Bedeutung. GehStAB, Rep. 90/1077.

⁷³ Niederschrift über eine Besprechung unter Vorsitz Steigers mit v. Hippel und Rönneburg am 8. April 1930, für den preußischen Ministerpräsidenten; a. a. O.

⁷⁴ So schon in der Königsberger Volkszeitung, Nr. 59 vom 11. März 1930, in einem Artikel unter der Überschrift „Die Wahrheit über die Verteilung der Ostpreußenhilfe“.

⁷⁵ Hierzu Briefwechsel Steiger – Braun im April 1930; GehStAB, Rep. 90/1077. In einem Schreiben an den Reichsinnenminister vom 22. April regte Braun im Rahmen genereller Maßnahmen zur Unterbindung des Bevölkerungsabflusses aus Ostpreußen die

treten, wie die „Arbeitsgemeinschaft des ostdeutschen Einzelhandels“, der „Verband ostpreußischer Industrieller“ und der „Verband selbständiger Handwerker Ostpreußens“, meldeten den Anspruch an, bei der Aufstellung eines großen Ostprogramms unter ihren Gesichtspunkten mitzuwirken, was in gewissem Umfang bei Oberpräsident Siehr Unterstützung fand. Dies änderte jedoch nichts an dem gravierenden Sachverhalt, daß die Subventionierung der Landwirtschaft schon angesichts des Umfangs der finanziellen Belastungen und weiterer Anforderungen weit im Vordergrund stand und letztlich das Schicksal der Provinz sowie die Gestaltung der gesamten Osthilfe bestimmte. Nach einer detaillierten Aufstellung des Ministerialrats Frankenbach zur Vorlage für die Etatberatungen im Hauptausschuß des preußischen Landtags vom 3. März 1930 beliefen sich die Sonderleistungen für die Provinz Ostpreußen seit 1926 bis dahin auf insgesamt rund 260 Millionen RM, von denen etwa 220 Millionen von Preußen aufgebracht worden waren.⁷⁶ Allmählich reifte, vom preußischen Finanzministerium ausgehend, die Einstellung, daß „die Osthilfe grundsätzlich Sache des Reiches ist und daß sich unsere Mitwirkung in der Übernahme der Risiken aus den Bürgschaften gemäß ... dem Osthilfegesetz erschöpft“.⁷⁷

Bewegung in der politischen Rechten

Seiner eigenen Partei bereitete Schieles Vorstoß überaus große Schwierigkeiten. Den verbliebenen Abgeordneten der DNVP, die nach der Ablösung des älteren und politisch erfahrenen Graf Westarp — im Oktober 1928 im Parteivorsitz und im Dezember 1929 von der Fraktionsführung — unter Hugenberg immer noch die zweitgrößte Fraktion des Reichstags⁷⁸ stellten, kam nach der SPD und der Zentrumsparlei das

Förderung des Baus von „Eigenheimen, verbunden mit eigener kleiner Wirtschaft“ an, die vor allem dem Landarbeiter zugute kommen und „als Vorstufe für eine bäuerliche Siedlung ihm den sozialen Aufstieg erleichtern“ sollte.

⁷⁶ GehStAB, Rep. 90/1111. Ein großer Teil dieses Zahlenmaterials wurde später in einer Erklärung der Staatsregierung veröffentlicht, nachdem Reichslandbundpräsident Graf v. Kalckreuth den Vorwurf einer „Sabotage der Osthilfe“ erhoben hatte. Amtlicher Preußischer Pressedienst vom 23. Juli 1931; a. a. O.

⁷⁷ Weitere Vorgänge GehStAB, Rep. 90/1111.

⁷⁸ Die Reichstagswahl am 20. Mai 1928 hatte der DNVP 73 Mandate gebracht. In der Dezemberkrise 1929 traten 12 Abgeordnete aus der Partei aus, die ihre Mandate behielten, und wurden weitere Mitglieder zu Gegnern des Parteiführers, auch Schiele und Graf Westarp. Vgl. Jonas, Volkskonservative, S. 36 ff., 47–65; vorher Bracher, Auflösung,

größte parlamentarische Gewicht zu. Der diktatorisch über Partei und Fraktion bestimmende Hugenberg verfolgte mit der ständig wiederholten Forderung nach „Kompromißlosigkeit“ die Festigung der DNVP als Weltanschauungspartei der Rechten. In Anbetracht der als sicher geltenden Ablehnung von SPD, KPD und durch die 12 Abgeordneten der NSDAP hing von der Haltung der Deutschnationalen letztlich die Entscheidung ab, ob die parlamentarische Bindung der neuen Regierung bei der Abstimmung über die Regierungserklärung noch erhalten blieb oder ob sie den angekündigten Weg beschritt, mit Hilfe des Reichspräsidenten und des Artikels 48 zu regieren. Von außen her, namentlich von den Banken und ihrem Centralverband, fehlte es nicht an Bemühungen, um der Beruhigung auf dem Geld- und Kapitalmarkt willen auf Hugenberg einzuwirken, den offenen Bruch und eine Reichstagsauflösung zu vermeiden. Auf seiten der Industriellenverbände bestand indessen keinerlei Neigung, den Gang der Entwicklung in diesem Sinne zu beeinflussen.⁷⁹

Umstände und Anzeichen schienen dafür zu sprechen, daß die DNVP-Fraktion in jedem Fall gegen die Regierung „Kampfstellung“ beziehen werde.⁸⁰ Nur wenige Stimmen erklärten sich für Schiele. Schwankungen und Widersprüche ergaben sich jedoch, sobald sich die Aussicht auf eine Neuwahl des Reichstags eröffnete, die Hugenberg gerne durch Annahme des sozialdemokratischen Mißtrauensantrags herbeiführen wollte; doch hierzu vermochte er in der Fraktion keine Einmütigkeit zu erreichen. Die Überlieferung der langen Beratungen, die mit Unterbrechungen vom frühen Vormittag des 1. bis zum Mittag des 3. April dauerten,⁸¹ enthüllt die tiefe Verwirrung in der Fraktion. Der Auflösungsprozeß der parlamentarischen Repräsentation der stärksten deutschen Rechtspartei war weit vorgeschritten. Er brachte sie an der Schwelle zu einer national und konservativ akzentuierten Umbildung des Regierungssystems in den kritischen Zustand. Man wird diese Tatsache im Hinblick auf den weiteren Verlauf der Entwicklung im Auge behalten müssen. Daß „die DNVP unter Führung von Hugenberg ... und nach Abfall nahezu sämtlicher Wirtschaftsgruppen die ‚rein nationale Opposition‘ pflegen

S. 310–322, 325 ff. An den folgenden Fraktionssitzungen und -abstimmungen nahmen wenig mehr als 50 Abgeordnete teil.

⁷⁹ Schulz, Politik, I, S. 106.

⁸⁰ Graf Westarp, Niederschrift über die Fraktionssitzung am 1. April 1930, die der Vorsitzende Oberfohren mit der Mitteilung eröffnete, daß Schiele sein Mandat niedergelegt habe. a. a. O., S. 107 f.

⁸¹ a. a. O., S. 107–118, 124–127.

[werde], wobei sie noch immer den Nationalsozialisten gegenüber agitatorisch im Hintertreffen wäre“, wurde von erfahrenen Beobachtern schon deutlich erkannt.⁸²

Hugenbergs Entschlossenheit und Härte entsprachen den Erwartungen seines entschiedensten Gegenspielers in diesen Tagen, des abtrünnigen Treviranus, der über verschiedene Kanäle der Konservativen die Reichskanzlerschaft Brünings seit längerem betrieben und auch in der Umgebung des Reichspräsidenten einen einflußreichen Platz gewonnen hatte.⁸³ Durch den großen deutschnationalen Wahlsieg im Mai 1924 hatte Treviranus ein Reichstagsmandat und hernach sogleich eine Verbindung zwischen seiner Fraktion und dem Reichswehrministerium in Etatangelegenheiten gewonnen.⁸⁴ Offensichtlich gewöhnt, schnell persönliche Beziehungen herzustellen, war er über die „Interessenvertretung der Reichswehr im Parlament“⁸⁵ und den vielseitig tätigen Oberstleutnant a.D. v. Willisen mit Schleicher und dessen Freundeskreis in Berührung gekommen, den er dann mit dem Zentrumsabgeordneten Brüning bekanntgemacht hatte.⁸⁶ Auch auf großindustrieller Seite galt er als zuverlässiger Gewährsmann, nicht zuletzt im Hinblick auf seine damaligen Beziehungen zur Umgebung des Reichspräsidenten, aber nicht weniger als Mittelpunkt einer neuen Rechten, die sich aus Hugenbergs DNVP herauslöste. Während Brüning verschwiegen und schwer zugänglich schien, verteilte der offenherzige, umgängliche und beredame Treviranus bereitwillig und großzügig Informationen, die die Zukunft der DNVP im düstersten, das Schicksal der Regierung in einem günstigen und seine eigene Tätigkeit im besten Licht erscheinen ließen.⁸⁷

⁸² Blank an Reusch, 2. April 1930; a. a. O., S. 110 f.

⁸³ Die Erinnerungen von Treviranus enthalten interessante Details, zeichnen sich jedoch nicht durch Genauigkeit im einzelnen aus: Treviranus, Ende; vorher schon ders., Zur Rolle und zur Person Kurt von Schleichers, in: Hermens, Staat, S. 363–382. Insgesamt bieten sie eine Mischung aus persönlichen Erinnerungen, Lese Früchten und Aktenkenntnis, die sich allerdings im Hinblick auf Person und Vertrautenkreis Schleichers erkennbar verdichtet.

⁸⁴ Bis 1929 war Treviranus „Obmann der Stahlhelmmitglieder“ des Reichstags mit eng bleibender Verbindung zu den Stahlhelmführern. Treviranus, a. a. O., S. 377.

⁸⁵ Ausdruck von Treviranus, a. a. O., S. 367.

⁸⁶ Treviranus, Ende, S. 114 f.; Brüning, Memoiren, S. 150 ff.; vgl. auch John W. Wheeler-Bennett, Hindenburg, S. 340 ff.; Übers. aus dem Englischen: Der hölzerne Titan. Paul von Hindenburg, Tübingen 1969, S. 349 ff.; Jonas, Volkskonservative; S. 57 ff., 64 f.

⁸⁷ So Blanks Mitteilung an Reusch, „daß Herr Treviranus einen sehr weitgehenden Einfluß auf den Kanzler ausübt“. Schulz, Politik, 1, S. 111, auch S. 118. Zu den Zusammenhängen vor allem das oben erwähnte Diktat Graf Westarps (s. Anm. 37), sein ausführ-

Ziemlich unvermittelt schwenkten Hugenberg und Oberfohren am 3. April, kurz vor der Reichstagssitzung, die die Abstimmung über den Mißtrauensantrag der SPD bringen sollte, um. Sie vertraten nun die Ablehnung des Antrags, für den sie zwei Tage lang gegen starke Stimmen in der Fraktion gekämpft und am Abend zuvor noch einen knappen Mehrheitsbeschluß errungen hatten.⁸⁸ Jetzt gab doch der Antragsteller, kaum noch der Antrag selbst den Ausschlag. Ohne Aussprache wurde Abstimmungszwang verfügt, um den Eindruck der „geschlossenen Kampftruppe“ aufrechtzuerhalten, der so wenig der parteipolitischen Realität der Deutschnationalen dieser Tage entsprach. Was ihrem sprungartigen Positionswechsel – wahrhaft über Nacht – vorausgegangen ist, liegt im dunkeln.

Die Reaktion der Gegenseite folgte noch am gleichen Tage. Bezeichnenderweise richtete sie sich nicht an Hugenberg, sondern an das „Präsidium des Reichsausschusses“ für das – im Dezember gescheiterte – Volksbegehren gegen den Young-Plan. Hitler übermittelte die – sogleich in der Presse veröffentlichte – Erklärung, daß die NSDAP aus dem Reichsausschuß, der längst keine Daseinsberechtigung mehr besitze, austrete, „da die Deutschnationale Volkspartei nunmehr diesen Parteien [des Young-Plans] das Vertrauen ausgedrückt hat“.⁸⁹ Die SPD blieb unerwähnt; Zentrum und DVP waren gemeint. Die längere, unmittelbare Antwort Hugenbergs⁹⁰ sprach offen die ausschlaggebenden Gründe aus: die Sorge um die politische Haltung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der Wähler des Ostens, die beim Volksbegehren „in der vordersten Linie des Kampfes“ standen, und die Furcht vor einem Erfolg des „Planes, die Deutschnationale Volkspartei und die Landwirtschaft voneinander zu trennen“, die „Deutschnationale Volkspartei zu spalten“.

licher Brief an Hugenberg vom 16. April 1930 sowie die zusammenfassende Aufzeichnung über die Vorgänge in der DNVP-Führung von Ende April im Nachl. Schmidt-Hannover; Schulz, Politik, 1, S. 130–149. Demgegenüber besitzt das veröffentlichte Tagebuch von Hermann Pünder, Reichskanzlei, S. 47 ff., wie nach heutiger Kenntnis der Quellen gesagt werden darf, für manche Vorgänge nur geringen Wert. Unzulänglich die knappe Bemerkung zur komplizierten Entstehung der Regierungserklärung vom 31. März, S. 47: „Die Kabinettsitzung verlief recht gut, nur, wie zu erwarten, fürchterliche Tiraden des Herrn Reichsernährungsministers Schiele. Darauf zweiter Aufguß der Regierungserklärung, nun leider schon recht viel länger. Noch abends bekommen alle Minister wieder ihr Stück.“

⁸⁸ Diktat Westarp; vgl. StenBer Vh RT, Bd. 427, S. 4770.

⁸⁹ Brief Hitlers vom 3. April; Schulz, Politik, 1, S. 114.

⁹⁰ Vom gleichen Tage; a. a. O., S. 114 ff.

Diese Befürchtung war allerdings schon in der Fraktionssitzung zum Ausdruck gelangt, ohne daß sich Hugenberg beeindruckt gezeigt hätte. Er entschied sich anders entweder unter dem Einfluß nachwirkender Betrachtungen oder infolge neuer Informationen. Die Vermutung, daß die „angeblichen Absichten“ der Regierung „lediglich eine Irreführung des Herrn Reichspräsidenten und eine Falle für Herrn Schiele bedeuten“, könnte die letzte Annahme stützen, läßt aber auch erkennen, daß der Parteiführer der Deutschnationalen über die Schlüsselrolle Schieles im unklaren blieb. Möglicherweise ergab sich Hugenbergs Mutmaßung nur aus der Siegesgewißheit seines Gegenspielers Treviranus, der mit den agrarischen Interessenorganisationen bestens vertraut war und eben mit der Umgebung des Reichspräsidenten auf gutem Fuß stand; vielleicht beeindruckten ihn neue Nachrichten über die Stimmung in den agrarischen Ostprovinzen – nach der Veröffentlichung des Programms der Reichsregierung –, die eine entschiedene Distanzierung der DNVP zu diesem Zeitpunkt als unklug erscheinen ließen. Hugenberg hielt nun eine doppelseitige Taktik für angeraten: die Spannung innerhalb der Fraktion – um der demonstrierten Interessenfreiheit der Deutschnationalen willen – nicht zu übersteigern, die agrarischen Hochburgen der DNVP ebensowenig wie die letzte Beziehung zum Reichspräsidenten preiszugeben, es aber auch mit Hitler nicht zu verderben, der zu einem ernsthaften Gegner werden konnte, mit dem man aber doch morgen schon verhandeln wollte. Wenn man schon mit einer alsbaldigen Neuwahl des Reichstags rechnete, so blieb doch der Eindruck auch anderer kenntnisreicher Beobachter, daß die Aussichten der hinter der Regierung stehenden Parteien schwanden,⁹¹ so daß einige Vorsicht in der Gangart der Opposition angebracht schien.

Die starke Bewegung der politischen Kräfte spürten auch die Nationalsozialisten, die sich nun den Volkskonservativen unter Treviranus zu nähern versuchten.⁹² Das veranlaßte Hugenberg wenige Tage später, sich um Hitler zu bemühen, um den „Reichsausschuß“ wiederzubeleben und auch „schon mit Rücksicht auf kommende Reichspräsidentenwahlen“ ein Zusammengehen zu sichern.⁹³

Derartige „parlamentarisch-taktische“ Erwägungen – so Hugenberg in einem Brief an Hitler – wurden aber zunichte, als die Reichsregierung

⁹¹ Blank an Reusch, 9. April; a. a. O., S. 117f.

⁹² Ebda.

⁹³ Hugenberg an Hitler, 11. April 1930, „persönlich“, Orig.-Durchschl. mit Paraphen; BA, Nachl. Schmidt-Hannover/30.

Agrarprogramm und Steuerprogramm miteinander verknüpfte und die Steuergesetze vorzog.⁹⁴ Im Rahmen der normalen parlamentarischen Haushaltspolitik war dies kaum anders als geläufig zu betrachten. Aber dieses Junktim entstand aus Beweggründen besonderer Art. Durch die von Graf Westarp empfohlene Taktik der DNVP hatte sich die Regierung dazu drängen lassen, das Agrarprogramm in dem vollen Ausmaß der Schieleschen – und von Westarp verschärften – Forderungen schon zu Beginn ihrer Tätigkeit in die Reihe ihrer öffentlich verkündeten Vorhaben aufzunehmen. Der Reichskanzler nutzte dies, um die Deutschnationalen zur Entscheidung zu zwingen, wobei er ihnen nur die Wahl zwischen völliger Ablehnung oder Zustimmung ließ. Die beabsichtigte Zerreißprobe trat dann auch ein. Die von Hugenberg und seinen engsten Anhängern im Parteivorstand und in der Parteivertretung verfochtene Lösung des Agrarprogramms von den Steuergesetzen, dem „Young-Steuerprogramm“, wie er sich ausdrückte,⁹⁵ stieß auf Widerstand. Nach Meinung eines beträchtlichen Teils der Fraktionsmitglieder ließ eine derartige Entscheidung jeden Maßstab vermissen, da sie das Agrarprogramm selbst gefährde.⁹⁶ Die Regierungsparteien wären in der Tat kaum bereit gewesen, dem Agrarprogramm gemeinsam mit den Deutschnationalen zuzustimmen, die erforderlichen Steuern, die den Haushalt in Ordnung bringen sollten, dann aber mangels Mehrheit einer Notverordnung des Reichspräsidenten zu überlassen und womöglich eine Reichstagsauflösung unter Bedingungen in Kauf zu nehmen, die die Deutschnationalen geschaffen hätten.

Daher setzte sich schließlich gegen Hugenberg eine Auffassung durch, die die Reichstagsabgeordneten Wallraf, Strathmann und Reichert gemeinsam mit dem württembergischen Kultusminister Bazille vertraten: „Die Hauptsache ist, daß die sozialistenfreie Regierung Brüning erhalten bleibt.“⁹⁷ Andere, die in erster Linie an eine effektvolle Unterstützung

⁹⁴ Reichsministerbesprechung am 11. April 1930; AR: Brüning, 1, S. 48 ff.

⁹⁵ Fraktionssitzung der DNVP am 10. April; Schulz, Politik, 1, S. 131, Anm. 6.

⁹⁶ Dagegen Bang: „Wenn wir die Steuern annehmen, so stabilisieren wir endgültig eine Regierung, die gegen uns gebildet worden ist.“ Quaatz: „Zur Verwirklichung des Agrarprogramms genügt allein schon der Druck des Reichspräsidenten, der seine Ehre dafür verpfändete.“ a. a. O., S. 132 f. Am 10. April ging die Fraktion vorübergehend sogar auf den Vorschlag ein, selbst in der Sitzung des Reichstags die aus Zeitungsankündigungen bereits bekannt gewordene Agrarvorlage in Gestalt eines Abänderungsantrages zu einem anderen Tagesordnungspunkt (Benzolzoll) einzubringen. ebda.; vgl. StenBer Vh RT, Bd. 427, S. 4904 ff.

⁹⁷ 11. April; Schulz, Politik, 1, S. 133. Später noch schärfer Wallraf in der Vorstands-

der Landwirtschaft dachten und aus diesem Grunde Schiele wie Brüning zu folgen bereit waren, wie Lindeiner-Wildau und Frhr. v. Richthofen-Boguslawitz, dachten nur wenig anders; und jene, die nichts überspitzen, ein zweckvolles Verhalten demonstrieren und offenkundig beschämende Situationen vermeiden wollten, wie schließlich auch Graf Westarp, verstärkten die Gruppe, die die Richtung auf eine Unterstützung der Regierung einschlug. Am Ende der entscheidenden Fraktionssitzung am 12. April war Stimmengleichstand erreicht, in der zweiten und dritten Lesung der Deckungsvorlagen im Reichstag am 12. und 14. April⁹⁸ die DNVP gespalten, zuletzt die Gruppe der Gegner Hugenbergs dem Parteiführer und seinen Anhängern sogar beträchtlich überlegen.⁹⁹ Sie half der Regierung über die Hürde und ersparte ihr, die von Brüning seit dem 1. April bereitgehaltene Order des Reichspräsidenten zur Auflösung des Reichstags anzuwenden.¹⁰⁰ Da von den Regierungsparteien die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei bis zuletzt Schwierigkeiten bereiteten und die Haltung der vier bayerischen Bauernbündler zweifelhaft blieb, kam das Ergebnis „fast wider Erwarten“ und mit nur wenigen Stimmen Mehrheit zustande.¹⁰¹

Die innere Krise der DNVP-Fraktion trat in ein drittes Stadium, als die Kontroverse nach außen sichtbar und in der Öffentlichkeit ausgetragen wurde. Wieder eröffnete Hugenberg den Angriff in einem Partei-rundschreiben, gegen das sich Graf Westarp am 16. April mit einem Brief in sachlich rechtfertigendem Stile und maßvollem Tone zur Wehr setzte, dem sich 23 Fraktionsmitglieder durch ihre Unterschriften anschlossen.¹⁰² Am folgenden Tage wandte sich Westarp mit einem Artikel in der konservativen „Kreuzzeitung“ an die Öffentlichkeit. Zur äußersten Zuspitzung kam es dann während einer Sitzung des Parteivorstandes am

sitzung der DNVP am 25. April 1930; a. a. O., S. 141. Über Bazille als württembergischen Parteiführer, Staatspräsidenten (1924–28) und Minister (1924–33) Besson, Württemberg, S. 36 ff., 48 ff.; Max Miller, Eugen Bolz. Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951, S. 265 ff.; Theophil Wurm, Erinnerungen aus meinem Leben. Ein Beitrag zur neuesten Kirchengeschichte, Stuttgart 1953, S. 34.

⁹⁸ Es handelte sich um Gesetze über Benzin- und Benzolzoll, zur Änderung der Tabak- und Zuckersteuer, der Biersteuer, die Mineralwassersteuer und einen Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer. Abstimmung in der dritten Lesung StenBer Vh RT, Bd. 427, S. 4993–5011.

⁹⁹ Schulz, Politik, 1, S. 138; Jonas, Volkskonservative, S. 68 ff.

¹⁰⁰ Hierzu Moldenhauers Bericht, Schulz, Politik, 1, S. 121 ff.; Morsey, Zentrumsprotokolle, S. 434; Pünder, Reichskanzlei, S. 48 f.

¹⁰¹ Moldenhauer, a. a. O.; Morsey, Zentrumsprotokolle, S. 436–440.

¹⁰² Schulz, Politik, 1, S. 124–127.

25. April, in der die Gegner Westarps in scharfer Form gegen ihn Front machten, wobei Entstellungen, unüberprüfbare und unglaubwürdige Behauptungen und schließlich — von dem ehemaligen Zentrumspolitiker Martin Spahn — die heftigsten emotionalen Urteile gegen das Zentrum und im besonderen gegen Wirth und Brüning geäußert wurden.¹⁰³ Nur Graf Westarp und Hugenberg legten deutliche — entgegengesetzte — Konzeptionen dar. Der letzte versuchte, durch unbeirrbar Ablehnung der Regierung Sammlung und Führung der Rechtsopposition zu erreichen, die sich schärfer noch als gegen die Sozialdemokraten gegen das Zentrum zur Wehr setzte. Graf Westarp schien dieser kompromißlosen Härte gegenüber zum Lavieren gezwungen. Zunächst bemühte er sich, die Konfrontation zwischen Regierung und Rechtsopposition zu mildern, die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen ebenso hinauszuschieben wie die kaum noch vermeidbar erscheinende Trennung von Hugenberg, der sich weder auf Kompromisse noch auf bescheidene Zugeständnisse einließ.

Tatsächlich gab es schon seit dem 16. April innerhalb der Reichstagsfraktion der DNVP eine „Gruppe Westarp“, deren Mitglieder sich durch Unterzeichnung des Westarp-Protestes zu erkennen gegeben hatten.¹⁰⁴ Westarp selbst wies diese Bezeichnung allerdings zurück. Nüchterner als der unbefangene Treviranus, erkannte er, daß eine Spaltung der Fraktion den Sezessionisten bei einer Neuwahl keine sonderlichen Aussichten eröffnete. Anders als in der Reichstagsfraktion, in der — mit einigen Schwankungen — zeitweilig etwa die Hälfte der Abgeordneten gegen Hugenberg opponierte, besaß diese Gruppe in der Vertreterversammlung der DNVP, dem zweithöchsten Parteigremium, keinen entscheidenden, auf den Parteivorstand überhaupt keinen Einfluß; innerhalb der Landesverbände der DNVP stand es kaum besser.¹⁰⁵ Die Situation wurde für die Gruppe um Westarp noch schwieriger, als der Vorstand einen Antrag des ostpreußischen Verbandes annahm, der die Fraktion auf die Entscheidung der Parteiführung festlegte und ihr hierzu Geschlossenheit in

¹⁰³ a. a. O., S. 138—149. Spahn übertrieb erheblich und sprach dem aus der Hugenberg-Richtung herrührenden Protokoll zufolge vom „Endkampf des Zentrums gegen eine wahrhaft nationale Rechte“. Wirth habe vor der Beamtenschaft des Reichsinnenministeriums erklärt, „er fühle sich lediglich als Platzhalter des Herrn Severing“. Man könne „Brüning, ohne zu übertreiben, einen Hörigen Brauns [des preußischen Ministerpräsidenten] nennen“; usw.

¹⁰⁴ a. a. O., S. 127.

¹⁰⁵ Niederschrift Graf Westarps Ende April; vgl. Jonas, Volkskonservative, S. 73, Anm.

der Abstimmung, Fraktionszwang auferlegte.¹⁰⁶ Graf Westarp erkannte eine derartige Bindung der Abgeordneten an das „Führerprinzip“ Hugenbergs nicht an. Gemeinsam mit 28 Fraktionsmitgliedern legte er gegen den Vorstandsbeschluß Verwahrung ein,¹⁰⁷ indem er sich auf die verfassungsmäßige Bestimmung über die Entscheidungsfreiheit des Abgeordneten berief,¹⁰⁸ was Hugenberg natürlich nicht gelten lassen wollte. Größere Wirkung ging jedoch von dem Umstand aus, daß die Presse den Vorstandsbeschluß sofort veröffentlichte und daß Abweichungen von ihm in den von Hugenberg beeinflussten Organen diskreditiert wurden. Auch hierin wirkte sich der geringe Rückhalt aus, über den die präsumtiven Sezessionisten der Westarp-Gruppe in der Öffentlichkeit verfügten. Der eingeschlagene Weg, Distanz zur Regierung zu halten und über eine Opposition von Fall zu Fall zu entscheiden, war zu schmal geworden und ließ sich nicht länger durchhalten. Die Beziehungen zur agrarischen Seite und ihren Massenorganisationen, die anfänglich, unter dem Einfluß des Schieleschen Agrarprogramms, in den Vordergrund zu rücken schienen, kamen als Gegengewicht ernsthaft kaum noch in Betracht,¹⁰⁹ zumal Schiele und die stärkeren Auftrieb gewinnende Landvolkpartei eigene Wege gingen und der Reichslandbund sich aus den Auseinandersetzungen in den DNVP-Gremien heraushielt. Ob ein Rundschreiben des Stahlhelm-Bundesamtes, das eine vorsichtige Beurteilung der Regierung Brüning empfahl und die Konfrontation mit der NSDAP

¹⁰⁶ Schulz, Politik, 1, S. 144, 148 f.; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 115; UuF, VIII, S. 35; Jonas, Volkskonservative, S. 71; vgl. auch dort S. 126, Anm. 3.

¹⁰⁷ Graf Westarp an Hugenberg, 2. Mai; Schulz, Politik, 1, S. 153 f. Diesem Brief kann schwerlich eine „entgegenkommende Form“ attestiert werden; so Jonas, Volkskonservative, S. 73.

¹⁰⁸ Art. 21 Satz 2 der Reichsverfassung: Die Abgeordneten „sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden“. Über Auslegung und Folgen Fritz Poetzsch-Heffter, Handkommentar der Reichsverfassung vom 11. August 1919. Ein Handbuch für Verfassungsrecht und Verfassungspolitik, 3. Aufl. Berlin 1928, S. 162 u. a.: „Eingegangene Verpflichtungen, sich für die Abgeordnetentätigkeit den Weisungen einer anderen Stelle zu unterwerfen, sind nichtig. Fraktionszwang verpflichtet den Abgeordneten nicht im staatsrechtlichen Sinne und entbindet ihn nicht der verfassungsmäßigen Verpflichtung einer selbständigen Prüfung von seinem Gewissen.“ Aus der zeitgenössischen Literatur hierzu auch Fritz Morstein-Marx, Rechtswirklichkeit und freies Mandat, in: AöR, N. F., 11 (1926), S. 435 ff.

¹⁰⁹ Dies ist von Jonas, Volkskonservative, S. 69 f., überschätzt worden. Anlaß und Wirkungen sind zu unterscheiden. Neben dem von ihm herausgestrichenen schlesischen Landbundvorsitzenden Frhr. v. Richthofen und einigen anderen Agrariern, wie Lind und Hemeter, standen mit den Abgeordneten Haßlacher, Reichert, Rademacher und Leopold prominente Vertreter der industriellen Spitzenverbände Westarp zur Seite.

anzeigte,¹¹⁰ zu diesem Zeitpunkt noch auf Anhänger und Wähler der DNVP wirkte, bleibt zumindest zweifelhaft.

Graf Westarp versuchte, in seiner politischen Notlage mit der Reichsregierung unmittelbar in Verbindung zu treten. Es charakterisiert die Situation, daß er es für angebracht hielt, zuerst mit General v. Schleicher den Bruch mit der Hugenberg-Mehrheit zu beraten; zum Reichskanzler besaß er kein derartiges Vertrauensverhältnis, daß ihm eine Erörterung mit Brüning möglich schien. Den Reichspräsidenten, der ihn in der Vergangenheit wiederholt konsultiert hatte, konnte er schwerlich unmittelbar unterrichten. Westarp kündigte die Möglichkeit einer endgültigen Sezession von 30 bis 35 Abgeordneten zum 1. Mai an; aber er hielt immer noch die Frage für diskussionswürdig, ob er „unter Vermeidung eines Bruches darauf hinarbeiten solle, die Dinge innerhalb der Fraktion sich persönlich wieder in die Hand zu spielen“. Die Lage dieses einstigen konservativen Parteiführers erschließt sich aus der Art der Äußerung, die dann Schleicher von dem Staatssekretär in der Reichskanzlei erbat.¹¹¹ Pünder erteilte, seiner eigenen Aufzeichnung zufolge, den Rat und fand hierin die Zustimmung Schleichers, den Bruch innerhalb der DNVP-Fraktion zu vermeiden; denn sonst „vereise die Grenzlinie, da die oppositionellen Hugenbergianer nicht bereit sein würden, weitere Hilfstruppen zu stellen“. Auf die „Hilfstruppen“ kam es an — jetzt wie auch später. Diese Äußerung hätte auch vom Reichskanzler selbst kommen können — und war wohl von ihm veranlaßt worden. Die hierin durchscheinende Hoffnung, die stärksten regierungsfreundlichen Kräfte innerhalb der DNVP gegen die Opposition im Reichstag zu gewinnen, und die im Grunde bereits verfehlte Rechnung, daß „die verständigungsbereiten Deutschnationalen bei einer Neuwahl den Parteiapparat in der Hand behalten“, bestimmten Pünder wie Schleicher — auch Brüning selbst. Sie verkannten das Dahinschwinden des Einflusses der Westarp-Minderheit innerhalb der DNVP und unterschätzten Beharrlichkeit, Zähigkeit und Überlegungen Hugenbergs. Diese Fehleinschätzung dürfte schon Treviranus unterlaufen sein; und auch Graf Westarp griff mit der Ankündigung einer möglichen Sezession von „30 bis 35“ Reichstagsabgeordneten zu hoch.

¹¹⁰ 16. April; Schulz, Politik, 1, S. 127 f.

¹¹¹ Aktenvermerk Pünders über eine Unterredung mit Schleicher am 30. April; a. a. O., S. 150. Das „Tagebuch“ von Pünder, Reichskanzlei, S. 51 ff., enthält zu diesen wichtigen Ereignissen nichts, ganze drei Eintragungen zwischen dem 18. April und 3. Juni, nur eine längere am 28. Mai.

Den Anspruch möglichst auf die reale, zumindest aber auf die ideelle Führung der nationalistischen Rechten gab Hugenberg niemals auf. Er behauptete mit Hilfe seines Presse- und Filmkonzerns ein gewisses Maß an Unabhängigkeit sowohl dem Reichspräsidenten als der Reichsregierung, den schwerindustriellen Ambitionen als auch den agrarischen Interessen gegenüber¹¹² — im Widerstreit mit allen anderen Parteien. Angesichts des Zustandes seiner Reichstagsfraktion bleibt dies eine merkwürdige und einseitige Leistung, aber doch beachtenswerte Tatsache. Überdies unterhielt die DNVP enge, wenn auch nie eindeutig festliegende Beziehungen zu der militanten Massenorganisation des Stahlhelm, nahm ihr Einfluß über Querverbindungen sogar zu, so daß Hugenberg auf dieser Seite mit Unterstützung rechnen konnte, wenn er eine verstärkte Flügelposition innerhalb des Parteienfeldes anstrebte. Die Diskussionen innerhalb der Fraktion wie des Vorstandes der DNVP weisen nach den erhaltenen Aufzeichnungen eine Skala verschiedenartiger Einstellungen zur Regierung Brüning auf. Sie vermitteln einen Eindruck von der zunehmenden Aufspaltung der Fraktion, aber auch von den Fäden, die aus dem Kreis der Gegner Hugenberg zu Kreisen der Regierung hinüberliefen. Wollte man versuchen, etwa für Ende April 1930 den Gegensatz zwischen den Hauptgruppen typisierend zu klären, so läßt sich einerseits die — nicht zuletzt durch landespolitische Rücksichten beeinflusste, aber von mehreren geteilte — Stellungnahme des württembergischen Ministers Bazille gegen Hugenberg hervorheben, der für die parlamentarische Unterstützung der „sozialistenfreien Regierung Brüning“ sprach, während auf der entgegengesetzten Seite der alldeutsche sächsische Staatsfinanzrat Bang allein die oppositionelle Ausnutzung der derzeitigen parlamentarischen Schlüsselstellung der DNVP gelten lassen wollte. Da sie eine parlamentarisch ausschlaggebende Stellung einnahm, solange die SPD die Regierung angriff, konnte es keine Stabilisierung des Kabinetts Brüning ohne DNVP geben, lag mithin das „Gesetz des Handelns“ in der Tat so lange in ihrer Hand, wie sie der Regierung entgegentrat, um ihr ihren Willen aufzuzwingen und einzig den Weg der Anwendung des Artikels 48 offenzulassen. Dieser Flügel legte alles darauf an, der Regierung den Atem zu nehmen.

¹¹² Dies hebt Klaus-Peter Hoepke hervor, Alfred Hugenberg als Vermittler zwischen großindustriellen Interessen und Deutschnationaler Volkspartei, in: Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12. — 17. Juni 1973*, Düsseldorf 1974, S. 914—918.

Die fortschreitende Dekomposition des Parlamentarismus wurde dadurch beschleunigt, daß Hugenberg und seine Anhänger das erklärte Ziel verfolgten, so oder so die Regierung wie die Mittelparteien in die „Zwangslage zu bringen, sich mit uns unter unserer Führung zusammenzuschließen“. ¹¹³ Auf der einen Seite nannte Hugenberg „die Auflösung in berufsständische Gruppen“ ein „Unglück“; auf der anderen widerstrebte er jedem Kompromiß und jeder Verbindung, die nicht von vorneherein seine Führung garantierte. Graf Westarps Verlangen, „für jede der beiden Richtungen Raum zur Betätigung“ zu lassen, vermochte gegen diese Haltung Hugenbergs nichts auszurichten. Die Forderung nach Abstimmungsfreiheit des einzelnen Abgeordneten auch gegen Beschlüsse der Fraktion und des Parteivorstandes, die sich auf rechtlich bedenkenswerte Argumente stützte, trieb den Gegensatz auf die Spitze. Westarps Vorwurf war gewiß begründet, daß Hugenberg die Gefahr einer Spaltung der DNVP dazu benutzte, um seine Position als Parteivorsitzender der Fraktion gegenüber zu stärken und sogar eine Art Vetorecht gegen Fraktionsentscheidungen durchzusetzen. In dieser Hinsicht dürfte die beispielhafte Führerstellung Adolf Hitlers innerhalb der NSDAP starken Eindruck auf ihn gemacht haben. ¹¹⁴ In Anbetracht der von einzelnen Industriellen geforderten Einigungsbemühungen wird man auf der anderen Seite das Motiv beachten müssen, das Westarp Ende April schriftlich niederlegte: „... zu einer Einigung zu kommen, dabei aber den Auseinanderfall der Fraktion, die Loslösung der Partei von der Landwirtschaft und eine Wahl ohne oder gegen die Landwirtschaft und gegen einen großen Teil der Industrie zu verhindern“. ¹¹⁵ Daraus läßt sich entnehmen, daß Graf Westarp eine integrierende, die großen Interessenrichtungen berücksichtigende und auf bindende Verpflichtungen bedachte Haltung der DNVP weit mehr am Herzen lag als seinem Gegenspieler.

Zu dieser Zeit kam aber auch der linke Flügel der Regierungsparteien in Bewegung. Koch-Weser, der Parteiführer der Demokraten, widersetzte

¹¹³ Hugenberg am 25. April; Schulz, Politik, 1, S. 139. Dies und das Folgende in Anlehnung an die dortige Einleitung, S. LIII.

¹¹⁴ Diese beeindruckte auch andere Politiker, die dazu neigten, hierin ein Charakteristikum der NSDAP und ihrer Erfolge zu sehen. Theodor Heuss hat in einem Vortrag vor Tübinger Studenten im Februar 1931 Hitler mit Lassalle verglichen und diesen „als Erfinder der präsidentiellen Personalpartei“ bezeichnet. Der Text dieser Rede eines Zeitgenossen wurde neu herausgegeben von Eberhard Jäckel: Theodor Heuss, Hitlers Weg. Eine Schrift aus dem Jahre 1932, Tübingen 1968, S. 115.

¹¹⁵ Niederschrift Graf Westarps Ende April; Schulz, Politik, 1, S. 149 f.

sich entschlossen einem „Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie“, gegen den man sich „mit Händen und Füßen wehren“¹¹⁶ müsse. Diese Haltung entzog Gerüchten wie auch Hoffnungen, die um eine politische Sammlung „von Treviranus bis Koch-Weser“ kreisten, von vornherein den Boden. Brüning hielt sich an Dietrich, der Regierungsmitglied und Vizekanzler war, jedoch die sichtlich fortschreitende politische Isolierung des Parteiführers Koch-Weser nicht aufzuhalten wußte. Andererseits gelang es Artur Mahraun, dem „Hochmeister“ und Führer des Jungdeutschen Ordens (Jungdo), einer innerhalb nationalkonservativer antibürgerlicher Zeitströmungen entstandenen außerparlamentarischen bündischen Organisation, eine Verbindung zu Koch-Weser herzustellen und dessen Sympathien für eine „volksnationale Front“ gegen „besitzbürgerliche“ Sammlungen zu gewinnen.¹¹⁷ Einige Jahre früher hatte der Demokratenführer ihn einen „Condottiere“ genannt.¹¹⁸ Jetzt forderte Mahraun in der selbstbewußten Ausdrucksweise neuer politischer Führer Koch auf, sich an der „großen Aufteilung der Mitte“ zu beteiligen. Angriffe des Presseorgans des Jungdo mit einigem Druck auf Führung und Reichstagsfraktion der DDP hätte Koch unter anderen Umständen wohl nicht hingehen lassen. Inzwischen aber waren die Gespräche schon zu weit gediehen, als daß der Führer der Demokraten dem noch widersprechen mochte.¹¹⁹ Er verteidigte die Annäherung von Jungdo und Demokratischer Partei mit gewundenen Argumenten und einiger Vorsicht, doch nicht ohne Erfolg im Parteivorstand am 5. und im Parteiausschuß am 25. Mai 1930.¹²⁰ Die etwas hektischen Bemühungen der DDP um Zulauf aus der jüngeren Generation nahmen Formen an, die eher den Zerfall

¹¹⁶ a. a. O., S. 13.

¹¹⁷ Mahraun an Koch-Weser, 23. April 1930; a. a. O., S. 129. Die ersten Kontakte entstanden wahrscheinlich Anfang 1929. Koch-Weser bezeugt sie in einer Tagebucheintragung vom 27. Februar 1929, in der er jedoch wegen der „Unklarheit der Ziele des Jungdo“ (!) eine Zusammenarbeit noch ausschließt. BA, Nachl. Koch-Weser/39. Vgl. Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 439 ff.

¹¹⁸ „Wir sollten uns für zu gut halten, um solchen Männern die Tür zu öffnen.“ (28. November 1926); Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, eingeleitet von Lothar Albertin, bearb. von Konstanze Wegner in Verbindung mit L. Albertin, Düsseldorf 1980, S. 407; vgl. auch S. 501.

¹¹⁹ Koch an Mahraun, 6. Mai 1930; Schulz, Politik, 1, S. 154 f.

¹²⁰ BA, R 45 III/27; Schulz, Politik, 1, S. 178–185; auch Albertin, Linksliberalismus, S. 533–553.

der Partei und die zunehmende Verselbständigung einzelner Gruppen anzeigten als Erneuerung oder Reifung.

Neben diesem seit langem latenten, seit mehreren Monaten auch offen diskutierten Problem war mit der Bildung der Regierung Brüning und der Betrauung Dietrichs mit dem Amt des Vizekanzlers ein bis zur höchsten Spitze der Partei wirkender innerer Zwiespalt Tatsache geworden, der sich nicht bewältigen ließ und den Niedergang der DDP beschleunigte. Kochs Beharren auf der „großen Koalition“ mit der Sozialdemokratie, die er der „Fahnenflucht“ am Ende der Regierung Müller schuldig befunden hatte, und der offen ausgesprochene Wunsch, deutliche Entscheidungen zugunsten der Regierung Brüning zu meiden, um bei nächster Gelegenheit ein neues Bündnis mit der SPD einzugehen,¹²¹ gaben den Ausschlag. Der stellvertretende Parteivorsitzende Erkelenz ließ Zweifel erkennen, ob so die „Partei weitergeführt“ werden könne.¹²² Die stark ausgeprägten politischen Individualitäten unter den verbliebenen prominenten Repräsentanten der DDP, Höpker-Aschoff, Stolper, Hellpach, Gertrud Bäumer oder Marie Elisabeth Lüders neben Koch-Weser und Dietrich, bezeugen gewisse Eigenarten eines weit fortgeschrittenen Niedergangsprozesses, der von der starken bürgerlichen Mittelpartei der Anfangsjahre der Republik schon im Frühjahr 1930 nur noch bescheidene Reste und einige Persönlichkeiten mit Charakter übriggelassen hatte. Frage blieb nur, wie lange sie noch existieren würde.

Die Schwelle zur DVP war für die DDP unter der Führung von Koch und Erkelenz unpassierbar. Dasselbe galt für die andere Seite, seitdem Scholz die Parteiführung übernommen hatte. Nicht zu Unrecht wurde er unter Industriellen als „Zünglein an der Waage“ innerhalb einer Sammlung gegen die Sozialdemokratie betrachtet und behandelt.¹²³ Die Absicht einer Parteinuugründung schwebte ihm niemals vor; und die von ihm angestrebte parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der kleineren an der Regierung beteiligten Reichstagsfraktionen, DVP, Volkskonservative, Wirtschaftspartei und DDP, scheiterte zunächst an dem inhaltenden Widerstand Kochs¹²⁴ und wenig später am unüberbrückbaren Gegensatz

¹²¹ Sitzung des Parteivorstandes am 5. Mai 1930; a. a. O., S. 529 ff.

¹²² Erkelenz an Adolf Lange, 1. Mai; Schulz, Politik, 1, S. 153.

¹²³ So auch Gilsa an Reusch, 21. Mai; a. a. O., S. 169. Eine Reihe von Beispielen dieser Art von Parteinuubildung bei Larry E. Jones, Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930–1933, in: VZG, 25 (1977), S. 265–304.

¹²⁴ Schulz, Politik, 1, S. 168. Koch zögerte eine Stellungnahme hinaus unter dem Vorwand, auf der nächsten Sitzung des Parteiausschusses nicht „in Schwierigkeiten geraten“

zu den Volkskonservativen.¹²⁵ Angesichts der ungewissen Dauer der Reichstagsperiode und ihrer geringen Mandatsstärke wollten die kleinen Parteien keine Risiken mehr eingehen, die sich ohnehin nur unter taktischen Voraussetzungen verstanden. Im Falle einer Neuwahl des Reichstags konnte auch die Regierung von diesen Kräften vernünftigerweise nur wenig erwarten. Schon aus diesem Grunde erscheint es begreiflich, daß Brüning wiederholt Verbindung zur SPD suchte, über deren starke Stellung in Preußen man schon mit Rücksicht auf Agrarprogramm und Ostprogramm der Reichsregierung nicht hinwegregieren konnte. Es nimmt nicht wunder, daß trotz allem, was geschehen war, immer wieder Gerüchte und auch Erwägungen über die Rückkehr zu irgendeiner „großen Koalition“ aufkamen.¹²⁶ Hierbei verlangte die DVP die seit langem angestrebte Beteiligung an der preußischen Regierung als Preis, wohingegen Ministerpräsident Braun eine preußisch-sozialdemokratische Beteiligung an der Reichsregierung als Forderung präsentierte. Doch dies hätte gegen das präsidentielle Konstruktionsprinzip verstoßen, das Brüning und seiner Regierung in den Sattel geholfen hatte.

Wenn der Reichskanzler sich schon im Frühjahr 1930 über eine Beteiligung der DNVP an der preußischen Regierung geäußert und deren Umbildung und Bindung nach rechts erörtert haben sollte,¹²⁷ so könnte dies wohl nur als indirekter Gegenzug gegen die DVP, wenn nicht als werbendes, doch unverbindliches Angebot für die Zukunft, vielleicht nach Wahlen mit umstürzenden Ergebnissen, betrachtet werden. Daß Brüning der Phantasie ermangelte, wird niemand ernsthaft behaupten wollen. Aber auf eine Konstruktion mit der DNVP hätte sich die preußische Zentrumsfraktion unter ihrem Vorsitzenden Heß nie eingelassen.¹²⁸ Die starke Stellung der Zentrumsfraktion im preußischen Land-

zu wollen, auf der er dann aber mit Entschiedenheit behauptete, daß „niemals ... jemand von uns an eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei gedacht“ habe, daß er es aber auch für unmöglich halte, „daß wir uns zu einem Teil mit neuen Gruppen verbinden ...“ Daran schloß er einige eher zweideutige als klare Bemerkungen über die Beziehungen zum Jungdo an. a. a. O., S. 178 f.

¹²⁵ So Scholz vor der Reichstagsfraktion der DVP; BA, R 45 II/67.

¹²⁶ Schulz, Politik, 1, S. 168 f., 174 f.

¹²⁷ Graf Westarp an v. Eisenhart-Rothe, erst am 23. August 1930; zit. von Bracher, Auflösung, S. 333; mit großer Vorsicht — und wohl auch Skepsis — Hagen Schulze, Braun, S. 628. Für später — nach der Septemberwahl 1930 — sind nach mehreren Bemerkungen in Brünings Memoiren Vorstellungen dieser Art eher glaubhaft.

¹²⁸ Zu Heß vor allem Morsey, Zentrumsprotokolle, S. 343, 435 f.; am 16. Juni wurden die preußischen Abgeordneten Heß und Graß ebenso wie die Zentrumsminister Schmidt, Steiger und Hirtsiefer zur Sitzung des Vorstandes der Reichstagsfraktion hinzugezogen,

tag, von der die Koalition und die Regierung Otto Brauns abhing, bot aber auch Sicherheiten, um die Beziehung der Reichsregierung zu Preußen zu stabilisieren.¹²⁹

Insgesamt trat zunächst nichts von dem ein, was sich die industriellen und gewerblichen Spitzenverbände in der Dämmerphase der „großen Koalition“ von einer neuen Regierung erhofft hatten. Aber auch der Reichspräsident, dessen Entscheidungen freilich niemand rückgängig zu machen gedachte, sah sich wieder am Rande der Ereignisse, die er weder beherrschte noch beeinflusste, auch mit Hilfe der Okulare seiner engeren Umgebung nicht einmal ganz zu übersehen vermochte.

Preußen und die Reichswehr

Das im Frühjahr 1930 entstandene labile Gleichgewicht zwischen der Regierung Brüning und dem Preußischen Staatsministerium brachte schließlich die längere Zeit hindurch stark beachteten und erörterten Arbeiten des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz von 1928 und seine Entwürfe zu einer Reichsreform zu Fall.¹³⁰ Doch der für beide Seiten unbefriedigende Zustand wechselnder Konflikte zwischen Preußen und dem Reichswehrministerium blieb unverändert; der Auseinandersetzung über den Vorrang zwischen Reichsmilitärhoheit und landesstaatlicher Polizeihöheit flossen aus ergiebiger Quelle juristisch geformte Streitpunkte zu. Obgleich die Reichsverfassung Entwicklung und Aufbau parlamentarischer Kontrollrechte über Reichswehrministerium und Reichswehr nicht nur zuließ, sondern verlangte, sind hierzu kaum ernsthafte Ansätze geschaffen worden,¹³¹ was sich zum Nachteil beider Seiten auswirkte. Die von Anfang an schwierige und problematische Integration des Heeres in die Republik hätte wohl vieler Instrumente und gut

um die Beschlüsse des Reichskabinetts mit ihrer Hilfe auch innerhalb der preußischen Regierung durchzusetzen.

¹²⁹ Von einem „paradoxen Gleichgewicht“ spricht Schulze, Braun, S. 628, der diese Beziehung dahingehend zu präzisieren versucht, „daß jeder der Partner dem anderen den Boden unter den Füßen fortziehen konnte, dabei aber selbst zu Fall gekommen wäre“. Das überschätzt wohl etwas die Position Brauns und unterschätzt für 1930 gewiß die Brünings und des Zentrums.

¹³⁰ Hierzu schon die älteren Veröffentlichungen von Arnold Brecht, der an der Erarbeitung dieser Vorschläge größeren Anteil hatte. Vgl. Schulz, Demokratie, S. 592–602.

¹³¹ Vgl. Rainer Wohlfeil, Heer und Republik, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. VI: Reichswehr und Republik (1918–1933), Frankfurt a.M. 1970, S. 131 f.

genutzter Gelegenheiten bedurft, um gelingen zu können. Doch Reichswehr und Parteien standen sich in einem undefinierten, teilweise labilen, zeitweilig auch gespannten Verhältnis gegenüber, während sich der Reichstag in dieser heiklen Beziehung eher als Schauplatz von Parteimeinungen und Polemiken denn als formendes und kontrollierendes, konstruktives Organ darbot. Die Ursachen sind vielschichtig; sie lassen sich in gewissem Umfang, aber bei weitem nicht ausschließlich aus dem Abschirmungsbedürfnis der Reichswehr in ihren geheimen Rüstungs- und Zukunftsplänen herleiten.

Der während seiner besten Jahre intellektuell scharfsinnige, einiges Neue mit viel Traditionellem verbindende General v. Seeckt hatte die Lebensgesetze der neuen Reichswehr in der Wiederherstellung einer Gemeinschaft von Staat und Heer erblickt, aber nach den sechs Jahren seiner Tätigkeit als Chef der Heeresleitung, die in der ersten Hälfte noch unter den schwierigen Anfangsbelastungen der Republik und dann dem Rückschlag der Ruhrkrise litt, nur Fragmente hinterlassen. Seine Grundsätze, die Seeckt nicht verschwiegen oder geheimhielt, sondern auch nach seiner Entlassung wiederholt formulierte und verdeutlichte, verlangten einerseits die nach innen durchgesetzte Abgrenzung gegen traditionalistische Gegner der Republik unter Generälen und Offizieren. „Das Heer hat die Pflicht, sich in das Gesamtgetriebe des Staates einzufügen und sich dem Staatsinteresse unterzuordnen. Im gesunden Staatsorganismus verfügt die oberste Staatsleitung, ganz gleich wie ihre Form ist, in den durch Recht, Gesetz und Verfassung gezogenen Grenzen über alle Mittel des Staates, also auch über das Heer.“ Seeckt war bereit, die Republik als Form des deutschen Staates nicht nur anzuerkennen, sondern auch das Heer „zum ersten Diener“ dieses Staates zu verpflichten.¹³² „Monarchist“ mag er im Herzensgrunde geblieben sein;¹³³ doch politischer Monarchist mit festen Zielen oder Absichten war er nicht — im Unterschied zu anderen hohen Offizieren der Wehrmacht. Aber er betonte eine Eigengesetzlichkeit der Heerespolitik. Das Heer habe „dafür das Recht, vom Staat zu fordern, daß sein Anteil am Leben und Wesen des Staates

¹³² Hans v. Seeckt, *Gedanken eines Soldaten*, Berlin 1929, S. 144 f.; auch die nachfolgenden Zitate.

¹³³ So das in anderen Hinsichten anerkennende, ja respektvolle zeitgenössische Urteil des Sozialdemokraten Julius Leber, *Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe*, hrsg. von seinen Freunden, Berlin/Frankfurt a.M. 1952, S. 142; vgl. auch S. 146, 151 f. Zu der in der Zeitgeschichte umstrittenen Haltung Seeckts die Biographie von Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a.M. 1967.

volle Berücksichtigung findet“. So oder ähnlich dachten und sprachen gewiß auch Angehörige der hohen Beamtenschaft im Hinblick auf Ethos und Rechte des Beamtentums. Doch die Anwendung dieser These auf das Heer erhob es, in den Augen Seeckts, zum „reinsten und sinnfälligsten Abbild des Staates selbst“, solange es nicht „parteilpolitisch“ wurde. Das enthielt freilich die Ambition auf ein „Eigenleben“ überaus hohen Grades und, was unter den internationalen Daseinsbedingungen der Weimarer Republik am schwersten wog, die Anerkennung der „vollen Daseinsberechtigung“ der „vom Heer vertretenen militärischen Interessen“ sowohl in der inneren als auch in der äußeren Politik, was auch verwegenste Ziele zuließ.

Im ganzen war Seeckts theoretisch fundierte Konzeption in ihrer charakteristischen Symbiose von alten und neuen Ideen, die sich teilweise bis in die jüngste Zeit behauptet haben, konservativ und in ihrer Struktur unvollkommen, aber als Anknüpfungspunkt zur weiteren Ausarbeitung im Grunde nicht ungeeignet. Daß die kalmierende Außenpolitik Stresemanns in den Jahren nach der Ruhrkrise zum Konflikt führte, zeigte die Grenzen der Gedanken Seeckts wie seines Verständnisses der Gegebenheiten an, die noch deutlicher zutage traten, als er in der Brüning-Zeit in politischen Salons eine Rolle zu spielen suchte und auf wenig glückliche Weise auch in der Politik in den Vordergrund drängte.¹³⁴

Schwere innerpolitische Konflikte fielen in die Zeit nach der Entlassung Seeckts und wurden von seinen Nachfolgern, unter der Ministerchaft Groeners, ausgefochten. Unter der Regierung der „großen Koalition“ ignorierte der preußische Innenminister Grzesinski die Weisungen, die die Reichsregierung zum Grenzschutz beschlossen hatte, und ließ Anfang Februar 1930 eine angesetzte Besprechung zwischen dem Wehrkreiskommando in Stettin und dem Regierungspräsidenten in Köslin kurzhin absagen.¹³⁵ Die Zusammenarbeit mit der Reichswehr schien in Preußen von oben her preisgegeben.

Aber auch von der entgegengesetzten Seite, von der NSDAP, wurde das Reichswehrministerium und seine Grenzschutzpolitik vehement und

¹³⁴ Friedrich v. Rabenau, Seeckt. Aus seinem Leben 1918–1936, Leipzig 1940, S. 636 ff., 646 ff., 650–666. Seeckt war, offenbar in Erwartung größerer politischer Aufgaben, nach dem Tode Stresemanns der DVP beigetreten und wurde am 14. September 1930 in den Reichstag gewählt, dem er bis zur Auflösung im Juni 1932 angehörte.

¹³⁵ Kurze Zusammenfassung in dem Schreiben des Reichswehrministers an Reichskanzler Müller, „geheim“, 17. Februar 1930; BA, R 43 I/725. Ausführlich Schulz, Vorabend, S. 362 ff.

in persönlichen Ausfällen gegen Groener und General v. Schleicher angegriffen. Dies und die in das Offizierskorps und sogar in die Führung eines Großverbandes der Reichswehr hineinreichende politische Polemik in Verbindung mit dem Volksbegehren gegen den Young-Plan hatte schon im Spätjahr 1929 zur Belastung der Reichswehrführung geführt.¹³⁶ Sie gefährdete vor allem die von Schleicher angestrebte und von Groener unter der Reichskanzlerschaft Hermann Müllers erreichte staatsrechtliche Absicherung der Wehrpolitik auch in ihren geheimen Teilen.¹³⁷

Die komplizierte, aber sorgfältig durchdachte und auf Erweiterung des legalen Spielraums zielende rechtlich-politische Konstruktion, die im wesentlichen Schleicher unter Groener aufbaute, konnte durch Klärung problematischer oder strittiger Punkte mit Müller und Severing in der Reichspolitik in gewissem Umfange abgesichert werden.¹³⁸ Aber Preußen ließ sich auf diesem Wege nicht beikommen. Groener hatte schließlich bei Reichskanzler Müller scharfe Beschwerde eingelegt. Doch die Beschwerde wandte sich zum falschen Zeitpunkt an die falsche Adresse und bewirkte nichts. Andere ungelöste und bedrückende Probleme standen in den letzten Wochen der Amtszeit des tüchtigen, gutwilligen, aber

¹³⁶ In Ostpreußen gab es bereits den Fall des Divisionspfarrers Müller, des späteren „Reichsbischofs“ der Hitler-Zeit, der sich an der Agitation für das Volksbegehren beteiligt hatte, allerdings nur vor der Veröffentlichung des Entwurfs des sogenannten „Freiheitsgesetzes“ mit den die Politiker der Republik diskriminierenden Passagen. Andererseits sah sich der liberal gesinnte Chef des Stabes der 1. Division, Oberst v. Bonin, heftigen Angriffen von nationalen Offiziersgemeinschaften und von seiten des Stahlhelmführers Ostpreußens, Graf zu Eulenburg-Wicken, ausgesetzt. Generalmajor v. Schleicher deckte Bonin und glaubte, die Ernennung des Generalleutnants v. Blomberg, Bonins vormaligem Vorgesetzten als Chef im Truppenamt, zum Befehlshaber im Wehrkreis I und Kommandeur der 1. Division werde dessen Stellung stärken und der General „genau dieselbe Haltung wie sein Chef einnehmen“. Schleicher in einer Chefbesprechung mit Reichskanzler Müller, Groener, Severing und den Staatssekretären Zweigert und Pünder am 15. Oktober 1929, protokolliert und unterzeichnet von Planck; BA, R 43 I/687. Im Truppenamt zählte Bonin 1926 als Chef der Heeresorganisationsabteilung zur „Fronde gegen Seeckt“ – neben Schleicher, Frhr. von dem Bussche-Ippenburg und Joachim v. Stülpnagel. Vgl. Wolfgang Sauer, Die Reichswehr, in: Bracher, Auflösung, S. 269, Anm. 139. Im einzelnen hierzu Meier-Welcker, Seeckt, S. 517 ff.

¹³⁷ Vgl. Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936, Wiesbaden 1980, S. 107 ff.

¹³⁸ Zur staatsrechtlichen Ausgangslage das Rechtsgutachten des Justitiars I des Reichswehrministeriums, Paul Semler, vom 7. Januar 1927, und der Vermerk des Oberstleutnants v. Bonin „Rechtsslage auf dem Gebiet der Mobilmachungsvorarbeiten“ vom 18. Januar 1927 bei den Akten des Amerikanischen Militärgerichtshofs in Nürnberg, Fall 12, Ankl.-Dok.-B. 10 A, Dok. NIK-12057, NIK-12023; vgl. Bracher, Auflösung, S. 739–743.

überlasteten Reichskanzlers Müller im Vordergrund der Geschäfte, die ihm der preußische Ministerpräsident nicht erleichterte. Auch dies trug dazu bei, den Wert einer maßgebenden Beteiligung der SPD an der Reichsregierung und erst recht an der Wehrpolitik¹³⁹ in den Augen ihrer national eingestimmten Kritiker herabzusetzen. Am Ende schien alles auf Preußen anzukommen.

Das galt schließlich auch in anderer Hinsicht. Nicht nur der Landes-
schutz, sondern auch die Rekrutierung des Nachwuchses der Reichswehr, die aus Freiwilligen bestand, und namentlich ihres Offizierskorps griff vornehmlich auf die ländlichen Gebiete zurück und spielte in den dünnbevölkerten Ostprovinzen eine bemerkenswerte Rolle. Hieraus ergab sich der nächste Ausweg, auf den sich Schleicher seit dem Spätjahr 1929 vorbereitet hatte: durch die stärkere Bindung der Reichsregierung an den Reichspräsidenten, die er über Brüning anstrebte, aus dem Dilemma herauszukommen. Auf diesem Wege auch auf Preußen einzuwirken und dort eine Änderung der Regierung herbeizuführen, wie ihm bereits angeraten wurde,¹⁴⁰ lag jedoch noch keineswegs in Schleichers Absicht. „Dieses Nebeneinander- und Gegeneinanderregieren“, schrieb er im Juli, „wird meiner festen Überzeugung nach auch durch einen Wechsel der Regierungen in den Ländern, vor allen Dingen in Preußen, grundlegend nicht geändert werden.“¹⁴¹ Noch zog es Schleicher wie Groener vor, weiterhin den steinigen Weg der Verhandlungen mit der widerstrebenden preußischen Regierung zu beschreiten.

Im Frühjahr 1930 glaubte die Reichswehrrführung, sich ganz auf die Politik des Reiches stützen und das Seecktsche Prinzip des Dienstes am Staate in ein konsolidiertes Verhältnis zur Republik und vollen Anschluß an die Reichsregierung umsetzen zu können. Das brachte Groeners Weisung an die Chefs der Heeres- und der Marineleitung „Die Aufgaben der Wehrmacht“ vom 16. April 1930 in einer bis dahin unbekanntem

¹³⁹ Kritisch urteilte der Reichstagsabgeordnete Julius Leber 1929: „Das verworrene Knäuel der Wehrfragen haben wir, anstatt es in einem entscheidenden Fall zu entwirren, immer vor uns hergeschoben in der Hoffnung auf eine bessere Zeit. In der Opposition kümmerten wir uns gewöhnlich überhaupt nicht um den ganzen Fragenkomplex, höchstens nutzten wir ihn zu stimmungsmäßig sehr dankbarer Propaganda. In der weniger bequemen Position der Regierungspartei zogen wir uns von Fall zu Fall aus der Verlegenheit, und an die bei solchen Gelegenheiten mit absoluter Sicherheit entstehende, unerfreuliche Parteidebatte gewöhnte man sich mit der Zeit.“ Leber, Weg, S. 146.

¹⁴⁰ Graf Garnier-Turawa, preußischer Landtagsabgeordneter (DNVP), an Schleicher, 10. Juli 1930; BA, Nachl. Schleicher/54.

¹⁴¹ Schleichers Antwort, 25. Juli; a. a. O.

Deutlichkeit zum Ausdruck.¹⁴² „Nie wurde in der Zeit der Weimarer Republik die Unterordnung der Reichswehr und ihrer Aufgaben unter die Ziele der politischen Führung so klar formuliert...“¹⁴³ Doch auch nie zuvor vermochte sie sich ähnlich zuversichtlich der Annahme hinzugeben, daß ihr Anspruch auf Absicherung ihrer Stellung durch die Politik des Reiches gesichert sei.

In der Öffentlichkeit sah sie sich vehementen Angriffen von allen Seiten, auch von rechts her ausgesetzt. Während das Reichswehrministerium gegen die NSDAP vorging,¹⁴⁴ wurden von Mahraun und dem Jungdeutschen Orden heftige Vorwürfe gegen „bolschewistische“ Beziehungen Schleichers erhoben. Dies beschäftigte auch die Reichskanzlei, die Kreise „um Herrn Arnold Rechberg“ dahinter vermutete, „die mit großem Eifer ein Militärbündnis der europäischen Westmächte mit Deutschland zum Kampf gegen das bolschewistische Rußland betreiben“.¹⁴⁵ Mehrfache Bemühungen Schleichers, Mahraun zu einem Gespräch zu gewinnen, blieben ohne Erfolg. Zu gleicher Zeit beklagte sich der Reichswehrminister, in einer sonst auf anderer Seite geläufigen Ausdrucksweise, über „eine Förderung bolschewistischer Zersetzungsarbeit durch hohe preußische Regierungsstellen“, womit er die Förderung pazifistischer Ausstellungen mit Material zur Kriegsdienstverweigerung durch den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein meinte.¹⁴⁶ Im gleichen Monat beschwor eine ausführliche Kritik am Wehrmachts-haushalt im „Berliner Tageblatt“ eine Wochen anhaltende Diskussion über die „deutsche Aufrüstung“ herauf. Von ihr wurde bereits als einer Tatsache geschrieben und gesprochen, unter jeweils wechselseitiger Berufung, im Reichstag, in deutschen wie in ausländischen Zeitungen

¹⁴² Wilhelm Deist, Die Aufrüstung der Wehrmacht, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, Stuttgart 1979, S. 383 f.

¹⁴³ Andreas Hillgruber, Die Reichswehr und das Scheitern der Weimarer Republik, in: Erdmann, Weimar Selbstpreisgabe, S. 187.

¹⁴⁴ Vgl. Schulz, Vorabend, S. 389 ff.; ders., Aufstieg, S. 508 ff.

¹⁴⁵ Vermerk Plancks vom 20. Mai 1930; BA, R 43 I/687. Über die Rolle des Bildhauers und Industriemagnaten Arnold Rechberg ist noch wenig bekannt, obgleich sich Spuren seiner Tätigkeit, die den Gedanken eines deutsch-französischen Bündnisses mit antisowjetischem und antikommunistischem Akzent verfolgte, hier und da finden lassen. Vgl. George W. F. Hallgarten, Das Wettrüsten. Seine Geschichte bis zur Gegenwart, Übers. aus dem Amerikanischen, Frankfurt a.M. 1967, S. 145; Eberhard v. Vietsch, Arnold Rechberg und das Problem der politischen West-Orientierung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg, Koblenz 1958, S. 99–111; auch Schulz, Aufstieg, S. 201, 877.

¹⁴⁶ Groener an den Reichskanzler, 19. Mai 1930; BA, R 43 I/687.

vornehmlich des französischen Sprachbereichs.¹⁴⁷ Der Einfluß einer Veröffentlichung in der „Weltbühne“ und dann im Spätsommer Meldungen des „Berliner Tageblatts“ über den Tod eines Rittmeisters Amlinger in Rußland hielten den „Bolschewismus“-Vorwurf gegen die Reichswehr lebendig. Zur gleichen Zeit wurde der Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht gegen Ulmer Artillerieoffiziere wegen nationalsozialistischer Zellenbildung vorbereitet, die schließlich Beifall gerade von kommunistischer Seite erhielten.¹⁴⁸ Die politische Verwirrung war groß. Wie sich zeigte, blieb die Position der Reichswehrführung prekär und — so oder so — auf starken Rückhalt angewiesen.

Agrarprogramm, „kleines“ und „großes“ Ostprogramm

Doch zunächst beschäftigten die Agrarprobleme und Agrarinteressen Reichsregierung wie Spitzenverbände. Unmittelbar nach Veröffentlichung des Sofortprogramms von Schiele gaben der DIHT und der RDI ihre Einwände bekannt,¹⁴⁹ in der Sache übereinstimmend, im Ton am deutlichsten der RDI: gegen ein bewegliches Getreidezollsystem — „ohne Bindung nach unten oder nach oben macht [es] jede sichere Disposition für den Handel mit diesen Produkten unmöglich und bringt eine außerordentliche Beunruhigung in den inneren Markt und die Handelsbeziehungen zu den übrigen Ländern“. Demgegenüber schlug der RDI vor, die Zollpolitik nicht zu verändern, sondern durch Umstellungen, Modernisierung und Rationalisierung der Erzeugung wie des Absatzes der Produkte die Lage aus eigener Kraft günstiger zu gestalten. Auf Standardisierung und Lagerung des Getreides, Förderung der Schweinehaltung im Osten, um die überschießende Kartoffelproduktion zu verwerten, subventionierte Maisverfütterung zur Förderung der Geflügelhaltung, Qualifizierung und Standardisierung der Milcherzeugung und -verarbeitung liefen die wichtigsten Gegenvorschläge hinaus,¹⁵⁰ vernünftig

¹⁴⁷ Auf deutscher Seite Helmuth v. Gerlach in der Berliner Boulevardzeitung Welt am Montag, Mahraun und Otto Lehmann-Rußbüldt; eine Sammlung von Auslandsstimmen BA, R 43 I/688.

¹⁴⁸ Vgl. Peter Bucher, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehr-offiziere 1929/30, Boppard 1967; Schulz, Aufstieg, S. 706 ff., sowie die Erinnerungen von Richard Scheringer, Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen, mit einem Vorwort von Ernst v. Salomon, Hamburg 1959, S. 247.

¹⁴⁹ Der DIHT an Reichswirtschaftsminister Dietrich, 9. April 1930; Schulz, Politik, 1, S. 11 ff.

¹⁵⁰ So Beiträge zu einem Agrarprogramm, Berlin 1930.

in der Theorie und auf längere Sicht wohl ganz und gar unvermeidlich. Spätere Interventionen und Entwicklungen systematischer Art — nach dem zweiten Weltkriege — waren im Grunde ähnlich angelegt, strebten Spezialisierung, Qualifizierung und Rationalisierung der agrarischen Produktion an — unter fortschreitendem Verzicht auf überkommene Vorstellungen und Gewohnheiten.

Das zu erzeugen, was wirklich vom Markt aufgenommen und in großen Mengen von guter Qualität abgesetzt werden kann, war im Sinne der industriellen Unternehmung kapitalistischer Art gedacht. Doch ein solches „Eindringen des modernen Geistes der freien Unternehmung“¹⁵¹ in die ländlichen Betriebe¹⁵² ermangelte noch weithin der erforderlichen Voraussetzungen im Landbau wie in der Landbevölkerung sowohl in mentaler als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Die hohe Schuldenbelastung des Bodens blockierte großzügige Investitionen, die nötig gewesen wären, um derartige Gedanken zu verwirklichen. Hierzu äußerte sich der RDI zunächst nicht. Doch der von ihm vertretene Grundgedanke, „die [agrarische] Produktion zu verbilligen“, widersprach dem unbeirrten Bemühen der agrarischen Gegenseite, vor allem die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu erhöhen, um hierdurch die Produktion „rentabler“ zu gestalten. Dem Reichslandbund genügte es, die Beteiligung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse) an den Vorschlägen des RDI zu vermuten, wofür es überhaupt keinen Anhalt gab, um die „allgemeinpolitische Einstellung“ der industriellen Stellungnahme abzulehnen.¹⁵³

Im Schatten der seit 1926 ständig gewachsenen Sonderleistungen für Ostpreußen¹⁵⁴ hatte sich die Einheit der Provinz nach außen hin gefestigt. Nicht nur der Reichspräsident fühlte sich erneut als „Retter Ostpreußens“. Hinter den Wortführern ostpreußischer Interessen, dem Landeshauptmann Blunk, dem Generallandschaftsdirektor v. Hippel, dem Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer, Brandes-Zaupern, Graf

¹⁵¹ Karl Lamprecht, *Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart*, Bd. 1: *Geschichte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den siebziger bis neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1912, S. 391–415, hat Begriff wie Thematik eingehend behandelt, allerdings auf das 19. Jahrhundert beschränkt.

¹⁵² Die Betrachtung des Landgutes als eines wirtschaftlichen Betriebes führte zur Entwicklung einer landwirtschaftlichen Betriebslehre, die Friedrich Aereboe (1865–1942) als selbständige Wissenschaft nacheinander in Bonn, Breslau, Hohenheim und Berlin vertrat.

¹⁵³ Grübler, *Spitzenverbände*, S. 215.

¹⁵⁴ Aufstellung von Ministerialrat Frankenbach; s. oben Anm. 76.

zu Eulenburg-Prassen und seinem Vetter, dem ostpreußischen Stahlhelmführer Graf zu Eulenburg-Wicken, Frhr. v. Gayl, dem einflußreichen Provinzialvertreter Ostpreußens im Preußischen Staatsrat und im Reichsrat, und dem ehemaligen Oberpräsidenten v. Batocki-Bledau,¹⁵⁵ traten Fürsprecher zugunsten der Belange anderer Bezirke in den Hintergrund, so die Westpreußens, des Regierungsbezirkes Marienwerder, sogar des Ermland, das ein „Stiefkind der Königsberger Verwaltung“ blieb. Je schärfer die Forderungen gestellt und politisch akzentuiert wurden, desto deutlicher schienen sich Einheit und Sonderstellung Ostpreußens auszuprägen und Gewicht zu gewinnen. Dennoch war eine Krise der Ostpreußenhilfe erreicht, stellte sich die Frage, ob sie überhaupt fortgesetzt werden sollte. Die preußische Staatsregierung versuchte, eindeutigen Entscheidungen aus dem Wege zu gehen, die Entwicklung, ohne eigene Initiative, eher treiben zu lassen als voranzutreiben; koalitionspolitische Rücksichten sprachen hierbei mit.¹⁵⁶ Dies führte infolge des Drängens

¹⁵⁵ Die Genannten standen an hervorragender Stelle innerhalb der DNVP und zählten zum Hugenberg-Flügel. Die an den Kreditaktionen in den Ostprovinzen stark beteiligte und vom preußischen Staat geförderte Ostbank für Handel und Gewerbe in Königsberg erscheint geradezu als Hochburg deutschnationaler Repräsentanten. Erster Vorsitzender des Aufsichtsrates war Hugenberg, Stellvertreter Oberpräsident a.D. v. Batocki; dem Aufsichtsrat gehörten an der Rittergutsbesitzer Hermann Dietrich, Frhr. v. Gayl, Frhr. v. d. Goltz, Generaldirektor Klitzsch von Hugenbergs Scherl-Konzern und der Fraktionsvorsitzende der DNVP im preußischen Landtag, v. Winterfeld. Vorgänge hierzu GehStAB, Rep. 90/1070. In diesem Zusammenhang verdient aber auch der weit in die ländliche Bevölkerung hineinwirkende, sie erfassende und mitziehende, 1922 von Hippel gegründete „Landwirtschaftsverband Ostpreußen für Volk und Vaterland, für Ar und Halm“, seit 1929 unter der Führung von Wilhelm Strüvy-Großpeisten, Erwähnung. Er erfaßte 60 Prozent der landwirtschaftlichen Besitzer, „von 5 ha Größe aufwärts“, und wollte sich von jeder Parteipolitik fernhalten, während er in seinen Agitationen und Aktionen eine Verbindung von entschieden deutschnationalen Gesinnungen mit Kritiken und Tendenzen der Schleswig-Holsteinischen Landvolkbewegung, jedoch unter großagrarischer Führung, herstellte. „Produzieren haben wir gelernt, die Wirtschaftstechnik eignen wir uns mit eifrigem Bemühen an ... Aber den Absatz regulieren die anderen, und wir fühlen uns von Jahr zu Jahr mehr um die Früchte unserer mühsamen Arbeit betrogen“, erläuterte Strüvy Meinung und Standort vor der Erklärung einer allgemeinen Kaufenthaltung des gesamten Landvolks im Frühjahr 1929. Landwirtschafts-Verband Ostpreußen, 7. Jg./Nr. 18, 4. Mai 1929; GehStAB, Rep. 90/1089. Vgl. die eingehende Behandlung von Hertz-Eichenrode, Landwirtschaft, S. 75–85.

¹⁵⁶ Ein umfassendes Hilfsprogramm für das „Deutschtum in den östlichen Provinzen“, unter einer Reichszentrale für Grenzlandfragen oder einem eigenen Ministerium, wurde auf Veranlassung des preußischen Abgeordneten Prälat Ulitzka sowie Stegerwalds wiederholt vom Zentrum gefordert; so auf dem Kölner Zentrumsparteitag am 20. Dezember 1928 und auf dem „Ostparteitag der Deutschen Zentrumspartei“ unter Leitung Ulitzkas am 13. und 14. April 1929. GehStAB, Rep. 90/1110.

des Reichspräsidenten¹⁵⁷ zwangsläufig zur stärkeren Einschaltung des Reiches.

Der Gegensatz zwischen jenen, die durch Kleinarbeit den einzelnen Betrieb mit Hilfe organisatorischer Eingriffe starker und zielbewußt vorgehender Genossenschaften rentabler gestalten, eben rationalisieren wollten, und jenen, die meinten, daß die prekäre Sonderlage im agrarischen Osten auf diesem Wege nicht mehr zu bessern und eilige Rettung vieler Betriebe vordringlich sei, bestand auch unter Fachleuten und Politikern.¹⁵⁸ Dieser Gegensatz zwischen wirtschaftlichem Ertragsdenken und politisch motivierten Grundsätzen der subsidiären Intervention zum Zweck der Erhaltung war schon 1929 bei der Durchführung der Ostpreußenhilfe in den Kontroversen zwischen beteiligten Instanzen zutage getreten.¹⁵⁹ Nach den dämpfenden Vorstößen des RDI und DIHT stellten sich auch die zuständigen Reichsressorts unter der Federführung des Reichsfinanzministers Ende April 1930 auf eine etwas bescheidener ausfallende Osthilfe ein, bis das Problem der allgemeinen Zuständigkeit für das Ostprogramm zwischen Preußen und dem Reich erneut zur Erörterung stand.¹⁶⁰

Den Gedanken eines Ostministeriums mit umfassenden Kompetenzen hatte das Büro des Reichspräsidenten zurückgewiesen.¹⁶¹ Doch das

¹⁵⁷ Schreiben des Reichspräsidenten an den Reichskanzler vom 18. März 1930; vgl. Schulz, Vorabend, S. 488.

¹⁵⁸ So auch der Regierungspräsident in Osnabrück, Sonnenschein, zum Ostprogramm an Staatssekretär Pünder vom 5. April 1930, von diesem mit Stellungnahme an den Staatssekretär des Reichsernährungsministeriums weitergeleitet. BA, R 43 I/1801.

¹⁵⁹ Der Gegensatz spitzte sich nach der Einsetzung des nicht aus der Provinz stammenden Reichstagsabgeordneten Heinrich Rönneburg (DDP) als Staatskommissar zur Stützung des ostpreußischen Gütermarktes durch die preußische Regierung im Juni 1929 zu. Rönneburg kritisierte die an der Verteilung der Umschuldungsmittel maßgeblich beteiligten Selbstverwaltungsorgane, deren hervorragende Fürsprecher Generallandschaftsdirektor v. Hippel und Landeshauptmann Blunk waren, und gab den Vertretern der Zentralgenossenschaftskasse moralische Unterstützung. Vorgänge GehStAB, Rep. 90/1076 u. 1078. Eine wichtige Quelle zur Vorgeschichte und Geschichte der Ostpreußenhilfe aus der Sicht der Provinzinteressen ist die umfangreiche Denkschrift des Landeshauptmanns „Ostpreußenhilfe und Umschuldung“, März 1931, gedruckt in der Landesdruckerei Königsberg i.Pr.; Rep. 90/1078. Sie diente zu einem Teil der Auseinandersetzung mit Rönneburg.

¹⁶⁰ Zusammenfassender Referentenvermerk betr. Osthilfe über Verhandlungen im Reichsfinanzministerium am 24. April 1930; BA, R 43 I/1801. Zur Vorbereitung des Entwurfes für ein Osthilfegesetz Friedrich Martin Fiederlein, *Der deutsche Osten und die Regierungen Brüning, Papen, Schleicher*, phil. Diss. Würzburg 1966, S. 74–108.

¹⁶¹ Vermerk in der Reichskanzlei über ein Telefonat mit dem Büro des Reichspräsidenten, 26. April 1930; BA, R 43 I/1801.

Reichsernährungsministerium Schieles konnte in Anbetracht der verfassungsrechtlichen Gegebenheiten und der Finanzprobleme nicht allein für Planung und Durchführung des Programms zuständig sein. Auch Schieles Versuch, durch Gesetz einen befristeten Vollstreckungsschutz für die vom Zusammenbruch bedrohten landwirtschaftlichen Betriebe in den Ostgebieten einzuführen, scheiterte.¹⁶² An diesen Tatsachen gemessen, blieb die von Graf Westarp unterstützte Vereinbarung Schieles mit Brüning, die der Bildung der neuen Reichsregierung zugrunde lag, letztlich von begrenzter Bedeutung. Das Reichsfinanzministerium bemühte sich, vom fiskalischen Standpunkt aus die gesamte Aktion sowohl in ihren Zielen als auch in ihrer regionalen Anwendung möglichst zu beschränken. Eine Umschuldung aus Reichsmitteln lehnte es ab. Da sich Preußen in dieser zentralen Frage zu Zugeständnissen, die über seine Beteiligung an der Ostpreußenhilfe hinausgingen, nicht bereit zeigte, schien sich nur noch ein Weg über die Realkreditinstitute anzubieten, den das Finanzministerium durch Empfehlung einer Änderung des Gesetzes über die Rentenbank-Kreditanstalt erleichtern wollte.

Diese öffentlich-rechtliche Zentralbank¹⁶³, die in enger Verbindung zur Deutschen Rentenbank stand, hatte die Aufgabe, der deutschen Landwirtschaft Personal- und Realkredite zu beschaffen. Die Mittel hierzu flossen ihr einerseits aus der Liquidierung der Rentenbankscheine von der Deutschen Rentenbank, andererseits, mit einem Anteil von jährlich 25 Millionen RM, aus den Rentenbank-Grundsuldzinsen zu. Sie nahm innerhalb des großen Netzes der Agrarkreditorganisationen eine bedeutende Stellung ein. Doch zur Durchführung der Umschuldung und für Aktionen zur „Besitzfestigung“ besaß die Rentenbank-Kreditanstalt weder Legitimation noch Mittel. An der Ostpreußenhilfe war sie nicht einmal beteiligt, während Landschaft und Preußenkasse wichtige Funktionen übernommen hatten, aber häufig gegeneinander wirkten.

Die Konstruktion, die man zur Durchführung einer großzügigen Umschuldung anstrebte, bestand zunächst darin, daß zu diesem Zweck durch Gesetz eine besondere Ablösungsbank errichtet werden sollte. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt und die Bank für deutsche Industrie-

¹⁶² Gesetzentwurf mit Schreiben des Reichsernährungsministers an den Staatssekretär in der Reichskanzlei vom 29. April 1930, ablehnender Referentenvortrag (Ministerialrat Feßler) und Vermerk über eine grundsätzliche Stellungnahme des Reichskanzlers vom 1. Mai; BA, R 43 I/1801.

¹⁶³ Durch Gesetz vom 18. Juli 1925 geschaffen. Vgl. Hans Pröhl, Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt. Ihr Aufbau und ihre Funktionen, Berlin 1926.

obligationen, der die Industrieumlage nach dem Dawes-Plan zugeflossen war, sollten die Ablösungsbank mit den erforderlichen Mitteln versehen.¹⁶⁴ Am Personalkreditgeschäft der Rentenbank-Kreditanstalt war aber bislang die Preußenkasse zu 50 Prozent beteiligt, so daß sie bei einer Umschuldung ein gewichtiges Wort mitzusprechen hatte und eine Einflußnahme der preußischen Regierung auf die Abwicklung abzusehen war. Um „Ordnung in die Lage im Osten“ zu bringen, verfolgten Preußenkasse und preußische Regierung weitgehend übereinstimmende Vorstellungen¹⁶⁵, wobei die Prüfung der Eignung der Betriebe ausschließlich „nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und unter Ausschaltung aller innerpolitischen Empfindungen“ Vorrang besaß und die Erhöhung der Mittel für Siedlungszwecke sowie die Aktivierung der Siedlungspolitik als unerläßlich galten.

Dies stand im Gegensatz zu der Liste der Prioritäten, die Schiele aufgestellt hatte; und es waren weitere Schwierigkeiten zu gewärtigen, die eine Realisierung seines Programms hinausschoben, wenn nicht in Frage stellten. Die Beratungen innerhalb der Reichsregierung wurden daher zunächst auf ein „kleines Ostprogramm“ reduziert, das sie in Verbindung mit den Haushaltsberatungen durchbringen wollte. Da im Reichstag mit einer Ablehnung durch die SPD gerechnet wurde, kam es hierbei auf die Haltung der DNVP an, was Brüning erklärtermaßen als taktischen Vorteil betrachtete. Die „Zurückhaltung umfassenderer Vorschläge für den Osten für einen späteren Zeitpunkt“ erschien ihm „politisch richtiger als die Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die die Bewegung auf der Rechten zum Stillstand bringen müßte“.¹⁶⁶ So hing denn die eine Entscheidung mit anderen Vorgängen zusammen. Die von Hugenberg wiederholt geäußerte Behauptung, daß der Kurs der Regierung dem Ziele der Spaltung der DNVP diene, war nicht unbegründet. Allerdings hätte der Reichskanzler kaum anders operieren können, auch wenn er es gewollt hätte, solange er auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durch den Reichstag blieb.

Brüning verband mit der Teilung in ein rasch durchzuführendes kleines und ein späteres, in seinen Umrissen noch nicht genauer bestimmtes großes Ostprogramm aber auch die Absicht eines Einbaus in umfassendere Programme zur Finanzreform und Wirtschaftspolitik. Das „kleine

¹⁶⁴ Referentenvortrag (Feßler), BA, R 43 I/1801.

¹⁶⁵ Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Besprechung mit Klepper, 9. Mai 1930; Schulz, Politik, 1, S. 155 ff.

¹⁶⁶ Reichsministerbesprechung am 30. April 1930; AR: Brüning, 1, S. 66.

Ostprogramm“ sollte unter dem Gesichtspunkt des Haushaltsausgleichs begrenzt bleiben, wobei für 1931 eine Zunahme der Aufwendungen des Reiches für Arbeitslose von 400 Millionen RM erwartet wurde — nach Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung, die der späteren Belastung nicht annähernd nahekommen. Das „große Ostprogramm“ — mit starker Betonung des Siedlungsgedankens, wie es die preußische Seite sowie Reichsarbeitsminister Stegerwald verlangten, — sollte zu einem späteren Zeitpunkt zusammen mit den „finanziellen Fragen ... im großen Rahmen eines umfassenden Gesetzes zum Ausbau der Wirtschaft, mit einem Zeitraum von etwa fünf Jahren“ in Angriff genommen werden. Brüning war es um den großen Wurf einer weitgreifenden Staatsfinanzreform zu tun, die ihn seit Monaten beschäftigt und letztlich in sein Amt gebracht hatte. Offene Frage bleibt, ob sich Brüning jemals ein der Größenordnung der Aufgabe angemessenes Programm, überhaupt eine Konzeption zurechtlegte.¹⁶⁷ Greifbare Anzeichen lassen sich kaum anführen. Dies spricht eher für den Versuch, mit Bedacht und Sorgfalt die vorgefundenen Probleme verschiedener Art und Verursachung zueinander in Verbindung zu bringen und alte und neue Erfahrungen — mit taktischem Geschick — in Maßnahmen umzusetzen, die die notorischen und bürokratisch aufbereiteten Probleme einer Lösung zuführten.

Das „große Programm“ sollte verschiedenartige problembeladene Materien zusammenfassen, wie Reformen der Krankenkassen, der Invalidenversicherung, der kommunalen Wohlfahrtspflege, der Reichsbahntarife, der Kraftfahrzeugsteuer u. a. m. Osthilfe und Haushaltspolitik figurierten an hervorragender Stelle. Durch ein derartig umfassendes Gesetzgebungswerk glaubte Brüning „das öffentliche Vertrauen in die Wirtschaft und Finanzpolitik gestärkt ... Komme es zur Auflösung des Reichstages, so werde das Programm dann wichtige Dienste zu leisten haben.“¹⁶⁸ Das war mehr als nur euphonische Zukunftsmusik; es sollte auch in größerem Umfang Auslandskapitalien nach Deutschland holen und entsprach schon der Absicht der Reichsregierung, das Ansehen besonderen Mutes und großer Kraft zu gewinnen. Wie es aber bei Brüning immer wieder begegnet, erscheinen in der Sache liegende und taktische Gesichtspunkte kaum lösbar miteinander vermengt, so daß es

¹⁶⁷ Zu Brünings finanzpolitischen Auffassungen liegt bisher ein Aufsatz von Rudolf Morsey vor, Brünings Kritik an der Reichsfinanzpolitik 1919–1929, in: Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft. Festschrift für Clemens Bauer zum 75. Geburtstag, hrsg. von Erich Hassinger, J. Heinz Müller u. Hugo Ott, Berlin 1974, S. 359–373.

¹⁶⁸ Reichsministerbesprechung am 30. April.

schwer fällt, Zwecke und Instrumente zu scheiden, die Brüning wohl auch, wenn es ihm darauf ankam, gegeneinander auszutauschen mußte.

Am 30. April fiel eine Vorentscheidung im Kreise der Reichsminister, mußte auch Schiele einsehen, daß erhebliche Differenzen bestanden und an eine glatte Erfüllung seiner Punktation nicht zu denken war. Reichsfinanzminister Moldenhauer erkannte, nach den Maßstäben, die sich in den letzten Jahren gebildet hatten, daß die Arbeitslosigkeit „viel langsamer als sonst im Frühjahr“ zurückging und sah voraus, daß keine schnelle Besserung der Arbeitsmarktlage, eher eine Zunahme der Belastungen erwartet werden mußte.¹⁶⁹ Dem Erfordernis der Ausgabenminderung wollte er durch „Ausgabensenkungsgesetze“, auch von verfassungsdurchbrechender Art, nachkommen, die Verwaltungsvereinfachungen, Zusammenlegungen von Landesfinanzämtern und Änderungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, eine allgemeine Besoldungssperre, auch für die Gemeinden, und eine Kreditaufsicht über die Kommunen bringen sollten. Stegerwald operierte in der entgegengesetzten Richtung. Er wollte eine Kürzung der Ausgaben in seinem Zuständigkeitsbereich der Sozialversicherungen ausschließen und beanspruchte sogar zusätzliche Aufwendungen von mehreren hundert Millionen RM infolge der Arbeitslosigkeit. Während der Reichsfinanzminister eine Kritik am Ostprogramm noch einigermaßen vorsichtig andeutete, stellte Stegerwald im Hinblick auf die beabsichtigte Konstruktion unumwunden fest, daß die vorgesehene Ablösungsbank eine „übermäßige Betreuung des Großgrundbesitzes“ schon deshalb bringen werde, weil sie „lieber mit einem Großgrundbesitzer als mit 40 kleinen abschließen“ werde. Er unterstützte die Position der Preußenkasse, verwies aber auf die Verwaltungsproblematik, die langfristige Kreditaktionen in einem großen, den Charakter der östlichen Provinzen bestimmenden Wirtschaftszweig mit sich bringen mußten, was bis dahin außerhalb des Reichsarbeitsministeriums überhaupt noch keine Beachtung gefunden hatte. Während Moldenhauer von Verwaltungsvereinfachungen zum Zwecke der Einsparung und Ausgabensenkung sprach, wurde in Stegerwalds Bemerkungen die Alternative sichtbar, die Osthilfeaktion entweder auf wenige, aber große Adressen zu konzentrieren oder für eine wirtschaftlich vernünftige, politisch vertretbare und gerechte Verteilung der Mittel zu sorgen, die sich ohne

¹⁶⁹ Der Reichsarbeitsminister rechnete für 1930 im Durchschnitt mit 1,5 bis 1,7 Millionen unterstützungsberechtigten Arbeitslosen; 60 Prozent der Ausfuhr gingen in Länder mit rückläufiger Konjunktur, meinte er. ebd.

neue und große Verwaltungstätigkeiten und -aufwendungen nicht abwickeln ließ.

Angesichts dieser Differenzen fanden sich Schiele und Treviranus mit der Teilung des Ostprogramms ab. Sie erfüllte schließlich auch einen bedeutsamen Nebenzweck. „Auf der Rechten vollzieht sich die Umbildung weiter“, wie Treviranus optimistisch meinte.¹⁷⁰ Mit Unterstützung von Curtius drang Brünings Gedanke durch, „ein Gesamtreformprogramm von der Reichskanzlei aus zusammenstellen zu lassen“, um es bis zum 1. Oktober dem Reichstag vorzulegen. Damit kam er praktisch dem Wunsche Schieles entgegen, das große Osthilfeprogramm zuvor noch in einem engeren Kreis als dem der Reichsregierung zu erörtern. Schwierigkeiten und Probleme waren ihm in der Kabinettsrunde deutlich vor Augen geführt worden, die schließlich sogar Sinn und Nutzen der Ostmaßnahmen für die Landwirtschaft in Frage stellten. Für Brüning entschied die Annahme, daß ihm ein Reformprogramm im Falle einer Neuwahl günstigere Aussichten als die schlichte Ablehnung des Etats durch den Reichstag eröffnen würde. In der Reichsministerbesprechung des folgenden Tages scheiterte Schiele dann sowohl mit seiner Vorlage eines gesetzlichen Vollstreckungsschutzes in den Ostgebieten als auch mit dem Plan der Ablösungsbank an dem fast geschlossenen Widerstand des Finanzministers, des Arbeitsministers, des Wirtschaftsministers und des Reichsbankpräsidenten.¹⁷¹

Am 6., 7. und 15. Mai mußten sich die Mitglieder des Reichskabinetts — und zwischendurch die Reichsminister in Sonderbesprechungen — mit denselben Fragen in jeweils leichter Modifikation erneut befassen.¹⁷² Die Animosität gegen die beiden Projekte, die den Kern der Osthilfe bildeten, mäßigte und minderte sich. Auch der Reichskanzler glaubte, durch die Einführung der Arbeitslosenversicherungsreform in ein Junktim mit dem Ostpreußengesetz über die Umschuldung Vorteile gewinnen zu können; denn eine Auflösung des Reichstags wegen der Arbeitslosenversicherung „wäre nicht zu ertragen“.¹⁷³

Die Regierung Brüning fand sich fast in die gleiche Situation zurückversetzt, in der sich ihre Vorgängerin vor dem Rücktritt befand, nur daß

¹⁷⁰ Ebda.

¹⁷¹ Niederschrift der Reichsministerbesprechung am 1. Mai 1930; AR: Brüning, 1, S. 76—80.

¹⁷² Kabinettsitzungen am 6., 7. und 15. Mai (auch Ministerbesprechung unter Zuziehung Kleppers); a. a. O., S. 97—114, 128—131; Chefbesprechung am 14. Mai; BA, R 43 I/1801.

¹⁷³ Brüning in der Kabinettsitzung am 7. Mai; a. a. O., S. 111.

sich die strittigen Gegenstände etwas verändert hatten und nach der Young-Plan-Regelung die ostdeutschen Agrarsubventionen Vorrang beanspruchten. Jede erneute Erörterung schien aber Schätzungen und Planansätze für jedes Ostprogramm schubartig nach oben zu drücken. Der im Reichsfinanzministerium für die Agrarpolitik zuständige Ministerialdirektor Wachsmann gab an, daß allein der Umschuldungsbedarf „im Osten auf 1,326 Milliarden“ geschätzt werde.¹⁷⁴ Davon entfielen allerdings ein beträchtlicher Anteil auf nicht mehr sanierungsfähige — eigentlich gar nicht mehr berücksichtigungsfähige — Betriebe und auch solche in Händen „von Gläubigern, die auf bessere Zeiten warten würden“, so daß „für die Umschuldung nur 600 Millionen in Betracht“ kämen — im ersten Jahr, da sich nicht alle Anträge sogleich durcharbeiten ließen, nur etwa 250 Millionen. Man darf fragen, was angesichts dieser Einschränkungen die Höhe des Gesamtansatzes wohl besagen sollte. Auf jeden Fall ergab sich eine beträchtliche Summe, deren Deckung mit Schwierigkeiten höheren Grades verbunden war, hinter der aber noch weit höher gegriffene Ziffern herumgeisterten. Problematisch blieb die Finanzierung. Gegen eine prämienbegünstigte Anleihe wandten sich die Banken, besonders die kommunalen Kreditinstitute, die eine Beeinträchtigung ihrer Beweglichkeit auf dem Anleihemarkt befürchteten. Eine Verwendung der Mittel der Bank für deutsche Industrieobligationen stieß auf den Widerstand der Industrie. So blieb, nach Wachsmann, nur die Einschaltung einer Ablösungsbank mit 50 Millionen RM Reichsbeteiligung, die mit Hilfe der Rentenbank auf dem freien Geldmarkt Darlehen in Höhe von 100 Millionen RM aufnehmen sollte. Den benötigten Rest sollte der Reichshaushalt hergeben.

Diese Art der Geldbeschaffung fand allerdings keinen Beifall, zumal schon die Young-Anleihe den internationalen Kreditmarkt belastete und auf dem inneren Geldmarkt das Reich bereits mit einer Anleihe und die Reichsbahn, die „werteschaffende Arbeitslosenfürsorge“, vor allem die Städte mit großem Kreditbedürfnis in Erscheinung traten. Ausländisches Kapital stand jetzt aber kaum in einem solchen Umfang zur Verfügung, daß es große deutsche Projekte finanzieren konnte.¹⁷⁵ Der finanzielle Bewegungsraum der Reichsfinanzpolitik, um „den Osten für das Reich

¹⁷⁴ 6. Mai; a. a. O., S. 104.

¹⁷⁵ Staatssekretär Schäffer, 7. Mai; a. a. O., S. 108. Das Weltkapital werde angesichts des Tiefstandes der Konjunktur „Investitionen in verschiedenen Ländern der überwiegenden Versorgung eines Landes“ vorziehen.

zu retten“, war mithin äußerst eng, zumal der Reichsernährungsminister außer den bereits veranschlagten Mitteln noch mindestens 50 Millionen zur bloßen Betriebserhaltung in der notleidenden Landwirtschaft Ostdeutschlands für notwendig hielt und der Finanzminister, angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt, nach Reformen und Einsparungen noch weitere 100 Millionen RM für Unterstützungszahlungen ausbringen wollte.¹⁷⁶ Doch auch diese Einschätzung des Arbeitsmarktes – ohne globale Perspektive – blieb ungewiß und vermittelte keine sicheren Anhalte. Die bereits veranschlagten Mittel für Siedlungszwecke sollten nicht vermindert, sondern schon aus Rücksicht auf die Stimmung der Gewerkschaften beibehalten oder gar erhöht werden.

Eine Beschränkung und Spezialisierung der gesamten Hilfsaktion lag freilich auf der Hand, eine Konzentration auf Umschuldungen und Betriebserhaltung. Wenn Reichswirtschaftsminister Dietrich vergleichsweise milde feststellte, daß „die entscheidenden Stellen bisher in Ostpreußen nicht immer den Anschein einer gewissen politischen Einstellung vermieden hätten“, mithin die Klagen mittlerer und kleinerer Besitzer berechtigt seien,¹⁷⁷ so ließ sich auch künftig die problematische Verwendung größerer Mittel nicht ausschließen, „weil die Mittel als Dotationsfonds für den Großgrundbesitz aufgefaßt werden“ konnten.¹⁷⁸ Aus politischen und psychologischen Gründen sollte das neue Programm als Novelle zum Gesetz über die Ostpreußenhilfe von 1929 gestaltet und nach außen ausdrücklich als deren Fortsetzung ausgewiesen, aber der Siedlungsgedanke in den Vordergrund gerückt werden.¹⁷⁹ Andererseits bestand Schiele darauf, die Mitwirkung Preußens künftig auszuschalten, damit das Reich die Verwendung seiner Mittel allein in die Hand bekam.¹⁸⁰ Hierin sah Schiele sich zum Nachgeben gezwungen. Dennoch lohnte sich am Ende für den Reichsernährungsminister das hartnäckige Ringen mit allen Begleiterscheinungen des Aushandelns von Einzelheiten und Kompromissen, die in der Sache kaum weniger kontrovers waren, als sie wohl in Reichstagsdebatten gewesen wären; doch Reichskabinett und Ministerrunde der Chefbesprechungen blieben einzige Austragungs-

¹⁷⁶ Reichsfinanzminister Moldenhauer, 7. Mai; a. a. O., S. 107.

¹⁷⁷ 6. Mai; a. a. O., S. 99.

¹⁷⁸ Moldenhauer, 7. Mai; a. a. O., S. 113. Schiele ließ sich die Zusage abringen: „Die Hilfe müsse zur Voraussetzung haben, daß das Durchhalten der Betriebe durch sie gesichert erscheine“, und „müsse von der Überwachung des Betriebs abhängig gemacht werden“.

¹⁷⁹ Referentenvermerk vom 7. Mai; BA, R 43 I/1801; Beschlüsse des Reichskabinetts am gleichen Tag; AR: Brüning, 1, S. 113 f.

¹⁸⁰ 6. Mai.

orte der Kontroversen, ohne daß die üblichen, ständigen interministeriellen Verbindungen das Ergebnis oder die Entscheidung schon im wesentlichen vorweggenommen hätten. Der Reichskanzler hat in der Sache nichts entschieden, kaum wesentlichen Einfluß geübt, allerdings dafür gesorgt, daß die Diskussion nicht endete, sondern fortgesetzt wurde, und auf diese Weise seine Zusage, die er Schiele – und indirekt dem Reichspräsidenten – gegeben hatte, eingelöst. Im übrigen blieben seine Überlegungen taktischer Art und behielt er stets die Wahrscheinlichkeit der Auflösung und Neuwahl des Reichstags im Auge.

Die ersten zu ihm persönlich vordringenden Sprecher der Ostgrenzgebiete, den deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden im preußischen Landtag, v. Winterfeld, und den Landeshauptmann der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, Caspari (SPD), die am 14. Mai gemeinsam erschienen, ließ Brüning in seiner etwas vernebelnden Art wissen, daß das Ostgesetz „eine Art Ermächtigung der Reichsregierung“ darstelle, die, „wenn man es im Reichstag durchbekomme“, weitergehende Anwendungen erlaube. „Präzise Angaben waren überhaupt nicht zu erhalten“, berichtete Caspari danach dem preußischen Ministerpräsidenten,¹⁸¹ dem er auch Winterfelds „unverblümete“ Meinung berichtete, „daß die Reichsregierung offenbar selbst sich über die Wege eines Osthilfeprogramms nicht einig und auch nicht klar sei“.

Silverberg und die Industrieumlage

Das schwierige Finanzierungsproblem gab dem Votum der Preußenkasse beträchtliches Gewicht. Aber letztlich kam es auf die Entscheidung der Industrie, namentlich des RDI an, da ohne Mittel aus der Industrieumlage das gesamte Vorhaben in sich zusammenfallen mußte. Doch der von Silverberg und Reusch verteidigte Plan stieß auf starken Widerstand einiger Industrieller, vor allem der Vertreter der kleinen und mittleren Industrie, der erst nach einer Sitzung der Ruhrlade am 3. Mai auf dem Kompromißwege ausgeräumt werden konnte.¹⁸²

Silverberg erkannte die Zwangslage, in der sich die Reichsregierung befand, und die Gefahr, daß sie durch Gesetzesbeschluß die Industrieumlage kurzerhand in den Etat einstellte; demgegenüber hatte man nur

¹⁸¹ Caspari an Braun, 15. Mai; Schulz, Politik, 1, S. 161.

¹⁸² Hierzu Grübler, Spitzenverbände, S. 225 ff. Auf Widerstände gegen den Silverberg-Plan wiesen auch Wachsmann und Moldenhauer in der Reichskabinettsitzung am 7. Mai hin.

„die Wahl ... der produktiven Verwendung dieser Gelder, die auf eine Konsumfinanzierung des inneren Marktes hinauslaufe“.¹⁸³ Anregung des Konsums und Stärkung des inneren Marktes waren bis dahin nicht nur von den industriellen Spitzenverbänden abgelehnt, die Kaufkrafttheorie war auch von der vorherrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Lehrmeinung, teils maßvoll, teils kategorisch zurückgewiesen worden.¹⁸⁴ Eine umfassende und integrale Perspektive für die „Entfaltung der produktiven Kräfte der Wirtschaft“¹⁸⁵ fehlte; sie wurde durch verschiedene kontrovers diskutierte Probleme, wie Kapitalbildung und Kapitalbewegung, Außenhandelsförderung, Steuersystem, Zweck und Ergebnisse der Besteuerungsarten, Einsparungen der Öffentlichen Hand, die Lohnfragen und Tarifpolitik ergänzten, nur unvollkommen ausgefüllt und nicht ersetzt. Die Gesichtskreise blieben eng und deutlich auf bestimmte Standorte beschränkt.¹⁸⁶ Eine Stärkung des Konsums durch Aufbau, Verbiligung und Verbesserung der Konsumgüterproduktion, was man als amerikanisches Beispiel durchaus erfaßte und besprach, hielt man unter den deutschen Verhältnissen für unmöglich, schien sich freilich auch seit den Reparationsregelungen durch den Dawes-Plan zu verbieten. Die Wendung zum Young-Plan lag noch zu kurz zurück, um weitreichende Umstellungen herbeizuführen und neu eröffnete Möglichkeiten auszu-

¹⁸³ Niederschrift über eine Besprechung Silverbergs mit Bötzkkes, 14. Mai 1930; Schulz, Politik, 1, S. 158.

¹⁸⁴ Bezeichnend die Diskussionsbeiträge in der Friedrich-List-Gesellschaft Ende Oktober 1929 im Anschluß an Fritz Tarnows, von Jakob Marschak modifizierte und verbesserte These, daß Vermehrung der Massenkaufkraft Vermehrung der Massennachfrage nach industriellen Erzeugnissen zur Folge habe. Tarnow, Warum arm sein? Berlin 1928. Vgl. Kapitalbildung und Steuersystem. Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Eilsen, 2 Teile, hrsg. von Gerhard Colm und Hans Neisser, Berlin 1930. Dagegen vor allem Schumpeter, Julius Landmann-Kiel, a. a. O., I, S. 182 ff., 254. Wilh. Röpke wollte der Kaufkrafttheorie, bei grundsätzlich kritischer Einstellung, „in nötiger Verdünnung“ Beachtung zugestehen (I, S. 68). Er lehnte in seinem Gutachten die von ihm so genannte „Kaufkrafttheorie des nationalen Wohlstandes“ ab, gestand aber zu, daß die Steuerbelastung den „Einfluß einer Mehrung oder Minderung der Massenkaufkraft auf die Schwungkraft der Produktion in Rechnung zu stellen“ habe. Colm, Kapitalbildung, II, S. 224 f. Vorsichtig zustimmend Harms, a. a. O., S. 160 f.

¹⁸⁵ Fritz Naphtali, a. a. O., I, S. 124.

¹⁸⁶ Man wird nicht, wie Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 29 ff., die Fehler in erster Linie den verschiedenen zyklischen Konjunkturtheorien anlasten können, die eine im einzelnen nur schwer bestimmbare, aber doch überschätzte Rolle spielten. Die Diskussionen über praktische wirtschaftspolitische Fragen vermitteln ein anderes Bild.

schöpfen. Das Friedrich List entlehnte Ziel, „die Bilanz der produktiven Kräfte zu verbessern und nicht [allein] die Bilanz des Kapitals“,¹⁸⁷ wurde nur vage wahrgenommen, blieb unbestimmt und ohne belebende Wirkkraft.

Unter den herrschenden Bedingungen bildete die Landwirtschaft nach dem Kriege ohnehin eine mehr oder minder als selbstverständlich konzedierte Ausnahme. Doch den Agrarkredit kurzerhand als einen der Erhaltung dienenden „Konsumtionskredit“ ohne gleichwertige Produktionswirkung¹⁸⁸ hinzunehmen, fand sich auf industrieller Seite noch niemand bereit. Sondierungen und Bemühungen Silverbergs um die zweckmäßigste Konstruktion der Kreditvermittlung strebten einen kühnen Kompromiß an, der sowohl die Widersprüche innerhalb des RDI auszuräumen als auch die Reichsregierung zu gewinnen und Einwände aus der Landwirtschaft selbst zu entkräften versuchte. Dem lag die Erwartung zugrunde, durch die Osthilfe eine Kaufkraftstärkung der mit und von der Landwirtschaft Lebenden und hierdurch auf längere Sicht eine bedeutende Konsumsteigerung, auch eine Minderung der auf dem flachen Lande ebenfalls keimenden Arbeitslosigkeit anbahnen zu können. Silverbergs Vorhaben lief auf einen Ausbau des inneren Marktes in Ergänzung zu den Exportmöglichkeiten der deutschen Industrie hinaus, wobei er die in der ostdeutschen Landwirtschaft liegenden Möglichkeiten von Anbeginn überschätzt haben dürfte. Dem tragenden Gedanken entsprach die Konstruktion, aus der Aufbringung der Industrieumlage Darlehen zu vergeben, deren sukzessiver Abbau von der Landwirtschaft späterhin erwartet wurde, die also keineswegs als dauernde oder verlorene Subventionen galten. Die Bank für deutsche Industrieobligationen sollte als Gläubigerin der beliehenen Betriebe bzw. als Vermittlerin industrieller Kredite an agrarische Kreditinstitute in Erscheinung treten und Führung wie Kontrolle der Kredithilfe zugunsten der ostdeutschen Landwirtschaft übernehmen.¹⁸⁹ Die Interessen der Landschaften mit ihren Banken, die sich in kritischer Lage befanden, wurden ihr untergeordnet. Sie trat aber auch in eine reale wie ideelle Konkurrenz zur Preußenkasse.

¹⁸⁷ So Naphtali.

¹⁸⁸ Wagemann; s. oben Anm. 184.

¹⁸⁹ Zur besonderen Rechtsstellung der Bank für deutsche Industrieobligationen innerhalb der Osthilfe der Kommentar der zuständigen Referenten im Reichswirtschaftsministerium, Kurt Hamann, Hans Hartenstein, Die Osthilfegesetze. Eine Darstellung der Osthilfemaßnahmen ..., Köln 1931, S. 73–86.

Industrie und Landwirtschaft verband der Gedanke einer vollständigen Sicherung des der Umschuldung dienenden Zweckvermögens vor Zugriffen des Staates. Dem entsprach die Konstruktion der Obligationenbank, die nur durch ein besonderes Reichsgesetz hätte geändert werden können.¹⁹⁰ Beide Seiten befürchteten aber von der Preußenkasse eine Verwendung der Sanierungsmittel nach Gesichtspunkten der preußischen Politik. Die Reichsregierung war aus diesem Grunde bedacht, eine verbindliche Zusammenarbeit mit Preußen herbeizuführen, sie institutionell zu verankern und vor allem die Preußenkasse, die zur Hauptgläubigerin im Bereich der Personalkredite geworden war, die der Umschuldung unterliegen sollten, in die Konstruktion einzufügen.

Dies war die eine Voraussetzung, unter der die Kabinettsberatungen über die Osthilfe begannen. Die andere lag in der faktischen Anerkennung der Grundgedanken einer auch der Öffentlichkeit bekanntgegebenen Denkschrift über die Not der Landwirtschaft und ihre Abwendung, die der Direktor der Deutschen Raiffeisen-Bank, Magnus Frhr. v. Braun, schon im Januar verfaßt und verteilt hatte.¹⁹¹ In ihrer gründlichen und sachlichen Erörterung wie in ihrer sprachlich knappen Eindringlichkeit war sie eins der besten geistigen Zeugnisse aus dem Kreise der ostdeutschen Erhaltungsinteressen, die ihr Verfasser in mehreren Beziehungen, auch in Erfüllung seines Amtes wahrzunehmen versuchte. Er hatte sich die Vorschläge Silverbergs zu eigen gemacht und in seine Darstellung der Not der ostdeutschen Landwirtschaft und seines eigenen Programmes einbezogen. Von dem Aufsichtsrat einer mit der Rentenbank-Kreditanstalt in Personalunion verbundenen zentralen Bank für landwirtschaftliche Realkredite, in der Funktion als Ablösungsbank, erwartete Braun, daß er „frei von allem Parteiwesen nach rein sachlichen, nur die Steigerung der Produktion berücksichtigenden Gesichtspunkten die Gelder“ vergeben würde. Sie sollten nur „zur Ablösung der auf noch sanierungsfähigen landwirtschaftlichen Betrieben der gefährdeten Gebiete lastenden zweiten und weiteren Hypotheken und anderen Schulden dienen“. Mit dem letzten Ausdruck meinte Braun — auffallend unauffällig — offenbar in erster Linie Personalkredite, die aber nicht erwähnt wurden, weil sonst doch die Zuständigkeit anderer Bankinstitute, auch der Preußenkasse, eher als die der Rentenbank-Kreditanstalt gegeben gewesen wäre. Braun

¹⁹⁰ Schulz, Politik, 1, S. 158 f.

¹⁹¹ Auszüge a. a. O., S. 24–32; Magnus Frhr. v. Braun, Zur Not der Landwirtschaft. Vorschläge, Berlin 1930. Vgl. ders., Von Ostpreußen bis Texas. Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostdeutschen, 2. Aufl. Stollhamm/Oldb. 1955, S. 201 ff.

wollte diese Aktion der Landwirtschaft der „gefährdeten Gebiete“, Ostpreußen, Pommern, der Grenzmark, einigen Kreisen Brandenburgs und Schlesiens und „vielleicht auch Mecklenburg“ zugute kommen und für jeden einzelnen Fall „ohne festes Schema nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ die vertretbare Verschuldungsgrenze feststellen lassen, bis zu der Umschuldungen durchgeführt werden durften. Seine Vorschläge enthielten aber auch die Bedingung der Buchführungspflicht für die umgeschuldeten Betriebe und deren Kontrolle durch eine Sachverständigenkommission; sie sollte kreisweise durch die jeweilige Provinz- oder Landesbank eingesetzt werden. Dies verstand Braun unter der Voraussetzung, daß die Landwirtschaft „selbst tatkräftig ihr Schicksal in die Hand nimmt und sich denjenigen Notwendigkeiten fügt, die die Not des Vaterlandes erfordert“. Daß die Verpflichtung einer „einwandfreien Buchführung“ nur von größeren landwirtschaftlichen Betrieben, allenfalls solchen mittlerer Größe erfüllt werden konnte, soweit sie sich dieser Verpflichtung unterwerfen wollten, lag auf der Hand.

Im Reichsverband der Deutschen Industrie gab es begriffliche Widerstände gegen die Beibehaltung der Industrieumlage, die sich auch einige Männer des Präsidiums zu eigen machten. Der sich hinschleppenden Klärung war es zuzuschreiben, daß die Reichsregierung eine endgültige, über das Haushaltsjahr 1930 hinausreichende Regelung der Finanzierungsfrage zunächst bis zum Herbst 1930 vertagte.¹⁹²

Die Stellungnahme des Präsidiums des RDI wurde erst Mitte Mai in der Form eines starken Einspruchs bekannt.¹⁹³ Sie wandte sich sowohl gegen die weitere Erhebung der Industrieumlage als auch gegen eine Beteiligung Preußens, die nicht ausdrücklich genannt, aber sachlich eindeutig ausgeschlossen wurde: „Die für das Ostprogramm vorgesehenen Maßnahmen müssen allein vom Reich getroffen werden ... Nur eine einheitliche Linie kann in dieser nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern vielmehr aus politischen Gründen durchzuführenden Osthilfe einen Erfolg versprechen.“ Diese Äußerung deutete ebenso nüchtern wie skeptisch zumindest einiges von den künftigen Konflikten an. Mit der Erwähnung der „politischen Gründe“ bezeichnete sie Umstände wie Eigenarten des Interventionsplans deutlich genug. Die indirekten Einwände gegen den Silverberg-Plan und noch mehr gegen seine Umbiegungen von agrarischer Seite wurden nicht minder entschieden ausgesprochen.

¹⁹² Sitzung des Reichskabinetts am 7. Mai 1930; BA, R 43 I/1801; Protokoll AR: Brüning, 1, S. 106–114. Erwägungen bei Grübler, Spitzenverbände, S. 225 ff.

¹⁹³ Schulz, Politik, 1, S. 162 ff.

Man wollte auch die Stellung der Industrieobligationenbank unangetastet halten – als Eigentümerin der Umlageeinzahlungen, als unmittelbare Gläubigerin der beliehenen Betriebe sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft und als Beteiligte an der Verwaltung der Ablösungsbank. Um in allen Kreditvorgängen diese deutlich übergeordnete Position zu unterstreichen, wurde hinzugefügt, daß aus der Industrieaufbringung keine Mittel zur Sanierung öffentlicher oder halböffentlicher Kassen verwendet werden dürften; Preußenkasse und Landschaften wurden ausdrücklich ausgeschlossen.

Das Ganze war ein Kompromiß. Ob man in ihm einen Erfolg Silverbergs erblicken soll,¹⁹⁴ muß dahinstehen. Statt des großen Brückenschlags von der Industrie zur Landwirtschaft, der den Intentionen seines Planes zugrunde lag, waren nach den vorzeitig genährten Erwartungen auf agrarischer Seite doch eher Friktionen und Konflikte zu erwarten, die eine Verwirklichung des Ostprogramms hinausschoben und Verhandlungen des RDI mit den zuständigen Reichsministern und dem Reichskanzler auf die Tagesordnung brachten.

Die Parteien begannen in den Hintergrund zu treten; das Gesetz des Handelns ging deutlicher als zuvor auf die größten Interessengruppen und die hervorragendsten ihrer Sprecher über. In dem steten Aushandeln der anstehenden Fragen im kleinen Kreis bestimmter Repräsentanten der Landwirtschaft wie des RDI und alsdann, im nachfolgenden Gang, unmittelbar mit den Reichsressorts, wie es am Silverberg-Plan zu beobachten ist, zeichnete sich ein vereinfachter, von Parteien und Parlamenten exemter Entscheidungsprozeß ab, der innerhalb der Gremien der beteiligten Großverbände abgesichert wurde, aber auf stark personalisierten Beziehungen beruhte. Eine primär quasikorporative, sekundär administrativ-autoritäre Alternative zum Parteienparlamentarismus deutete sich an – und mehr als das, auch wenn man es gar nicht theoretisch und prinzipiell betrachtete: Sie ging in die Erprobung, „learning by doing“.

Die Beziehungen der Reichsregierung zum RDI und zu den interessierten Kreisen der Landwirtschaft blieben in dieser Hinsicht ebenso unbestimmt wie die zu den preußischen Instanzen. Allerdings vermochte der Reichskanzler, mit der nun unentbehrlich werdenden Hilfe der Zentrumsminister und Zentrumsfraktion in Preußen, immer noch am ehesten einen glättenden Kompromiß zu erreichen. Das Bild eines „heillosen Durcheinanders“¹⁹⁵ entwickelte sich dann unversehens, als regionale

¹⁹⁴ So Grübler, a. a. O.

¹⁹⁵ Pünder, Reichskanzlei, S. 52.

Interessenorganisationen in teilweise umfangreichen Adressen ihre Einsprüche und Vorschläge präsentierten, denen mitunter recht bizarre Gedanken zugrunde lagen.¹⁹⁶ Hier bestätigt sich die Beobachtung, die die radikale Agitation des Landwirtschaftsverbandes Ostpreußen 1929 veranlaßt hatte: daß eine etwas zurückhaltende Tonart oder Taktik oder gar Verhandlungen des Reichslandbundes sogleich durch starke Eigenwilligkeiten regionaler Organisationen übertrumpft wurden, was auch der DNVP Hugenbergs neue Chancen für einen Bodengewinn in der Landwirtschaft eröffnete. Auf drastisches Konstatieren und Postulieren verstand man sich in diesem Teile Deutschlands stets besser als aufs Differenzieren und Moderieren oder gar aufs Tolerieren.

Die einstweilen nicht vorankommende Klärung von bankrechtlichen und verfahrenstechnischen Fragen, über die Anteile der Umlage, die der Umschuldung zugute kommen sollte, und schließlich die gesetzliche Änderung des Charakters der Obligationenbank, die der entsprechenden Reichstagsmehrheit bedurft hätte,¹⁹⁷ veranlaßte die Reichsregierung am 14. Juli, die große Entscheidung auf den Herbst zu vertagen.¹⁹⁸ Die am Nachmittag des 15. Mai scheinbar erreichte letzte Einigung der Reichsminister¹⁹⁹ blieb somit von begrenzter Reichweite und mehr Provisorium als Entscheidung. Der Vollstreckungsschutz sollte eine befristete Exemption von den geltenden schuldrechtlichen Bestimmungen schaffen und nur für Anträge in Betracht kommen, die nach Verkündigung des — vom Reichstag noch gar nicht behandelten — Gesetzes, aber vor dem 31. Oktober gestellt wurden. Im Hinblick sowohl auf die Ablösungsbank als auch auf die Bürgschaft für ihre Umschuldungstätigkeit wurde ein Einvernehmen mit der preußischen Regierung zur gemeinschaftlichen Erarbeitung von Durchführungsverordnungen beschlossen, was es bis dahin noch nicht gegeben hatte. Sogar die Ernennung eines gemeinsamen Kommissars der Reichs- und der Staatsregierung wurde vorgesehen, der

¹⁹⁶ Der Schlesische Provinziallandtag sandte auch am 14. Mai ein mehr als 1600 Worte umfassendes Brieftelegramm an den Reichskanzler, in dem neue, teils komplizierte Forderungen erhoben wurden, darunter die nach gesetzlicher Änderung des Reichsfinanzausgleichs wie des innerpreußischen Finanzausgleichs „zugunsten des Ostens“. BA, R 43 I/2389. Es ist nicht möglich, die Vielzahl der Vorschläge aufzuführen. Hier kann nur ihre Häufung vermerkt werden.

¹⁹⁷ Aufzeichnung Bötzkens über eine Besprechung mit Silverberg am 21. Mai und Briefwechsel Silverbergs im Mai und Juni 1930; BA, Nachl. Silverberg/574.

¹⁹⁸ Reichsministerbesprechung am 14. Juli 1930; AR: Brüning, 1, S. 306.

¹⁹⁹ a. a. O., S. 128–131.

für die Durchführung zu sorgen hatte, mit beiden Kabinetten Verbindung halten und die zuständigen Minister — unter seinem Vorsitz — einberufen sollte,²⁰⁰ eine unzulänglich entwickelte und schließlich an ihren Mängeln gescheiterte Konstruktion. Brüning dachte allerdings schon an die Ernennung eines Reichsministers zum Kommissar und hierbei wohl an seinen Freund Treviranus, mit dem er zu Ostern während des gemeinsamen Aufenthaltes in Badenweiler einiges vorbesprochen hatte.

²⁰⁰ Beschluß in der Reichsministerbesprechung am 19. Mai 1930; a. a. O., S. 143.

ZWEITES KAPITEL

Übergang zur Deflationspolitik und Auflösung des Reichstags

Unsichere Grundlagen

Inmitten der langwierigen, zusehends schwieriger werdenden Verhandlungen über die Durchführung des Ostprogramms der Reichsregierung verbreiteten sich Mitte Mai 1930 erstmals Gerüchte über eine Umbildung der Regierung Brüning im „Herbst“.²⁰¹ Darin drückten sich Kritik und Entmutigung jener Kreise aus, die der neuen Regierung und vor allem dem Reichskanzler gegenüber von Anbeginn mehr Distanz oder Vorbehalte als Zuversicht an den Tag gelegt hatten. Das von den Deutschnationalen Hugenberg'scher Richtung geschürte Mißtrauen begann „Früchte“ zu tragen. Die sich hinschleppenden Verhandlungen über Ost- und Agrarprogramm, die der Regierung faktisch über die erste Kraftprobe im Reichstag hinweggeholfen hatten, wirkten bald weithin dämpfend. Aber auch das Zögern der Parteien — neben dem Zentrum und der BVP — der Mitte bis zur Rechten, soweit sie personell an der Reichsregierung beteiligt waren, sich enger zusammenschließen, förderte Mißmut und Unmut im Hinblick auf den Kanzler, den manche hintergründig am Werk glaubten.

Seit Anfang April standen die parlamentarischen Führer von DVP, DDP, der Volkskonservativen, der Wirtschaftspartei und Abtrünnige der DNVP in Unterhandlungen über die Bildung einer gemeinsamen parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft.²⁰² Der Gedanke an eine Reichstagsauflösung und -neuwahl mag in die Überlegungen eingeflossen sein, spielte aber eine untergeordnete Rolle. Schwerer wog die seit Jahren mehrfach wiederkehrende Absicht, die bürgerliche Sammlung nach rechts fester zu kitteln, um das Zentrum stärker zu binden und entweder aus der engen Koalition mit der SPD in Preußen zu lösen oder mit seiner Hilfe eine wesentliche Verbreiterung der preußischen Regierung — unter

²⁰¹ Gilsa an Reusch, 17. Mai 1930; Schulz, Politik, 1, S. 166.

²⁰² Bericht Gilsas vom 21. Mai; a. a. O., S. 167 ff.

Einbeziehung der DVP oder eben der „Sammlung“ — zu erreichen. Sicherlich wurde richtig erkannt, daß sich Brüning hierzu nicht hergeben würde, wahrscheinlich auch nicht konnte und daß er sich kaum in der Lage sah, den zu erwartenden Forderungen des preußischen Ministerpräsidenten auf Beteiligung an der Reichsregierung angemessen zu begegnen. In diesem Lichte erschien Brüning weder als der geeignete Mann, das „preußische Problem“ zu lösen, noch um überhaupt etwas dazu beizutragen, „daß nun endlich das Bürgertum in einer weithin sichtbaren politischen Aktion die Führung stärker in die Hand nimmt“.²⁰³

Allerdings fehlte es auch an anderen Voraussetzungen hierzu, so daß der Betrachter zögert, in einer derartigen Sammlung oder gar Koalition den Keim einer denkbaren Alternative zu der anders verlaufenen politischen Entwicklung zu erblicken. Sachliche und persönliche Vorbehalte verschiedener Art bestanden auf fast allen Seiten und wogen, insgesamt genommen, schwer belastend, auf längere Sicht niederdrückend und zermürend. Sie wurden bislang wenig erörtert und können hier nicht im einzelnen untersucht werden, wenn auch dem Tatbestand im ganzen ausschlaggebende Bedeutung zukommt.

Die für die Weimarer Republik bezeichnende Tatsache, daß alle drei bürgerlichen Parteien, die einst mit dem Anspruch angetreten waren, das Bürgertum politisch zu sammeln, in den ersten Monaten der Regierung Brüning ihre entscheidende Niedergangsphase erlebten, kann nur nachdrücklich hervorgehoben werden: Die nach links Anhalt suchende und Koalitionsfähigkeiten entfaltende DDP stand jetzt ihrem Ende näher als einem Aufschwung. Die DVP, die nach der DDP die führende Rolle in der Politik beansprucht und unter Stresemann zeitweilig auch erreicht hatte, befand sich in einer inneren Krise, die den unaufhaltsamen Abstieg anzeigte. Die große Sammlungspartei der Rechten, die DNVP, die 1924 für kurze Zeit sogar die zahlenmäßig stärkste Reichstagsfraktion stellen konnte, hatte an den zermürenden Folgen der unter dem Einfluß der Hugenbergianer immer weiter nach rechts ausgreifenden radikalen Parolen zu leiden. Dieses kürzer- oder längerfristige Scheitern jener Parteien, die mit guten Gründen als die bürgerlichen Parteien der Republik galten und von denen die ersten beiden — zeitweilig auch die letzte — für wesentliche Teile der Reichsverfassung, wenn auch nicht für die Verfassung insgesamt und ohne Einschränkung, eintraten, wies die politische Führung entweder der stärksten Arbeiterpartei zu, der SPD, die

²⁰³ a. a. O., S. 169.

sich auf die preußische Position und die Innenpolitik endgültig festgelegt hatte, oder dem Zentrum, das ohne Anlehnung allein nicht regieren konnte.

Die Diskussionen im Parteivorstand und im Parteiausschuß der DDP bezeugen weitgehende Verwirrung und fortschreitenden Zerfall der Partei, der nach Beginn der Regierung Brüning in sein letztes Stadium trat. Das notorisch hinhaltende Taktieren Koch-Wesers wurde augenscheinlich in seiner Grundhaltung profunder Opposition gegen eine Koalition oder gar noch engere Verbindung der Mitte-Rechts-Gruppen²⁰⁴ noch gar nicht erkannt. Allerdings mußte er innerhalb der DDP auf divergierende Reaktionen fast in jedem Falle gefaßt sein. Innerhalb der sehr lockeren Struktur dieser Partei konnte schon ein entschiedener, in die Öffentlichkeit lancierter opponierender Schritt einiger weniger Abgeordneter, gar schon eines halben Dutzends Mitglieder eines Ortsverbandes, Aufsehen erregen.²⁰⁵ Was moralisch in entschlossener Manier als das Gewissen der Republik ausgegeben wurde, fand bisweilen nur in wenigen Köpfen Platz, die unter anderen Umständen kaum den Bestand einer kommunalpolitischen Entscheidung gewährleistet hätten.

²⁰⁴ In der Sitzung der Reichstagsfraktion der DVP gab der Vorsitzende Scholz an, daß die Verhandlungen über eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft am Widerstreben sowohl der DDP als auch der Volkskonservativen gescheitert seien. BA, R 45 II/67. In der Sitzung des Parteiausschusses der DDP am 25. Mai deutete Koch-Weser, wie die Sitzungsniederschrift überliefert, nur in vorsichtigen Hinweisen diese Verhandlungen an, die im übrigen, wie die Debatte zeigt, wenig Verständnis und kaum Zustimmung gefunden hätten. Lediglich Hellpach befürwortete engere Verbindungen zur DVP und zu den Volkskonservativen und trug einen von Frhr. v. Richthofen und auch Stolper unterstützten Antrag vor, der „die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer großen neuen Parteischöpfung der volksbürgerlichen Zusammenfassung“ bejahte, dann aber wieder zurückgezogen wurde. Koch-Weser kleidete bezeichnenderweise seine eigene Stellungnahme in ein mehrfaches Dementi: „1. Bei der Frage der Koalition Brüning hat die Frage der Neuordnung des Parteiwesens überhaupt keine Rolle gespielt ... 2. Niemals hat jemand von uns an eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei gedacht ... 3. Es haben niemals Verhandlungen wegen einer Mandatsverteilung unter den Parteien stattgefunden.“ Auf diese Weise vermied Koch-Weser die Feststellung, es sei nicht mit anderen Parteien verhandelt worden, die unrichtig gewesen wäre. Protokoll auszugsweise abgedruckt Schulz, Politik, 1, S. 178–185; jetzt vollständig Albertin, Linksliberalismus, S. 533–553.

²⁰⁵ Koch-Weser beklagte sich über eine weithin bekanntgewordene „Protestresolution“ des Bezirksvereins Berlin-Mitte unter dem Vorsitz des einflußreichen Redakteurs Feder. Von insgesamt zehn anwesenden Parteimitgliedern stimmten ihr sechs zu. Albertin, Linksliberalismus, S. 537; vgl. Ernst Feder, Heute sprach ich mit... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932, hrsg. von Cécile Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971, S. 257 ff.

Einerseits versuchte die DDP, so auch in Preußen, das Bündnis innerhalb der Weimarer Koalition aufrechtzuerhalten, andererseits Distanz zu den mächtiger hervortretenden Interessengruppen zu beobachten, was aber nicht alle Abgeordneten mitmachten. Sie blieb mit Dietrich in höchst verantwortlicher Stelle an der Regierung Brüning beteiligt; und die Vertreter der Landwirtschaft in ihren Reihen stimmten dem Agrarprogramm Schieles zu, was sogar Dietrich zu weit ging, der – wie auch Höpker-Aschoff – wenig Vertrauen in Schieles Vorhaben bekundete und es als taktischen Schachzug bewertete, womit er übrigens den Urteilen im Hugenberg-Flügel der DNVP nahekam. Unverhältnismäßig große Beachtung fand vorübergehend eine kleine und wenig bedeutende Sondergruppe unter der Führung des jungen Reichstagsabgeordneten Ernst Lemmer, der „Sozialrepublikanische Kreis“, der eine nach links tendierende Haltung vor allem jüngerer Parteimitglieder zu vertreten suchte und innerhalb der Parteiführung keinen Spielraum finden konnte.²⁰⁶

Daß viel, vielleicht alles auf dem Spiel stand, ist von dem ehemaligen badischen Staatspräsidenten Hellpach Ende Mai 1930 am deutlichsten, wenn auch nicht ohne Widerspruch gesagt worden: daß es weniger um Einzelfragen und um Taktik gehe als um große und fundamentale Entscheidungen, vor allem um die, „ob wir in drei Jahren noch eine demokratische Republik oder eine Republik des kalten Faschismus haben werden. Es handelt sich nicht um das Schicksal der Demokratischen Partei, sondern der Demokratie...“²⁰⁷ Doch trotz warnender Worte war diese klein gewordene Partei weit entfernt davon, zu einer Einigung über die Erklärung der Ursachen ihres Niedergangs wie über ihren künftigen Weg zu gelangen. Die Mehrheit begnügte sich, aus dem beiläufig gefundenen neuen Namen einer „Staatsbürgerlichen Partei“ so etwas wie einen neuen Appell herauszuhören.

Auch Größe, Gestalt und Politik der „volkskonservativen“ Sezessionsgruppe unter Führung von Treviranus und Lindeiner-Wildau schienen ungewiß. Treviranus hatte durch die Empfehlung des Reichspräsidenten, ihn zum Reichskommissar für die Osthilfe zu ernennen, nur äußerlich eine Aufbesserung seiner politischen Stellung erhalten. Nicht nur die ungeklärten Verhältnisse der Osthilfe, auch offenkundige Animositäten

²⁰⁶ Albertin, Linksliberalismus, S. 532, 540, 550, 554, 572, 584 f., 590 f., 593, 597 f. Nach Feder, Heute, S. 258, 259 unterstützten außer ihm auch Abegg und wohl Erkelenz den Versuch Lemmers.

²⁰⁷ Albertin, Linksliberalismus, S. 542 (25. Mai 1930).

Schieles drohten die deutschnationalen Sezessionisten auseinanderzutreiben; daß man sie bereits als „Westarp-Gruppe“ titulierte, war recht bezeichnend. Weder Treviranus noch Lindeiner-Wildau vermochten die aufmerksamen Beobachter des Spaltungsvorgangs in der Reichstagsfraktion der DNVP zufriedenzustellen. Als eigentlicher Gegenspieler Hugenbergs galt eben doch Graf Westarp. Dieser gehörte aber ebenso wie Schiele noch der DNVP an, wengleich die Hoffnung auf seine Trennung von dieser Partei begründet schien.

Reichsregierung wie Reichstag standen unterdessen vor schwierigen Aufgaben, deren Lösung unter ungesicherten parlamentarischen Voraussetzungen einigermaßen problematisch erschien, so daß ebensowohl Kritik am unentschlossenen Reichskanzler als auch Stimmung für die Erneuerung einer „großen Koalition“ aufkam. Schwer wog die Behandlung der Agrarfrage. Aufgrund des vom Reichspräsidenten unterstützten Programms Schieles war sie die aktuelle, aber nicht die einzige Existenzfrage der Regierung geworden. Die größten Entscheidungen, die man vom Kanzler erwartete, die Reichsfinanzen zu konsolidieren und die wirtschaftliche Lage durch einschneidende Maßnahmen auf finanziellem und sozialpolitischem Gebiet zu bessern, schienen noch gar nicht in Angriff genommen. Sein Programm begann zunächst mit einer Ausgabensenkung im gesamten öffentlichen Bereich. Die Regierung mühte sich, sowohl ihr Versprechen zu erfüllen, den Reichshaushalt zu sichern, als auch dem ständigen Drängen der Industriellen nach Kostensenkung nachzukommen und die häufig beklagten hohen Selbstkosten für deutsche industrielle Erzeugnisse mit Rücksicht auf die Exportaussichten zu mindern. Das Nachgeben der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt schien günstige Voraussetzungen für eine Senkung des gesamten Preisspiegels zu schaffen.

Ausgaben-, Kosten- und Preissenkung gingen von Anfang an Hand in Hand. Die Dominanz des Exportgesichtspunktes entsprach allerdings den Prinzipien, die den Reparationsregelungen sowohl nach dem Dawes als auch nach dem Young-Plan zugrunde lagen, und ließ sich schon deshalb nicht abweisen, auch wenn sie mit Opfern in der Sozialpolitik erkaufte werden sollte. „Alle diese Maßnahmen werden vielleicht nicht ohne innere Erschütterungen und Unruhen durchgeführt werden können; wenn man aber von vornherein energisch zupackt, dürfte die Ruhe wohl bald und endgültig wiederhergestellt werden“, schrieb Gilsa dem Großindustriellen Reusch; vorauszusetzen sei, „daß einmal die loyale Zusammenarbeit Brünings mit den Rechtskreisen fortbesteht und daß die Person des Reichspräsidenten als Rückhalt des Ganzen uns erhalten

bleibt“.²⁰⁸ Er behauptete auch, daß ihm „Abmachungen zwischen Hindenburg und Groener“ über eine Nachfolge in der Reichspräsidentschaft „im Falle ernster Erkrankung“ bekannt geworden seien.

Die Frage der Nachfolge mußte weiter Vorausschauende angesichts der Bedeutung, die das Amt des Reichspräsidenten erlangt hatte, gewiß bewegen oder gar beunruhigen. Bei einem gewöhnlich gut unterrichteten Manne wie Gilsa wird man den Wert dieser Mitteilung nicht unterschätzen dürfen. Ob der Reichstag vorher aufgelöst und neu gewählt werden würde oder nicht, auch die für 1932 anstehende Wahl des Reichspräsidenten blieb zu bedenken. Die Frage nach dem künftigen Reichspräsidenten hatten Hugenberg und andere bereits aufgeworfen. Zu diesem Zeitpunkt schien sich eine Nachfolgekandidatur des Reichswehrministers Groener sowohl für das Kanzleramt als auch für die Reichspräsidentschaft anzubieten, was ein Schlaglicht auf den Wandel im politischen System wirft, aber auch die zunehmenden Angriffe auf den im 63. Lebensjahr stehenden ehemaligen General erklärt. Der historische Betrachter sieht Groener in den Jahren 1929 bis 1931 weiter in den Mittelpunkt der Ereignisse gerückt, als dem Eindruck entspricht, den seine wenig glückliche Rolle nach den Ereignissen in der zweiten Regierung Brüning 1931/32 vermittelt.²⁰⁹

Preis- und lohnpolitische Orientierungsfragen

Die ausführlichen Berichte, die der Reichstagsabgeordnete v. Gilsa Reusch erstattete, ergeben vor allem eine Chronik der sich mehrenden Probleme der Wirtschaft. Der Ausgleich des Reichshaushalts erschien erneut gefährdet, noch ehe er verabschiedet war. Dies ging zum großen Teil auf die wieder zunehmende Arbeitslosigkeit zurück, die auf der einen Seite Steuerausfälle, auf der anderen neue Belastungen durch die Er-

²⁰⁸ Schulz, Politik, 1, S. 166.

²⁰⁹ Noch in einem Bericht vom 9. Oktober 1930 an den britischen Botschafter Sir Horace Rumbold bezeichnete der Militärattaché Colonel Marshall-Cornwall Groener „as the greatest and perhaps only political genius in Germany today“. Francis L. Carsten, Britain and the Weimar Republic. The British Documents, London 1984, S. 255 f.; auch ders., Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln/Berlin 1964, S. 346 ff.; Otto Gefßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 507 f., 552, 555; Treviranus, Ende, S. 283 ff.; hierzu auch Theodor Eschenburg, Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik. Hindenburg, Brüning, Groener, Schleicher, in: VZG, 9 (1961); wieder abgedruckt bei Eschenburg, Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik, München 1963, bes. S. 250 ff.

werbslosenfürsorge brachte. Im Laufe des Juni begann die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, nach kurzem Rückgang, wieder zu wachsen; im September lag sie erneut über 3 Millionen. Hiervon erhielten nur noch 1,413 Millionen Arbeitslosenunterstützung, 473 000 die geringere Krisenunterstützung; 541 000 nahmen bereits als langfristig und ausgesteuerte Erwerbslose die Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden in Anspruch.²¹⁰ Die Arbeitslosigkeit war nicht mehr bloß Mangel- und Warnzeichen eines saisonbedingten Auf- und Abschwungs der Konjunktur, sondern schien zum steinernen Gast in dem Drama einer unaufhaltsamen wirtschaftlichen Krise zu werden.

Noch ehe sich die Gemeinden als Endglieder dieser irreversiblen Belastungskette²¹¹ über ihre Spitzenverbände zur Wehr setzten, meldete die Industrie Befürchtungen wegen der Vermehrung der Arbeitslosenversicherungslasten an. Ihre ständigen Sorgen um die Kostengestaltung wurden infolge der Krisenwirkungen auf dem Weltmarkt durch den fortschreitenden Preisdruck verstärkt. Ein Ausweg konnte wohl darin liegen, dieser Entwicklung durch eine allgemeine Absenkung des Preisniveaus nachzugeben und dies mit einer generellen Lohnsenkung zu verknüpfen, die der Minderung der Lebenshaltungskosten Rechnung trug, soweit das Reallohnniveau annähernd stabil blieb. Allerdings setzten derartige Absichten gemeinsame Abreden und einigermaßen überschaubare Entwicklungen voraus. Dem lagen jedoch Hindernisse im Wege. Die durch die fortschreitende Kartellierung erreichten Preisfixierungen, die zunächst invariablen Kosten mittel- und langfristiger Kredite und schließlich die geringe Beweglichkeit der durch Zwischenhandel und Preisbindungen, auch bei sinkenden Erzeugerpreisen, festgehaltenen Verbraucherpreise leisteten einer weltwirtschaftlichen Druckwirkung auf die Preise beharrlichen Widerstand, so daß das innerdeutsche Preisniveau, von einigen Ausnahmen abgesehen, noch einige Zeit beständig blieb, ehe es zögernd nachgab; die für den Massenkonsum gravierenden Verbraucherpreise zogen sogar noch etwas an, so daß der Lebenshaltungskostenindex im Juni 1930, als sich eine erneute Zunahme der Arbeitslosigkeit erkennen ließ, über dem des Vormonats lag.²¹² Es bedurfte also

²¹⁰ Statistische Beilage zum Reichsarbeitsblatt, Nr. 1 (1930); vgl. auch Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik, S. 428 ff. (Tabellenanhang).

²¹¹ Hierzu Rebentisch, Kommunalpolitik.

²¹² Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, hrsg. vom Statistischen Reichsamt, S. 275.

größerer Anstrengungen, auch entsprechender Entscheidungen der Reichsregierung, um eine Änderung herbeizuführen.

Doch in dieser Hinsicht zeigten die größten Spitzenverbände divergierende Neigungen. Während der Deutsche Industrie- und Handelstag im Juli den angeschlossenen Kammern und ihren Mitgliederfirmen empfahl, die Richtung auf eine generelle Preissenkung einzuschlagen, blieb der RDI solchen Appellen gegenüber skeptisch und hielt er an der Verbindung mit einer generellen Lohnsenkung fest. Die einflußreiche „Nordwestliche Gruppe“ und „Arbeitnordwest“ verfolgten mit aller Entschiedenheit eine Senkung der Produktionskosten, von der sie eine wirtschaftliche Belebung erhofften.²¹³ Daß Lohnsenkungen mit ohnehin gebotenen Preissenkungen verknüpft werden mußten, war kaum umstritten; doch die Forderung nach Begrenzung der Kostenbelastung der Wirtschaft durch Staat und öffentliche Körperschaften wurde zumindest gleichrangig eingestuft, gar eine günstigere Bilanz erhofft: durch die Gewähr einer Eindämmung der Arbeitslosenlasten, eine generelle Gehalts- und Lohnsenkung für die Arbeitnehmer der öffentlichen Hand und durch Verzicht auf Erhöhung der die Wirtschaft belastenden Steuern. Im Gefolge der schwindenden Konjunktur sollte der Ausgleich des Reichshaushalts durch Ausgabenminderungen des Staates wie der Gemeinden, nicht im Anziehen der Steuerschraube gefunden werden. Praktisch bedeutete dies Ausgaben senkung, Lohnsenkung und Gehaltskürzung in der Wirtschaft wie im öffentlichen Dienst, für die auf der anderen Seite die fälligen Preissenkungen in Aussicht standen, deren Ausmaß, Charakter, Einheitlichkeit und Wirkung — schließlich auch steuerpolitische Auswirkung — noch im dunkeln blieben. Es stand kaum in Frage, daß jetzt keine Entscheidung an einem deflationären Kurs vorbeiführte. Unter den geschilderten Umständen wurden der Reichsregierung schwere Lasten aufgebürdet. Doch das Vertrauen, das sie bislang errungen hatte, schien begrenzt und war eher gering zu nennen, so daß Befürchtungen eines wachsenden Bodengewinnes Hugenburgs und seiner Anhänger ebenso aufkommen konnten wie Überlegungen, ob die Regierung einer „großen Koalition“ — unter Einschluß der SPD — unter den derzeitigen Verhältnissen nicht günstigere Aussichten eröffnete.²¹⁴

Im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Zuständigkeit konnte das Reich auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung lediglich eine allgemeine Kürzung der Beamtengehälter und Pensionen vornehmen. Frei-

²¹³ Vgl. Grübler, Spitzenverbände, S. 268 f.

²¹⁴ Schulz, Politik, 1, S. 175 f.

lich waren Einsprüche und Widerstände der Betroffenen und ihrer Verbände, mithin beträchtliche politische Schwierigkeiten zu gewärtigen. Aber erst die Verbindung mit einer generellen Lohn- und Gehaltssenkung und dem Preisabbau verlieh einer solchen Maßnahme den rechten Sinn und vermochte ihre psychologische wie wirtschaftliche Härte zu mildern. Dies lag außerhalb der Gesetzgebungskompetenz des Reiches; zudem hätte sich im Reichstag keine ausreichende Mehrheit für einen Weg gefunden, der so offenkundig zu einer einschneidenden Deflationspolitik überleitete. Die Regierung mußte sich daher anderer Mittel bedienen. Mit Hilfe des Artikels 48 zu regieren, „wenn hier irgendwelche Schwierigkeiten auftreten sollten“, war bereits Ende Mai ein denkbarer, wenn auch noch nicht zwangsläufiger Ausweg. Die gleiche Quelle überliefert schon den Gedanken, durch umfassende „Wirtschaftserleichterungen“ am Ende auch „zu einer Revision des Neuen Planes zu kommen“, die Reparationslasten nach dem Haager Abkommen zu kürzen oder abzuwälzen: Falls es gelänge, „unsere Produktionskosten stark zu senken, werden wir unseren Gläubigermächten ein so unangenehmer Konkurrent auf dem Weltmarkt werden, daß sie bald die Unsinnigkeit ihrer Reparationsforderungen fühlen werden“.²¹⁵ Für derartige Vorhaben schien auf längere Sicht ein engeres Bündnis von Landwirtschaft und Industrie erforderlich und sogar in Aussicht, sofern dies die Durchführung des Ostprogramms erleichterte.

Unter diesen Voraussetzungen führten Vertreter des RDI sowie der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (VDA) unter maßgeblicher Beteiligung des ehemaligen Reichswirtschaftsministers v. Raumer die von Kastl im stillen angebahnten Verhandlungen mit Vertretern der Gewerkschaften, um ein Lohn- und Preissenkungsprogramm auf breiter Basis abzusichern und eine Einigung in Tarif- und Arbeitslosenversicherungsfragen – des Konfliktstoffes der letzten Jahre – zu erreichen. Der Versuch, zunächst informell an Gemeinsamkeiten der Zentralarbeitsgemeinschaft anzuknüpfen, die von November 1918 bis März 1924 bestanden und eine vertraglich und satzungsgemäß verankerte Zusammenarbeit der Spitzenverbände von Arbeitgebern und Gewerkschaften begründet hatte,²¹⁶ stand allerdings nicht unter günstigen Vorzeichen. Alle Ge-

²¹⁵ Gilsa an Reusch, 24. Mai; a. a. O., S. 172 f.

²¹⁶ Zur Entstehung Friedrich Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918*, Düsseldorf 1974, S. 188–200; Gerald D. Feldman, *German Business Between War and Revolution. The Origins of the Stinnes-Legien Agreement*, in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für*

werkschaften litten ähnlich wie die großindustriellen Unternehmen²¹⁷ unter der nachlassenden Beschäftigung. Lohnherabsetzungen in Verbindung mit wirksamen Preissenkungen erschienen nur durchführbar, sofern die Lebenshaltung nicht beeinträchtigt wurde und eine Minderung der Arbeitslosigkeit erwartet werden konnte. Die Unterhändler des ADGB verloren die drohende Gefährdung des Traditionsbestandes gewerkschaftlicher Autorität nicht aus den Augen, vermochten sich indessen der Zwangslage nicht zu entziehen und gaben ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an der Beseitigung der Notstände, vor allem an einer Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu erkennen. Sie konnten freilich nicht von sich aus zu unmittelbar greifbaren Ergebnissen beitragen; und von allgemein diskutierten und interessierenden Möglichkeiten blieben nur wenige als öffentlich bekundete Forderungen übrig, wie die Verminderung der Arbeitszeit, Verbilligung von Krediten, von Kapitaleinfuhren und Senkung der Lebenshaltungskosten. Der Plan einer großen Zahl von Demonstrationen im ganzen Reichsgebiet wurde „auf Zureden“²¹⁸ schnell fallengelassen und nie wieder aufgegriffen. Der führende Unterhändler der Arbeitgeberseite, v. Raumer, erklärte befriedigt, daß auf seiten der Gewerkschaften „der Wunsch, mit uns sich zusammzusetzen, ... fast stärker ist als bei uns“.²¹⁹

Auf der anderen Seite behaupteten sich indessen stets Vorbehalte und abweichende Auffassungen, die aus der Lage noch ganz anderen Nutzen

Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Berlin 1970, S. 312–341. Die gegen Widerstände auf beiden Seiten geschaffene und fortgesetzte Arbeitsgemeinschaft bestimmte in ihrer „Vorläufigen Satzung“ vom 12. Dezember 1919 als Zweck „die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen sowie aller sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten“. Diese umfassende Aufgabe wurde nie erfüllt. Dies führte zum Niedergang und zur Kündigung der Arbeitsgemeinschaft durch den Afa-Bund und den ADGB 1924, womit ihre Tätigkeit praktisch endete. Hierzu Heinrich Kaun, Die Geschichte der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, Diss. Wirtschaftshochschule Berlin, Jena 1938, S. 125 ff., 128 ff., 118 ff.

²¹⁷ Zahlen zur Lage im Gebiet der „nordwestlichen Gruppe“ bei Bernd Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978, S. 480. Gegenüber dem Höchststand der Beschäftigtenzahl im Juli 1929 war bereits bis Frühjahr 1930 jeder Zehnte arbeitslos geworden. Die Kapazität der Vereinigten Stahlwerke wurde 1929 zu 75,8 Prozent genutzt, 1930 nur zu 51,6 Prozent (1931: 35,5, 1932: 23,9 Prozent).

²¹⁸ Blank an Reusch, 31. Mai; Schulz, Politik, 1, S. 186 f.

²¹⁹ Gemeinsame Sitzung der Vorstände von RDI und VDA, 13. Juni; a. a. O., S. 218.

zu ziehen versuchten, als sich in den Verhandlungen des RDI und der Arbeitgeber mit den Gewerkschaftsführern²²⁰ jemals erreichen ließ. In gewohnter Deutlichkeit drückte Silverberg die Alternative aus, vor der sich die tonangebenden Großunternehmer sahen: Man stehe vor der Entscheidung, „die Gewerkschaften gehen und vielleicht fallen zu lassen oder sie noch einmal zu stützen, um sie noch einmal gebrauchen zu können“²²¹ und mit ihnen eine gemeinsame Pression auszuüben. Piatscheck vom Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat hielt die Verhandlungen mit den Gewerkschaften „für verfrüht, denn unsere Bataillone sind viel schwächer“; er wollte aufs Ganze gehen und den Arbeitskampf unter den günstig erscheinenden Bedingungen mit aller Härte führen – „das erfordert unter Umständen Leichen“ –, wenn „ein Wandel der Geister“ eintreten könne; „denn von dem Zeitpunkt ab wird die Arbeiterschaft an ihren Führern irre“. Die interessante Frage: „Und wo gehen dann die Arbeiter hin ... zu uns oder zu den Kommunisten?“ ließ vielleicht bei manchen Zuhörern Zweifel aufkommen, aber gewiß nicht bei allen.²²² „Wir haben keine Solidarität in unseren Arbeitgeberkreisen“, im Unterschied zu den Gewerkschaften, konstatierte Piatscheck; hierin hatte er allerdings recht.

Die Folgerungen aus der Situation entwickelten sich kontrovers. Die Möglichkeiten methodisch zu nutzen, um Preisnachlaß mit Lohndruck zu verbinden und in Verhandlungen abzusichern, wie es etwa Poensgen empfahl und auch praktizierte, blieb nur eine Absicht unter anderen. Von ihr distanzieren sich jene, die von Gesprächen und Verhandlungen mit den Gewerkschaften notorisch nichts erwarteten, wie etwa Fritz Thyssen. Ernst v. Borsig widerstrebte die gesamte Problematik der vorhandenen Materie von Lohn- und Gehaltssenkungen, solange Tarif- und Schlichtungswesen beibehalten wurden; er wollte alles der Entwicklung überlassen, in der, wie er meinte, von selbst „bald Früchte reifen“ würden. Kaum anders äußerten sich Thyssen, Blohm und Wittke, der Sprecher

²²⁰ Zu den Verhandlungen nach den jetzt gedruckt vorliegenden Akten schon Udo Wengst, *Unternehmerverbände und Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1930*, in: VZG, 25 (1977), S. 102 ff.

²²¹ Niederschrift der gemeinsamen Besprechung des Präsidiums des RDI und des Vorstandes der VDA, 3. Juni; Schulz, *Politik*, 1, S. 192.

²²² Die Niederschriften der gemeinsamen Besprechungen des Präsidiums des RDI und des Vorstandes der Arbeitgebervereinigung am 3. und 13. Juni geben ein denkwürdiges Zeugnis von den sachlichen und auch geistigen Differenzen unter den maßgebenden Sprechern der deutschen Großunternehmer. Ihnen sind auch die nachfolgenden Zitate entnommen.

der sächsischen Industriellen; und Vögler stand ihnen nahe. Von diesem bunt gemischten, gewiß auch von mancher Erregung gefärbten Bilde hoben sich die Überlegungen Roland Brauweilers ab. Er hielt gemeinsame Erörterungen von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und eine „unbegrenzte Ausdehnung von Notstandsarbeiten“ für notwendig. Aber er betonte die Schlüsselbedeutung der Lohnfrage bei Preissenkungen auch für Konsumartikel, „die der Arbeiterhaushalt hauptsächlich nötig hat“. Damit traf Brauweiler den Kernpunkt möglicher Verhandlungen; er erkannte aber auch die Schwierigkeit, die Gewerkschaften mit dem Handel zusammenzubringen und den Einzelhandel „auf Herz und Nieren“ zu prüfen, um zu klären, „ob nicht in der Handelsspanne, in diesem bekannten dunklen Abgrund, noch sehr große Möglichkeiten liegen“. An eine Preis- und Kalkulationskontrolle war nicht zu denken.

Demgegenüber erscheinen die Verfechter einer „großen Aktion“, die zur Besiegelung der Verhandlungsergebnisse eine Erklärung des Reichspräsidenten wünschten, eine „Pfingstbotschaft“ der höchsten Instanz mit patriotischen Begründungen, um Haushalt und Arbeitslosenfrage „in Ordnung zu bringen“, voreilig, war ihre Ankündigung übertrieben, daß ein Scheitern dieses Planes „den vollständigen Bankrott des Reiches für den Herbst dieses Jahres“ herbeiführen werde.²²³ So weit hatten Reichsregierung und Reichskanzler ihre Handlungsfähigkeit noch nicht eingebüßt, daß sie dem Aushandeln der Interessenten und der Inanspruchnahme der Autorität des Reichspräsidenten tatenlos zugesehen hätten.

Doch die von den Unternehmern eröffneten Verhandlungen mit der gewerkschaftlichen Seite, vom ADGB bis zu den Christlichen Gewerkschaften, an denen sich Stegerwald als Reichsarbeitsminister wiederholt vermittelnd beteiligte, wurden im Grunde auf beiden Seiten nur unter Vorbehalten geführt. Zudem blieben Sprache und Ausdrucksweise vor der Öffentlichkeit drastisch und am Klassenstreit orientiert, so daß die Gegner der Verhandlungen manche ihrer Ansichten bestätigt fanden.

Das schwere Gewicht der Entscheidungen kam aber auf die Reichsregierung zu, die zunächst nur am Rande operierte, mit dem Gedanken der Reduzierung der Beamtengehälter, der schon seit Januar 1930 von Reichsfinanzminister Moldenhauer, auf Vorschlag des Brüning eng verbundenen Ministerialdirektors Zarden, ventiliert wurde. Insofern war sie an dem Verlauf der Verhandlungen interessiert und im übrigen durch

²²³ So Kraemer; Blank an Reusch, 31. Mai; a. a. O., S. 186.

mannigfache Wünsche zur weiteren Gestaltung der Lohn- und Preisverhältnisse — unter noch ungeklärten rechtlichen Voraussetzungen — wiederholt einbezogen. Der vorsichtige Staatssekretär Schäffer drang jedoch darauf, daß der Haushaltsausgleich unabhängig von dem ebenso umfänglichen wie unsicheren Programm einer Preis- und Lohnsenkungsaktion in Angriff genommen wurde,²²⁴ wofür es schon angesichts des ungewissen Ausgangs ausreichende Gründe gab. Aber im übrigen blieb Schäffer optimistisch, letztlich etwas zu optimistisch.²²⁵ Er hoffte, die zum Haushaltsausgleich 1930 fehlenden 737 Millionen RM „durch eine Kombination von kleineren Maßnahmen“ — mäßig bezifferte Steuererhöhungen, Mieterhöhungen, aber auch durch das nun schon mehrfach diskutierte „Notopfer der Festbesoldeten“ im öffentlichen Dienst — zusammenzubringen. Brüning wollte etwas mehr, stimmte aber mit Schäffer in der Annahme überein, daß eine „Unruhe der Beamten“ kaum zu erwarten sei, „denn auf dem Gebiet der Beschränkung der Beamten sind Maßnahmen zur Zeit populär“. Die scheinbare Popularität derartiger Restriktionen wollte Brüning ausnutzen; aber er befürchtete zu Recht, daß insgesamt „die Ausgabensenkung zu wenig bringt“. Der rein psychologisch wirkende Einsparungseffekt allein erschien ihm nicht ausreichend. Der Reichskanzler sah pessimistischer in die Zukunft,²²⁶ wollte aber auch mehr erreichen als Schäffer, der angesichts der Entwicklung, die ihm vor Augen lag, und der Erfahrungen in langen Jahren seiner Ministerialtätigkeit zunächst auf nichts anderes als nur auf kurzfristige Aushilfen setzte. Er bemühte sich schließlich erfolgreich, Brüning einige größere und zu diesem Zeitpunkt fragwürdig erscheinende Projekte auszureden, so den Gedanken einer einheitlichen Beamtenstellenbesetzung in Reich, Ländern und Gemeinden oder einer landwirtschaftlichen Einheitssteuer, während er gleichzeitig auf rasche Verwirklichung des Ostprogramms drängte — das bislang nur „ein bloßer Name und eine Ermächtigung“ war —, auf die Heranziehung der Preußenkasse und auf Ernennung von Kommissaren für die einzelnen Provinzen des Ostens. Ehe es hierzu kam, vergingen noch mehrere Monate. Von einem Kenner

²²⁴ Tagebucheintragung Schäffers über seine Besprechung mit Brüning; IfZ, Nachl. Schäffer/Tagebuch, 24. Mai 1930.

²²⁵ Noch in Übereinstimmung mit Ernst Wagemann, dem Direktor des Instituts für Konjunkturforschung; vgl. Eckhard Wandel, Hans Schäffer. Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen, Stuttgart 1974, S. 145.

²²⁶ Am 26. Mai 1930 sprach Brüning in der Sitzung der Reichstagsfraktion — soweit bekannt, das erste Mal — von einer „Weltwirtschaftskrise“, der „ersten echten“ seit 1912. Morsey, Zentrumsprotokolle, S. 451.

und Zeugen ist behauptet worden, Schäffer hätte „durch seine Persönlichkeit wie durch seine einzigartige Stellung als Staatssekretär des damals wichtigsten Ressorts, als Vertrauensmann des Kanzlers, der ihn vor jeder wichtigen Entscheidung konsultierte und zu dem er jederzeit unangemeldet Eintritt hatte, als Freund der bedeutendsten Großbankiers, ... als Berater der Industrie und der Gewerkschaften, mehr Einfluß als irgendein Minister“ gehabt. „Er war Herz und Hirn des Brüning-Kabinetts“,²²⁷ bis sich der Reichskanzler im nächsten Frühjahr von ihm zu lösen begann.

Im entscheidenden Augenblick wurde Brüning jedoch krank. Alle Last lag seit dem 31. Mai auf den Schultern des Reichsfinanzministers Moldenhauer und des Staatssekretärs Schäffer. In diesen Tagen erfuhren die Verhandlungen zwischen den arbeitsrechtlichen Parteien eine schwere Erschütterung durch den Schiedsspruch von Bad Oeynhausen für das Tarifgebiet der nordwestlichen Gruppe.²²⁸ Der Deutsche Metallarbeiterverband und der (christliche) Gewerkverein der Metallarbeiter hatten — gegen den Widerstand des Dachverbandes, des Christlichen Metallarbeiterverbandes — den bestehenden Rahmentarifvertrag zum 1. Mai 1930 gekündigt, die Arbeitgeber diesen Anlaß benutzt, um sich gegen die seit Dezember 1928 bestehende Sicherungsklausel für übertarifliche Akkordlöhne zu wenden und deren Herabsetzung zu beantragen. Dies wurde im Schiedsspruch des Schlichters zu Oeynhausen anerkannt, den dann Reichsarbeitsminister Stegerwald am 10. Juni für verbindlich erklärte.

²²⁷ Lutz Graf Schwerin v. Krosigk, Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945, geschrieben vom letzten Reichsfinanzminister, Frankfurt a.M./Zürich 1974, S. 60; vorher schon zit. von Wandel, Schäffer, S. 142. Krosigk verglich Schäffers Stellung mit der von Sir Frederick Leith-Ross dem britischen Kabinet gegenüber. In seiner privaten Veröffentlichung — nach dem Erscheinen der Memoiren Brünings — sah Krosigk sich selbst in einer ähnlichen Stellung bei Brüning als „einer seiner wichtigsten Mitarbeiter“. Er mußte „seine Notverordnungen ausarbeiten und beriet ihn in Reparationsfragen. So bin ich ihm auch menschlich näher gekommen und bin stolz darauf, daß Brüning mich in seinen Erinnerungen zusammen mit Bernhard Bülow, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, und Hermann Pünder, dem Staatssekretär der Reichskanzlei, als engsten und treuesten Mitarbeiter bezeichnet hat.“ Beide Urteile sind nicht falsch, dienten zuletzt aber offenbar einem vereinfachten, mittlerweile gängig gewordenen Brüning-Bilde. Persönliche Erinnerungen von Lutz Graf Schwerin v. Krosigk, o.O.u.J. (Privatdruck), II. Teil, S. 62, über Schäffer S. 58. Vgl. ders., Memoiren, Stuttgart 1977; dort fast gar nichts über Schäffer.

²²⁸ Schulz, Politik, 1, S. 187 f., 192, 197 ff.; vgl. Hans-Hermann Hartwich, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918—1933. Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik, Berlin 1967, S. 162 f.

Das zog heftige Proteste der betroffenen Gewerkschaften nach sich und hatte auch ein Nachspiel im Reichstag;²²⁹ denn diese Verbindlichkeitsklärung ging erstmals eindeutig zu Lasten der Tarifsicherung der Arbeitnehmer und zeigte eine Wende in der Schiedspraxis an.

Die heftigen Reaktionen der Gewerkschaften wirkten sich auf den Fortgang der größeren Verhandlungen mit den Arbeitgebern hemmend aus, unterbrachen sie jedoch nicht unmittelbar. Der Plan wurde weiter verfolgt, mit einer Vereinbarung an den Reichspräsidenten heranzutreten und ihn zu einer Erklärung an die Öffentlichkeit zu veranlassen, die diese Vereinbarung²³⁰ auf höchster politischer Ebene besiegelte und gewissermaßen der Autorität des Reichspräsidenten unterstellte. Von dieser Beteiligung einer kaum angreifbaren höchsten „dritten Seite“ erhofften die Gewerkschaften auch eine Stärkung ihres Ansehens, ohne die sorgsam gemiedenen politischen Instanzen des Reiches oder gar den Reichskanzler ins Spiel zu bringen.²³¹ Die „Pfungstbotschaft“ des Reichspräsidenten wurde vorbereitet; Hindenburg zeigte sich auch bereit, die ihm zugedachte Rolle zu übernehmen.²³² Doch der Zeitplan kam durcheinander, als schließlich unter dem Eindruck der nach Oeynhausen stimmungsmäßig veränderten Situation aus den folgenden Verhandlungen statt einer gemeinsamen Vereinbarung zwei gesonderte Erklärungen, eine der Unternehmer und eine der Gewerkschaften, hervorgingen.²³³ Beide Entwürfe, die als Grundlage einer gemeinsamen Erklärung dienen sollten, wurden jeweils von der Gegenseite abgelehnt.

Die Gewerkschaften bestanden darauf, daß Preissenkungen den Lohnkürzungen vorausgingen und daß Steuersenkungen nachfolgten. Dem widersetzte sich die Gegenseite, die in diesen Fragen gespalten und zu einem Teil nur unter Vorbehalt den Bemühungen Raumers gefolgt war. Zu einer Umkehr der verlangten Reihenfolge, was die Arbeitgeberseite wünschte, ließen sich die Freien Gewerkschaften aber nicht gewinnen, da sie dies schwerlich ihren Mitgliedern gegenüber hätten vertreten können. Doch auch Art und Ausmaß der Preissenkung blieben bis zuletzt ungeklärt, wie Schäffer richtig vorausgesehen hatte. Die in den Ver-

²²⁹ StenBer Vh RT, Bd. 428, S. 5924 ff., 5939, 5941 ff., 6026 ff., 6032 f.

²³⁰ „Hand in Hand vor dem Reichspräsidenten die neue Zentralarbeitsgemeinschaft gründen“, nannte Curtius das ganze Vorhaben in einer Sitzung des Reichsausschusses der DVP. Schulz, Politik, 1, S. 204, Anm. 3.

²³¹ Zu dem von Anbeginn bestehenden Plan IfZ, Nachl. Schäffer/Tagebuch, 26. Mai; Darstellung Raumers.

²³² Entwurf der Erklärung Schulz, Politik, 1, S. 189 f.

²³³ a. a. O., S. 202 f., 212 ff., 232.

handlungen mit Stegerwald von der Industrie angebotene, in Wirklichkeit viel zu wenig wirksame Senkung des Preises für Stabeisen um drei Prozent war längst durch die Weltmarktlage geboten und hätte lediglich die Preiserhöhungen seit 1926 aufgehoben. Als Äquivalent verlangte die Eisenindustrie eine scharfe Lohnsenkung, die das Ziel von zehn Prozent anstrebte.²³⁴ Doch mit der Veröffentlichung der fragmentarischen Ergebnisse der langwierigen Auseinandersetzungen in zwei gesonderten Erklärungen am 14. Juni in der Tagespresse²³⁵ mußten die Verhandlungen fast schon als gescheitert betrachtet werden. Die Reichsregierung gab daraufhin ihr eigenes Deckungsprogramm bekannt, das weiteren Verhandlungen wesentliche Voraussetzungen entzog.

Die Regierung sah sich zu raschem Handeln genötigt; denn angesichts der verfassungsrechtlichen Notwendigkeit, die Vorlagen im Reichsrat wie im Reichstag durchzubringen, mußte der Haushalt schnell beschlossen werden, erschien der kürzeste Weg auch als der gebotene. Das Reichskabinett entschied sich für die als Reichshilfe deklarierte vierprozentige Einkommensabgabe der Festbesoldeten – Beamten wie Angestellten – mit mehr als 8400 RM Jahreseinkommen, die durch den bereits erörterten Gedanken einer allgemeinen Lohnsenkung, um Preisenkungen herbeizuführen, abgesichert schien. Auch der Fraktionsvorstand der DVP befaßte sich mit diesem Vorhaben.²³⁶ Auf der anderen Seite verlangte Stegerwald eine Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge um zwei Prozent. Eine Konsumsteigerung konnte schwerlich noch gewärtigt werden und wurde auch gar nicht mehr bedacht, so daß die vorübergehende Befreiung der Reichsregierung aus ihren Haushaltssorgen einziges politisches Ergebnis blieb. Ihr stellte sich aber auch die in den offiziellen Bekundungen der Gewerkschaften schon durch kräftige Ankündigungen unterstrichene Frage der Arbeitsbeschaffung bzw. der Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen, deren Bedeutung Brüning selbst wiederholt hervorgekehrt hatte.²³⁷ Aufträge von Reichsbahn, Reichspost, Reich und Ländern wurden als Momente angeführt, die für stärkere Beschäftigung sorgen sollten, während man gleichzeitig von Einsparun-

²³⁴ Niederschrift über die Besprechung mit dem Reichsarbeitsminister, 6. Juni 1930; a. a. O., S. 197 ff.

²³⁵ Schulthess 1930, S. 137.

²³⁶ Protokoll der Vorstandssitzung am 4. Juni; BA, R 45 II/66.

²³⁷ Reichsministerbesprechungen am 5. und 13. Juni 1930; AR: Brüning, 1, S. 184–194. Sitzung der Zentrumsfraktion am 26. Mai, des Fraktionsvorstandes am 16. Juni 1930; Morsey, Zentrumsprotokolle, S. 451 ff.